links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

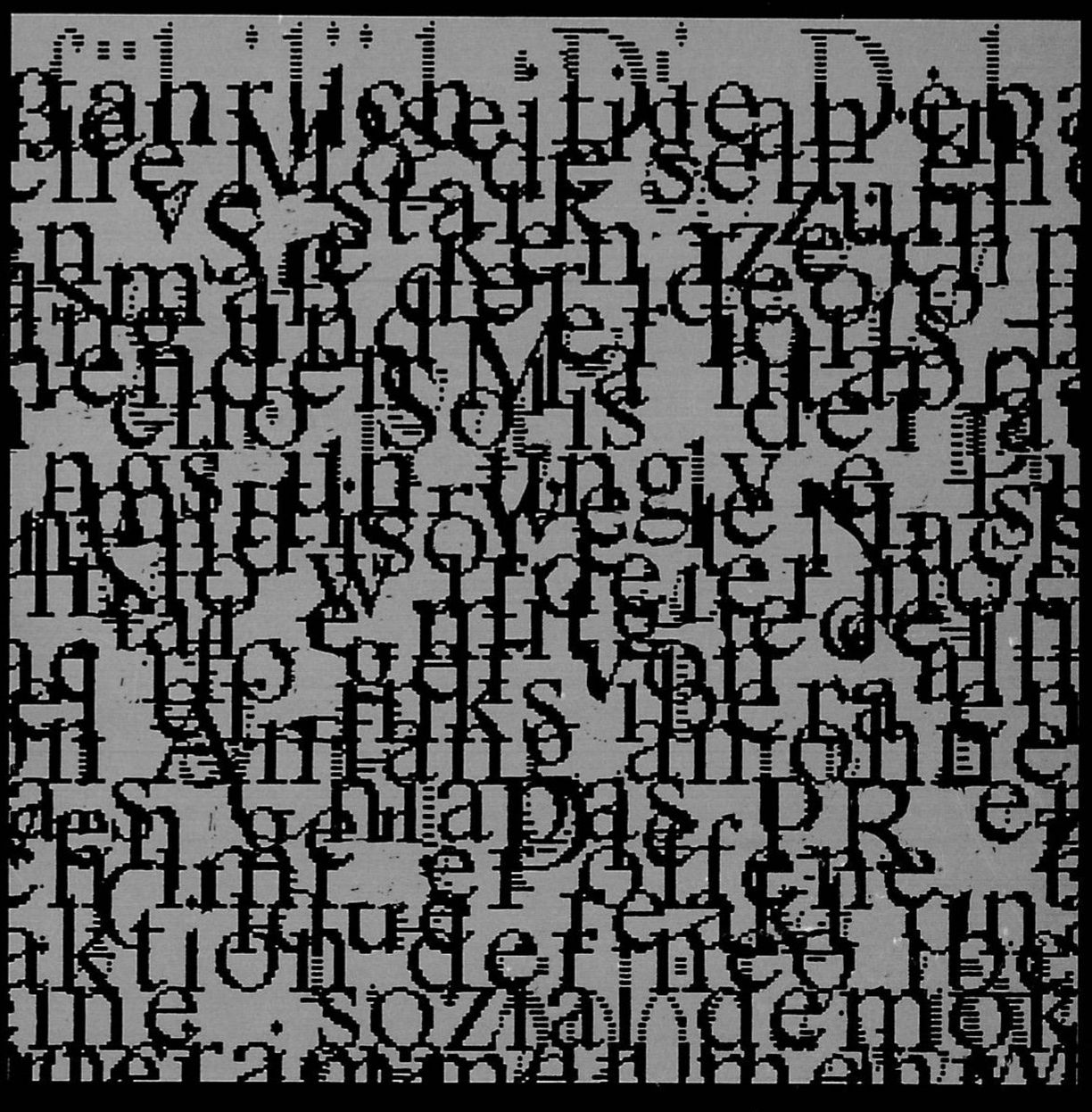
Politik in der Krise

Normalisierung des 20. Juni

Kurdistan

Brasilien: Lula vor dem Sieg?

KRITISCHE THEORIE



Offenbach Nr.290/291 26. Jahrgang W: DM 8,– / O: DM 5,– JULI/AUGUST '94

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der vorliegenden Nummer machen wir einen weiteren Schritt, um die *links* zu erneuern und zu verbessern: nach der konzeptionellen Neuorientierung, nach der personellen Erweiterung der Redaktion und nach der Verbesserung des Layouts gehen wir nun über zur **zweimonatigen Erscheinungsweise.** Die kleinere Zahl der Nummern soll durch den Gesamtumfang der Hefte eines Jahrgangs kompensiert werden, so daß Leserinnen und Leser in etwa die gleiche Menge Informationen und Analysen erhalten – nur eben anders dosiert. Eine finanzielle Einsparung ist damit verbunden, denn wir brauchen weniger Porto zu bezahlen – ein ganz erheblicher Kostenfaktor.

Im Vordergrund unserer Überlegungen standen jedoch nicht finanzielle Einsparungen, sondern inhaltliche und arbeitsorganisatorische Absichten, die miteinander zusammenhängen: durch die monatliche Erscheinungsweise war die Redaktion immer wieder mit der doppelten Herausforderung konfrontiert, auf die aktuellen Ereignisse zu reagieren und gleichzeitig fundierte Hintergrundanalysen oder theoretisch orientierte Aufsätze zu organisieren. Unter diesem Zeitdruck litten natürlich auch die Autorinnnen und Autoren. Die Planungsspielräume wurden immer wieder eng, weil es auch die *links*-Redaktion belastet, daß es zu wenig Interesse für die ehrenamtliche und zeitaufwendige Redaktionsarbeit gibt. Je nachdem kamen dann die Aktualität oder die Hintergrundanalysen zu kurz.

Ein Wort zur Aktualität, einem regelrechten Fetisch aller Medien: im strikten Sinne kann natürlich weder eine monatlich noch eine zweimonatlich erscheinende Zeitung aktuell sein. Aktualität meint in diesem Kontext eher eine Sensibilität für die Behandlung politischer Themen und Stimmungen. Insofern hängen für eine monatlich wie für eine zweimonatlich erscheinende Zeitung Aktualität und Hintergrundanalyse eng zusammen, umso mehr, als eine Zeitung mit analytischen Ansprüchen wie die *links* unter aktuellen Gesichtspunkten durchaus auch Themen aufnehmen will und muß, die andernorts vergessen oder vernachlässigt wurden. Aktualität kann also nicht allein nach zeitlichen Kriterien bemessen werden, sondern muß sich auch an den politischen Inhalten und Zielen orientieren, für die die neue *links* steht.

Wir glauben, daß wir durch die größeren Planungsspielräume beiden Anforderungen besser gerecht werden können: fundierte Hintergrundanalysen und theoretisch orientierte Aufsätze werden wir ab sofort im Halbjahresrhythmus planen; wir hoffen dabei auf eine verstärkte Mitarbeit von Autorinnen und Autoren und anderen Interessierten, denen wir auf Wunsch die in der Diskussion stehenden Schwerpunktthemen mitteilen werden, damit sie sich an der Planung beteiligen können (oder sich frühzeitig ans Schreiben machen können). Von den gewonnenen Zeiträumen erwarten wir uns eine qualitative Verbesserung der Zeitung, da für die Autorinnen und Autoren nun nicht mehr vier bis sechs Wochen, sondern mindestens die doppelte Zeit zur Verfügung steht. Die Redaktion wird durch den neuen Rhythmus entlastet: durch die langfristige Planung der Schwerpunktthemen und die kleinere Anzahl von Nummern pro Jahr hat sie mehr Zeit für die Reflexion der Aktualität in Interviews, Artikeln und Kommentaren.

Die Redaktion

Setz- und Satzfehler bereiten Verdruß. Doppelten gar dann, wenn ganze Textpassagen verschwinden. In einem besonderen Fall sind wir es dem Autor Thomas Wolf schuldig, auf den Verlust eines großen, für den Argumentationsverlauf unverzichtbaren Abschnitts seines Beitrages zum Wörterbuch „Deutschland auf den Begriff gebracht" aus der Februar-Nummer hinzuweisen.

Die Eingangspassage der „Politikerverdrossenheit" (S.22), in der ohne Richtigstellung auch bei späterem Wiederlesen die Triade aus dem Tritt käme, muß vollständig folgendermaßen lauten:

„Diese kleine (wahre) Geschichte ist für die Erläuterung des Wortes von ausreichender Nützlichkeit, zeigt sie doch die wesentlichen begriffsbildenden Realitäten (Subjekte, Emotionen, Situationen). Es handelt sich dabei im wesentlichen um folgende Trias: 1. Den Verdrossenen / 2. Den Verdrießenden (Verdrußbereitenden) / 3. Den subjektiven und gesellschaftlichen Verdrußtext (oder Verdrußhorizont oder einfach den *Verdruß*). Die Komponenten dieser Triade können spezifiziert werden als (a) Nichtpolitiker (im Normalfall), (b) Politker. Der Verdrußtext (c) ist die allgemeine Situation, aufgrund der es zum Verdruß kommt."

Ebenfalls verschluckt wurde das Ende von Ulrich Brands Artikel in der Juni-Nummer. Es muß auf S. 22 lauten:

„...daß die Quadratur des Kreises 'nachhaltiger Entwicklung' nur unter kapitalistischen und patriarchalen Verhältnissen eine ist, das wäre mal eine Weltkonferenz wert."

Wir bitten um freundliche Beachtung und selbständige Ergänzung.

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069 / 88 50 06, Fax 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Jürgen Roth, Felix Schneider, Sigrid Schönecker, Urban Weber, Jens Winter
Unser Mann in Spanien: Holm-Detlev Köhler

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick, Gilbert Ziebura

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier, Lothar Baier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Typia I, Labyrinth
© Birgit Letsch, Sigrid Schönecker
LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich,
6 Ausgaben im Jahr,
ISSN: 0024-404-X

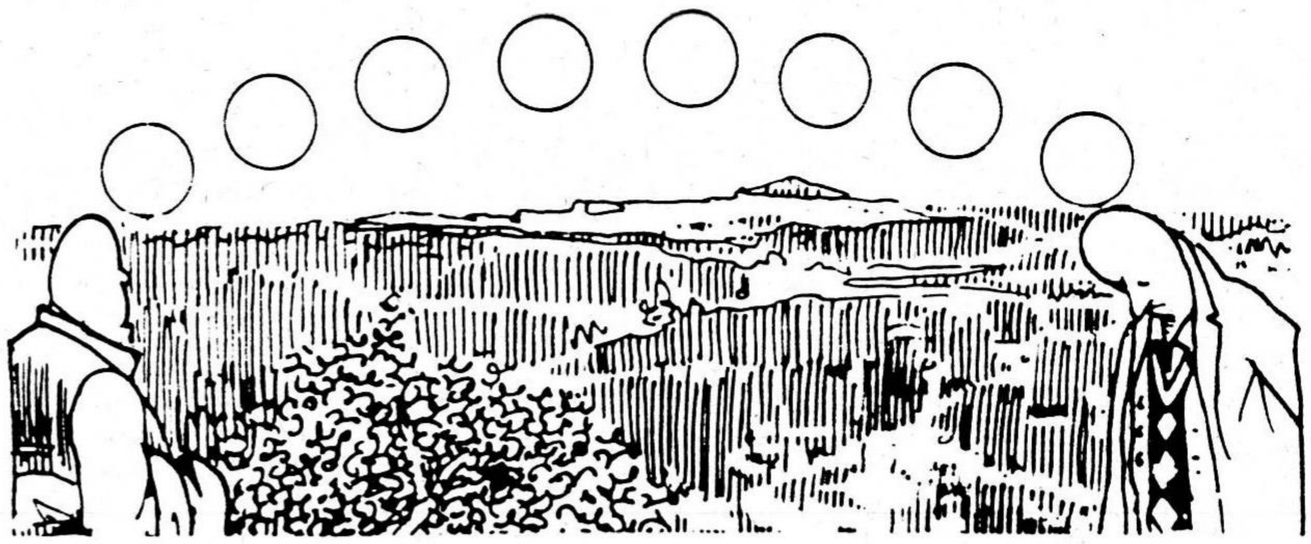
REDAKTIONSSCHLUSS für die Sept./Okt.-Ausgabe '94 ist der 11. August 1994

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplare W: DM 8,-/O: DM 5,-
Jahresabonnement W: DM 75,-/O: DM 50,-
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage
Ermäßigtes Abonnement (s.S.55) DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt. Texte können auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll-Diskette eingeschickt werden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT



KOMMENTAR

Ludi Lodovico
Schleimspuren –
die Normalisierung des 20. Juni 4

AKTUELL

Roland Roth
Die Krise der Politik und
die Suche nach
politischen Alternativen 5

Roland Roth
Magdeburg ist überall
Eine kleine Nachlese 7

Roland Müller
Die Bekenntnisse eines aufrechten
deutschen Soldaten 8

Joachim Hirsch
Kurdistan:
Das Debakel des „humanitären"
Militärinterventionismus 11

IRAKISCH-KURDISTAN

Ronald Ofteringer / Ralf Bäcker
Republik der Staatenlosen
3 Jahre humanitäre Intervention
in Kurdistan-Irak 12

Thomas Uwer
Bauernbewegung in
Irakisch-Kurdistan 16

WADI
Aufruf 18

Thomas von der Osten-Sacken
„Zuerst werden die Frauen entlassen..."
Zur Lage der Frauen in
Irakisch-Kurdistan 19

WADI
„... sie sind gestorben,
weil sie Frauen waren."
Interview mit Dr. Wahabir, Suleymania,
Kurdistan April 1994 20

THEMA: Kritische Theorie

Christoph Görg / Ludi Lodovico
Von der Aktualität des
Adornoschen Denkens
Ein Gespräch mit Axel Honneth
und Hans-Ernst Schiller 27

Heinz Steinert
Der stabilisierte Adorno 32

Alex Demirovic
Adorno und das Problem
des Rassismus 35

Uwe Fahr
Skoteinos oder was über
Adorno zu lesen ist 37

Christoph Görg
Kritik der Naturbeherrschung 38

Jürgen Roth
Lallsack Gehlen 39

Jens Winter
Umbruch des Objektiven
Zur Bedeutung Kritischer Theorie 42

REZENSIONEN

Jürgen Roth
Mitzuwirken an einer positiven Anwort
erscheint sinnvoll
W.F. Haug: Determinanten der post-
kommunistischen Situation 53

Jörg Lauterbach
Politische Justiz
R. Gössner: Die vergessenen
Justizopfer des Kalten Krieges 54

TÜRKISCH-KURDISTAN

Gülistan Gürbey
Hindernisse und Engpässe
Zum Demokratisierungsprozeß
in der Türkei 23

Deniz Süreya
Die PKK in der Türkei
und der BRD 25

INTERNATIONAL

Viktor Sukup
Brasilien – Linkskandidat
Lula vor dem Sieg? 47

Roland Müller
Die Nelkenrevolution
Ein Paradebeispiel
sozialdemokratischer Außenpolitik
feiert 20. Jahrestag 50

Klaus Vack
Sarajevo heute –
einige Eindrücke 52

COSA NOSTRA

**M. Creydt / F. Groeger / A. Lüter /
M. Ohm / C. Scheuplein**
Materialismus und Kritik
Zur Perspektive der *links* 44

RUBRIKEN

Editorial 2

Leserbrief 18

cosa nostra
Todesanzeige 41
Abonnement 55

Die Zeichnungen sind von F.W. Bernstein. Sie wurden dem Band: " Wie Horkheimer einmal sogar Adorno hereinlegte" entnommen.

LUDI LODOVICO

Schleimspuren – die Normalisierung des 20. Juni

Die intellektuelle Verschleimung der Republik schreitet voran. Begonnen hat sie spätestens 1983, als die 50. Wiederkehr der Machtübergabe dazu benützt wurde, die Nation zu rehabilitieren. Das funktioniert nur, wenn gleichzeitig die Verbrechen, die in deren Namen begangen wurden, „normalisiert" werden. Die Nachkriegsepoche bis 1968 lebte vom kollektiven Beschweigen der Vergangenheit im Namen der angebliche „Stunde Null" und von Beschwörungsformeln: „Wachstum", „Wirtschaftswunder". Nach 1968 erst geriet die ganze Verlogenheit, mit der von der „Bewältigung der Vergangenheit" die Rede war, ins Blickfeld. Erstmals mußte man sich zur Vergangenheit irgendwie verhalten. Das Muster dafür war simpel: danach gab es einige Verbrecher, eine im großen und ganzen tadellose Wehrmacht und darin - besonders heroisch - den Widerstand der Offiziere vom 20. Juli 1944. Mit der Studentenrevolte wurde dieses historische Abziehbildchen zerstört. Die ernstzunehmende Forschung belegte zwischen den späten 60er und den 80er Jahren dreierlei: die direkte Verstrickung von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Eliten in die Nazi-Verbrechen – insbesondere der Führungsriegen aus Wirtschaft, Wehrmacht, Reichsbahn und der übrigen Beamtenschaft; den sich zwischen feigem Wegsehen und Komplizenschaft bewegenden Anteil großer Teile der Bevölkerung; den insgesamt bescheidenen, aber sozial und politisch sehr heterogenen Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft.

Gegen die sich langsam ausbreitende historische Aufklärung richtete sich Kohls „geistig-moralische Wende" von 1981/82; sie war ein einziger Normalisierungs-Aufschrei: Nun ist es aber genug mit der Vergangenheitsbewältigung, laßt uns normale werden und positiv in die Zukunft – auf das Konto und auf das Bruttosozialprodukt – blicken. „Es wird wieder in die Hände gespuckt" ist der Schlager, der Kohls ganzes ideologische Wendeprogramm enhält. Die erste Generation von Wende-Intellektuellen – Stürmer, Lübbe etutti quanti – fing damit an, die Vergangenheit als endgültig vergangen und den „Nationalstaat" als „Normalität" zu propagieren.

Kohl traf sich am 8.5.1985 mit Reagan im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen und am gleichen Tag auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg. Gewaltsamer wurde nie versucht, Täter – und dazu gehörten auch Wirtschaftsführung, Wehrmacht, Reichsbahn und Verwaltungen, ohne die das System der Lager nicht funktioniert hätte –, und Opfer symbolisch zusammenzuzwingen. Dazu paßte, daß der damalige Fraktionschef der CDU/CSU, A. Dregger, der Öffentlichkeit seine Sicht des Zweiten Weltkriegs verriet: er präsentierte sich als ein Ehrenmann, der am 8.5.1945 in Marklissa (Schlesien) nichts anderes als den Westen gegen den Bolschewismus verteidigt habe. E. Nolte verbrämte dies Landser-Weisheit in einem Artikel der FAZ (6.6.86) „wissenschaftlich"; das Machwerk löste, zusammen mit Arbeiten von A. Hillgruber, K. Hildebrand und M. Stürmer den Historikerstreit aus. Daß es dazu kam, ist das Verdienst von Jürgen Habermas, der entschieden auf „die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung" reagierte („Eine Art Schadensabwicklung", Die Zeit 11.7.86). Nolte hatte mit dem Titel seines Beitrags die Marschrichtung angegeben: „Vergangenheit, die nicht vergehen will". Im Klartext: wer verhindert, daß die Geschichte deutscher Verbrechen endlich mit der Geschichte und den Verbrechen anderer Staaten verrechnet werden kann? Ein historisches Clearing-Verfahren zwischen den nationalsozialistischen Verbrechen und jenen Stalins, Pol Pots etc. war angesagt. Seither arbeitet eine ganze Riege von Historikern (R. Zittelmann, K. Weissmann, G. Schöllgen, B. Seebacher-B. u.a.) daran, die Geschichte zu begradigen, Verbrechen gegeneinander aufzurechnen, das Ganze zu „normalisieren".

Das offizielle Bonn bläst die Marschmusik dazu: Im letzten Sommer pilgerte Kohl mit Mitterrand zu E. Jünger – ganz gezielt am 20. Juli –, um an der Legende weiterzustricken, der Wehrmachts-Poet aus Wilflingen habe irgendwelchen Anteil an dem, was man legitimerweise Widerstand nennen könnte, nur weil er sich in Sichtweite des Stammsitzes der Reichsfreiherren von Stauffenberg niedergelassen hat. Das Bonner Verteidigungsministerium will das Freiburger militärwissenschaftliche Forschungsinstitut ebenso an die kurze Leine legen wie die Berliner Widerstands-Gedenkstätte. Mit der Eröffnung der Neuen Wache in Berlin („Kranzabwurfstelle") als nationaler Gedenkstätte am 14.11. 1993 („mies, medioker und provinziell", Reinhart Koselleck) wurden die Bemühungen zur Begradigung der deutschen Geschichte erneut aufgenommen.

Die jüngste nationale Attacke will den kommunistischen Anteil am Widerstand gegen Hitler tilgen. Von den 300 000 KPD-Mitgliedern von 1932 saß 1945 die Hälfte im Gefängnis oder war bereits ermordet worden.

Im Vergleich zur Breite und Bedeutung des deutschen Widerstandes gegen Hitler stehen in der (pluralistischen) Berliner Gedenkstätte Graf Stauffenberg und seinesgleichen nach wie vor zu stark im Zentrum. Andere haben unter schwierigeren Bedingungen und mit größeren Risiken gearbeitet. Und Widerstand, der sich nicht des institutionellen Schirms von Militär oder Kirchen bediente, ist fast schon vergessen. Nicht nur die Revolutionäre in Deutschland beschafften sich, bevor sie revolutionär wurden, eine gültige Bahnsteigkarte – wie Lenin spottete –, sondern auch weite Teile des Widerstands hatten kirchliche oder staatliche Passierscheine. Die moralische Integrität des Grafen Stauffenberg wird nicht angezweifelt, wenn man ihn einen Mann der Vergangenheit und eines hoffnungslos zahmen Konservatismus nennt, und seinen Attentatsversuch, den jeder gut ausgebildete Infanteriegrenadier erfolgreicher angelegt hätte, einen stümperhaft ausgeführten Anschlag.

Im Windschatten des Ministeriums Rühe macht nun ein Sohn des Grafen Stauffenberg seit einiger Zeit mobil gegen die Berliner Gedenkstätte. Er verlangt, die Erinnerung an den kommunistischen Widerstand zu beseitigen – nach dem Stande der Forschung der „früheste und umfangreichste Widerstand", der „enorme Verluste" (Dieter Langewiesche) erlitt. Demgegenüber fanden Teile des kirchlichen wie des adlig-konservativen Widerstandes für die Politik Hitlers gegen SPD, KPD, Juden und Zigeuner lange legitimierende Formeln, so als ob das Unrecht erst mit den Vernichtungslagern im Osten begonnen hätte.

Der Vorstoß des Grafen mit dem Verdienst, Sohn und CSU-Mitglied zu sein, kommt in Bonn gerade richtig. Im Wahlkampf hilft alles, was vom Ausbleiben der „blühendne Landschaft" ablenkt. Der SPD fällt zum Frontalangriff auf die Vergangenheit nichts ein als die alberne Forderung, Scharping sei zur Gedenkfeier als Redner zuzulassen. Und von den Grünen ist dazu sowenig zu erwarten wie von der FDP. Beide Parteien sind ausgelastet mit Koalitionsarithmetik und Job-Placement. Opposition formiert sich nur noch im nicht-institutionellen Rahmen. ●

So zum Beispiel die: Antirassistische Initiative Stichwort „Neue Wache", Yorkstr. 49, 10965 Berlin, Tel.: 030 / 78 65 917.

ROLAND ROTH

Die Krise der Politik und die Suche nach politischen Alternativen

Die sterile Aufgeregtheit des „Super-Wahljahres“ überdeckt nur dürftig, daß die etablierten politischen Institutionen in einer tiefen Krise stecken – nicht nur in Deutschland, sondern in unterschiedlichem Ausmaß in allen westlichen „liberalen Demokratien“. Das politisch-institutionelle Gefüge der Nachkriegsära ist nach einer langen Phase der Verunsicherung endgültig ins Schleudern gekommen. In Italien ist es bereits verschwunden, in der Bundesrepublik mehren sich skeptische Nachfragen.

Die Ursachen sind vielfältig und mit nationalen Eigentümlichkeiten durchsetzt. Mit Blick auf die Bundesrepublik stechen einige Faktoren besonders hervor. Das größte Gewicht kommt der Erosion der ökonomischen Stabilitätsgrundlagen zu. Vom „Wohlstand für alle“ (50er Jahre) bis zu „Allen wird es besser gehen“ (90er Jahre) war (und ist) individuelle Wohlfahrtssteigerung die zentrale Legitimationsgrundlage des politischen Institutionengefüges. Eine Zugewinngemeinschaft, die (fast) alle einschloß, ermöglichte die Überführung eines Großteils der politischen Konflikte in Verteilungsfragen. Politik bewährte sich vor allem darin, daß sie ökonomisches Wachstum förderte, zumindest aber nicht behinderte. Heute sorgt nicht ein vorübergehender konjunktureller Einbruch für Ungemach, sondern die institutionelle Abstimmung zwischen Politik und Ökonomie ist prekär geworden. Neue Produktionskonzepte sprengen das bestehende institutionelle Gefüge oder verändern es bis zur Unkenntlichkeit. So kommt es selbst in Zonen intensiven ökonomischen Wachstums zu einer Ungleichheitsdynamik, die bestehende soziale und politische Institutionen hoffnungslos überfordern. In einer global orientierten Dienstleistungsmetropole wie Frankfurt am Main wachsen gleichzeitig die „Zitadellen“ und die Innenstadtghettos. Soziale Desintegration, Marginalisierung und Ausgrenzung (inklusive Armut und Obdachlosigkeit) nimmt gesellschaftlich eine Ausmaß an, das die sozialstaatliche Verheißung „für alle“ obsolet werden läßt. Bislang garantierte soziale und politische Bürgerrechte erscheinen nun als Standortnachteil. Politik tritt zwar verstärkt als Drückerkolonne im Kampf um Weltmarktanteile auf, aber an einen Weg zurück ins „sozialdemokratische Zeitalter“ von Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit glauben selbst die trotzigsten Kämpfer für den Standort Deutschland nicht mehr.

Staatliche Politik wirkt angesichts der neuen Problemlagen ausgesprochen hilflos. Nationalstaatliche Krisenkonzepte liegen nicht einmal mehr in Denkweite, von den fiskalischen Voraussetzungen für einen neuen New Deal ganz zu schweigen. Wenn heute in Meinungsumfragen zentrale politische Themen (Rechtsradikalismus, Migration, Vereinigungsprozeß, Frieden, soziale Integration) zur Sprache kommen, traut die Mehrzahl der Befragten keiner der Bonner Parteien eine Lösung zu. Vielmehr herrscht Überdruß gegenüber einer den Anschein von Stärke erweckenden Politik, die sich in symbolischen Gesten und politischer Rhetorik erschöpft. Im Unterschied zu Weimar gründet diese Inkompetenz-Vermutung heute im wesentlichen nicht auf anti-demokratischen Ressentiments, sondern auf einer realistischen Wahrnehmung etablierter Politik.

Das Unbehagen an der „liberalen Demokratie“ erhält hierzulande eine zusätzliche Brisanz, weil es nicht gelungen ist, eine politisch einflußreiche, demokratische Bürgerkultur zu etablieren. Die schreckliche Angst vor dem Volk stand schon Pate bei der Formulierung des Grundgesetzes. Es folgte ein wirtschaftswunderlich gestützter „staatsbürgerlicher Privatismus“ (Habermas), der zum Konstruktionsprinzip der Nachkriegsdemokratie geriet: Eine kleine Schicht von elitären Berufspolitikern agiert in repräsentativen Gremien und entlastet die BürgerInnen von jeder politischen Beteiligung, die über Wahlen und Mitgliedschaften hinausgeht. Ergebnis war (und ist) eine arrogante Kümmerform repräsentativer Anmaßung. Das politische Geschäft ist in der Hand der Spitzen von Parteien und Verbänden, getragen von bürokratischen Apparaten und gesichert durch den weitgehenden Ausschluß der Bevölkerung.

Wohlstand und Bildung haben aber dazu beigetragen, daß ein wachsender Teil der Bevölkerung diese politische Entmündigung nicht akzeptiert und zu anderen Formen der politischen Beteiligung greift. „Auszug aus den Institutionen“ lautet eine entsprechende Zeitdiagnose. Die Sehnsucht nach und der Bedarf an repräsentativen „Eliten“ ist in den meisten Politikbereichen der politischen Herausforderung durch Bürgerinitiativen, Selbsthilfe oder Protest gewichen. In Bonn hat man – nach der kurzen Episode der ersten sozialliberalen Koalition – mit einer Mischung aus Angst und Hochmut reagiert. Heute herrscht dort eine Wagenburgmentalität vor. Peter Glotz, ein Insider, der es wissen müßte, hat kürzlich von der Verbarrikadierung der „politischen Klasse“ gespro-

chen. Dazu gehört z.B. die Ignoranz gegenüber der Forderung nach einer Verfassungsreform in demokratischer Absicht, die vor allem mit dem Vereinigungsprozeß auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Statt mehr Demokratie zu wagen, ist die gegenwärtige Situation von einer obskuren Mischung aus symbolischen Zugeständnissen (direktdemokratische Verfahren in den neuen Kommunalverfassungen, Urwahlen von Kandidaten in den Parteien etc.) und einem massiven Abbau bereits erreichter Beteiligungsrechte (z.B. Beschleunigungsgesetze und Gentechnikgesetz) gekennzeichnet.

Die erwähnten Beispiele machen deutlich, daß der deutsch-deutsche Vereinigungsprozeß durchaus ambivalente Folgen für die etablierten politischen Institutionen hatte. Einmal diente es als unvermuteter Jungbrunnen. Abgetakelte Politiker, ausgelaugte Konzepte und Institutionen konnten noch einmal kurzfristig erfolgreich recycelt werden. Gleichzeitig stehen in den gar nicht so „blühenden Landschaften" des Ostens viele dieser Institutionen – gemessen an den westdeutschen Originalen – als bloße Attrappen herum, denen es an sozialen Bindungen mangelt. Mit dem West/Ost-Gefälle ist zudem eine neue Spaltungslinie entstanden, die letztlich die Krise der etablierten Politik eher beschleunigen dürfte.

Die Diagnose, daß sich die Länder des reichen Westens in Richtung „fragile Demokratie" (Eva Etzioni-Halevy) bewegen, läßt sich durch einige weitere Entwicklungen stärken. Zu beobachten ist ein Prozeß, für den vor fast 30 Jahren Johannes Agnoli und Peter Brückner den Begriff der „Involution", d.h. der Rückbildung parlamentarischer Demokratie gewählt hatten. Gemeint war und ist der Verlust an parlamentarischen Alternativen und die Rücknahme demokratischer Ansprüche in den politischen Institutionen (besonders der Parteiendemokratie) selbst. Was am Vorabend der Großen Koalition von 1966 formuliert wurde, hat eine bedrückende Aktualität. Der politische Profilverzicht der Sozialdemokratie und der hohle autoritäre Gestus ihres Kandidaten erinnern allzu sehr an die damalige SPD-Strategie, als „Juniorpartner" an die Regierungsmacht zu kommen. Zur Involutionsthese paßt auch der massive Abbau von Menschen- und Bürgerrechten (vom Asylrecht bis zum Großen Lauschangriff) im Namen der „Sicherheit"(vor organisierter Kriminalität, „Asylantenfluten" und anderen Habenichtsen aus der Peripherie). Was in der ersten Hälfte der 60er Jahre noch innerhalb eines autoritären Sozialstaatskonzepts gedacht wurde („formierte Gesellschaft"), drängt heute wesentlich auf soziale auch politische Ausgrenzungen.

Die veränderten historischen Umstände machen einige aktuelle Erscheinungsformen politischer Regression besonders bedrohlich. An erster Stelle steht die weltweite Konjunktur aggressiver nationalistischer und rassistischer Denkfiguren und Handlungsweisen. Wenn es um die Rechtfertigung von sozialem und politischem Ausschluß geht, wird der Fundus der „Moderne" erneut zum Gruselkabinett. An den langen Vorlauf und die Eigentümlichkeiten der bundesdeutschen Widerbelebung des Nationalen braucht hier nicht erinnert zu werden. Bedrückend ist das Ausmaß des institutionalisierten Rassismus, wie er sich anläßlich des „Magdeburger Herrentags" oder den jüngsten Blockade-Aktionen von Kurden zeigte. War es in Magdeburg – wie vielerorts – die sympathisierende Duldung bzw. Zuarbeit von Polizei und Zuschauern für die jugendlichen Menschenjäger, so blieben fast in der gesamten „deutschen" Öffentlichkeit die Menschen namenlos, die durch Selbstverbrennung ihr Leben opferten, um auf den Krieg in Kurdistan aufmerksam zu machen. Wie in einer böswilligen Karikatur blieb die Anklage der DemonstrantInnen unerwähnt, einzig die Frage, wie abschiebe-relevant der „Terror" gegen die freie Autobahnfahrt sein sollte, war Thema des offziellen Deutschlands.

In die Rubrik „politische Regression" gehört auch die erstaunliche Karriere der politischen Korruption in allen westlichen Demokratien. Erinnert sei nur daran, daß noch vor 10 oder 20 Jahren politische Korruption – modernisierungstheoretisch begründet – wesentlich als Problem der Entwicklungsländer angesehen wurde. Heute hat die Korruptionsdichte offenbar ein solches Ausmaß angenommen, daß der Wechsel des politischen Personals eher durch entsprechende Skandale als durch Wahlen erwartet werden kann. Dies gilt nicht nur für Japan und Italien, sondern auch für Sachsen-Anhalt. Wer den Unterhaltungswert solcher Affären nicht missen möchte, sollte sich daran erinnern, daß Korruption politische Ungleichheit in einem Maße verstärken kann, das die demokratische Substanz der „westlichen Demokratien" aufzehrt. Daß zudem aus erfolgreichen Skandalierungen keineswegs eine erneuerte Demokratie hervorgehen muß, dafür sprechen die jüngsten japanischen und italienischen Erfahrungen, aber auch die ersten bayerischen Wähler-Reaktionen auf die Amigo-Skandale der CSU-Führungsriege.

Regressiv ist auch die Zurückdrängung und gelegentlich vollständige Verdrängung jener Themen und Werthaltungen, die sich mit den neuen sozialen Bewegungen in den 80er Jahren einen bescheidenen Platz in der politischen Debatte erobern konnten – erinnert sei nur an das Berliner Programm der SPD. Ökologische, pazifistische oder feministische Perspektiven scheinen „mega-out", selbst öffentliche Lippenbekenntnisse sind zunehmend überflüssig. So „sorgt" sich heute der EG-Ministerrat um den havarierten Reaktor von Tschernobyl. Wer Geschwätz von materiellem Erfolg zu unterscheiden vermag (eine im Zeitalter der „Postmoderne" und des „Diskurses" äußerst rare Urteilskraft), wird diese Verschiebung mit Sorge registrieren. Im Kontrast zu den öffentlichen Themenkonjunkturen gilt es auf eine weithin verdrängte Realität der neuen Bundesrepublik hinzuweisen. Ihre „Demokratie von unten" in Gestalt von Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen ist sehr lebendig.

Verglichen mit den 60er Jahren gibt es gegenwärtig in der Bundesrepublik ein stärkeres politisches Interesse und mehr „unkonventionelle" politische Beteiligung. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung hat die Karriere der „Politik von unten" auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und nach der Vereinigung nicht nachgelassen. So konnte eine aktuelle Studie allein für Berlin rund 240 Verkehrsinitiativen ausmachen. Ein Blick auf die Gründungsjahre der Initiativen zeigt deutlich, daß diese Form der politischen Einmischung – unabhängig von den politischen Senatsmehrheiten – im letzten Jahrzehnt noch zugenommen hat. Ähnliche Befunde liegen für die Zahl der Protestereignisse und der Projekte und Initiativen vor, die zum alternativen Milieu zu zählen sind. Erstaunlicherweise gilt dies auch für die neuen Bundesländer. Nach dem schnellen Niedergang der Bürgerbewegungen hat sich auch dort zumindest an den größeren Orten – allerdings oft ABM-gestützt und deshalb mit ungewisser Zukunft – ein dichtes Netz von Projekten und Selbsthilfegruppen herausgebildet. Selbst die Gegenmobilisierungen dieser Milieus sind ungleich stärker als der rechtsradikale Protest.

Über die Frage, ob die Ausbildung eines vergleichsweise stabilen Bewegungssektors bereits ein Krisensymptom der repräsentativen Demokratie darstellt, läßt sich füglich streiten. Jenseits der Einschätzung, ob wir es eher mit einem Gegen- oder Miteinander der beiden Politikformen zu tun haben, bleibt festzuhalten, daß Bewegungspolitik nicht zum Jungbrunnen institutioneller Politik geworden ist. Bürgerinitiativen und Protest sind heute in der Bundesrepublik die bevorzugte Form des politischen Engagements, mit der immer erneut gerechnet werden kann. Diese Institutionalisierung des Protests entlang der Themen der neuen sozialen Bewegungen darf jedoch nicht mit Einfluß und Wirksamkeit verwechselt werden. Die bereits erwähnte Studien über Berliner Verkehrsinitiativen bestätigt die Alltagserfahrung, daß sich Engagement und Erfolg in den letzten Jahrzehnten weiter voneinander entfernen. Der Anstieg der neu gegründeten Initiativen weist nach oben, während die Zahl derer, die Erfolge vermelden können, deutlich geringer geworden ist. Dem bundesdeutschen Bewegungssektor droht das Schicksal, zu einem kraftlosen und einflußarmen „Einfügsel" (Schelsky) des politischen Institutionengefüges zu werden.

Dazu haben in jüngster Zeit vor allem Marginalisierungsprozesse beigetragen. Der Umgang mit Bewegungspolitik ist längst

nicht mehr vorwiegend repressiv wie noch zu Zeiten des sozialliberalen „Modell Deutschland". Heute dominiert eher eine bunte Mischung von Kooptation, Ignoranz, Abschottung und Ressourcenentzug das Verhältnis der etablierten Politik zu Bewegungsinitiativen. Dazu haben jene, die sich gerne Intellektuelle nennen, und die Medienöffentlichkeit erheblich beigetragen. Angesichts ihrer aktiven Zuarbeit zu dieser politischen Abschottung erleben wir einen neuerlichen „Verrat der Intellektuellen", zu dem u.a. die postmodern vorgetragene und aggressiv gestimmte Entsorgung von 1968 (zuletzt als „Mut zur Erziehung" inszeniert), die undifferenzierte Rede von „der Linken" und die Banalisierung von Themen der neuen sozialen Bewegungen gehören. Die jüngste Kritik des Betroffenheits-Kults durch Frankfurter „Edelfedern" bietet hierfür Anschauungsmaterial. Daß sich daran ehemalige „68er" nachhaltig beteiligen, macht die Sache noch unangenehmer. Zur Marginalisierung von Bewegungsthemen und -politik hat auch die Rückbildung der SPD zum Kanzlerwahlverein erheblich beigetragen. Mit Blick auf eine neuerliche Große Koalition sind bei ihr die Schotten dicht. Daß auch die realpolitisch gewendeten Grünen spätestens nach Neumünster ihr ohnehin schwach ausgeprägtes Bewegungsstandbein abgeschnallt haben, trägt zu dieser Ausgrenzung bei.

Was folgt aus den beschriebenen Krisentendenzen „liberaler Demokratie" und der Schwäche der alternativen Ansätze? Auch wenn im politischen Alltag eher konturenarmes Durchwursteln vorherrscht, gewinnen zwei konträre Lösungstendenzen an Profil:

1. „Lean democracy". „Schlanke Demokratie" bietet sich als Begriff für eine starke Tendenz zu einer autoritären, korporatistischen und populistischen Rückbildung demokratischer Strukturen an. Im Zentrum steht die Rücknahme des politischen Versprechens auf soziale Integration. Soziale und politische Bürgerrechte werden zum Exklusivgut verkürzt. Im Namen der Standortsicherung (Zauberwort „Deregulierung") verschwindet jeder Gestaltungsanspruch aus der Politik, die sich zunehmend auf „talk", symbolische Politik und mediale Inszenierungen konzentriert. Kohl und Berlusconi bieten gegenwärtig zwei unterschiedliche Varianten dieses Politikmusters an. Zur Flankierung der sozialen Schließung gehört die Mobilisierung von nationalistischen, rassistischen und wohlstandschauvinistischen Einstellungen. Dies ist die Sprache des sog. Asylkompromisses und die vorherrschende Tendenz in dieser Republik. Sie führt zu mehr „Zivilgesellschaft", aber im Sinne des von Thomas Hobbes beschriebenen Kampfes aller gegen alle, eingehegt durch einen autoritären Staat. Die neuerliche Anrufung von Gemeinschaft und Familie soll für die emotionale Wattierung sorgen.

2. Starke Demokratie. Dieses Gegenprojekt setzt auf „mehr Demokratie wagen". Es ist ohne einen institutionellen Umbau zugunsten erweiterter politischer Bürgerrechte und Beteiligungsmöglichkeiten nicht zu haben. Der Rückbau des repräsentativen Überhangs, die Entprivilegierung der politischen Parteien und die Stärkung der lokalen Demokratie könnten erste Schritte in diese Richtung sein. Eine auf politische Gleichheit orientierte „starke Demokratie" wird ohne eine soziale und ökologische Abfederung der ökonomisch forcierten Ungleichheitsdynamik keine Chance haben. Egalitär gestimmte Grundsicherungs- und Arbeitszeitmodelle haben hier ihren Platz. „Strong democracy" (Benjamin Barber) gibt es nicht als fertiges Rezept, aber seine möglichen Ecksteine sind aus den Debatten in Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen bekannt. Dazu gehören u.a. der Umbau des Sozialstaats in Richtung garantierte soziale Bürgerrechte, Geschlechterdemokratie, eine transnationale Sozialpolitik, die Reduzierung der Weltmarktorientierung und -abhängigkeit. Ziel ist eine „Zivilgesellschaft", wie sie André Gorz 1976 in „Ökologie und Freiheit" beschrieben hat. Sie schafft für selbstbestimmte Tätigkeiten, politische Beteiligung und Selbsthilfe einen gesellschaftlichen Raum. ●

Roland Roth ist Mitglied des Komitees für Grundrechte und Demokratie.

Magdeburg ist überall

Eine kleine Nachlese

Das Szenario ist bekannt. Eine trostlose Innenstadt, eigentlich nur eine Einkaufsmeile. Was der Krieg übrig gelassen hat, verschandeln die Plattenbauten. Dazwischen Baukräne und Bretterverschläge des „Aufschwung Ost". 60 bis 80 Jugendliche feiern ihren „Herrentag", indem sie Hatz auf ausländisch aussehende Passanten machen. Auch die Polizei schaut zu. Sie schreitet erst rabiat ein, als sich die Opfer verteidigen und ihnen das ausländische Personal eines Lokals, in das sie geflüchtet sind, zu Hilfe kommt.

Zwei Wochen später veranstaltet die Polizei unweit dieses Lokals im „Breiten Weg" treudeutsch mit Blasmusik, Luftballons und großem Fuhrpark ihren Tag der „Sicherheitspartnerschaft". Nichts deutet darauf hin, daß damit auch ausländische „MitbürgerInnen" gemeint sein könnten. Magdeburgs Polizei ist ein permanenter Skandal. Nicht nur weil sie die gewaltbereiten Kids – wie schon so oft – gewähren ließ. Die Protokolle der verhafteten ausländischen Opfer klagen den Rassismus der Polizeibeamten und die menschenverachtende Behandlung im Knast an, während man die Täter eilends laufen ließ. Wer ihre Beobachtungen liest, könnte angesichts des alltäglichen „normalen" Rassismus in diesem Land verzweifeln.

Dennoch. Auf den Protestdemonstrationen nach der Herrentags-Hatz präsentierte sich – wie schon andernorts – ein selbstbewußtes links-libertäres Schüler- und Studentenmilieu. Auch in Magdeburg gibt es eine bunte autonome Jugendszene – ungleich zahlreicher als die rechten Grüppchen. Eines der Opfer berichtete, daß er sich als Ausländer in den von dieser Szene geprägten Stadtteilen und in ihren Treffs unbelästigt und sicher bewegen kann – selbst nach 20 Uhr. Zum Desaster des letzten Herrentags kam es wohl auch, weil selbst das links-autonome Gegenmilieu von den Angriffen überrascht worden war.

Zur politischen Geographie Magdeburgs gehört auch eine stark kirchlich geprägte Solidaritätsszene, die sich seit Jahren intensiv um Asylsuchende, Flüchtlinge und Ausländer kümmert. Noch bevor eine für rund tausend Menschen konzipierte Massenunterkunft (ZGU) im Stadtteil Cracau eröffnet wurde, gründeten sich zwei Bürgerinitiativen. Die eine versuchte, die Einrichtung zu verhindern, weil sie eine Verschlechterung der Lebensbedingungen in diesem ohnehin benachteiligten Stadtteil befürchtete, und schließlich – nachdem die Einrichtung nicht mehr zu verhindern war – zumindest eine bessere Infrastruktur abzugreifen. Das Programm der zweiten Initiative wird schon in der Wahl des Namens deutlich: „Verein nachbarschaftliches Cracau/Prester". Den Asylsuchenden und Flüchtlingen bei Behördengängen helfen und Rechtsberatung verschaffen, die Lebensbedingungen im Heim verbessern, aber auch im Stadtteil Veranstaltungen anbieten, die zur Akzeptanz der „Fremden" beitragen können. Inzwischen sei – so wird berichtet – auch die NIMBY-Initiative („Not in my backyard") dazu übergegangen, Flüchtlingshilfe zu leisten.

ROLAND ROTH

ROLAND MÜLLER

Die Bekenntnisse eines aufrechten deutschen Soldaten

Ein Staat, der eine machtvolle Außenpolitik betreiben möchte, braucht nicht nur Militär, sondern auch eine Militärgeschichte, die geeignet ist, Traditionen zu knüpfen. Dies gilt in besonderem Maße für einen deutschen Staat, dessen Ziele genuin Kriegsziele waren. So ist es nur konsequent, daß auf Betreiben der militärischen Führung als Folge neuer „Normalität" das kritische militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr nach Potsdam verbannt wird, während die Akten in Freiburg verbleiben. Dies kann duchaus als Drohung verstanden werden.

Das Feld der historischen Darstellung der Bundeswehrvorgänger soll wieder den Tätern und ihren Freunden überlassen werden, wie beispielsweise dem Ring Deutscher Soldatenverbände (RDS), zu deren selbstgesteckten Aufgaben „Pflege und Schutz des Andenkens der in Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflicht Gefallenen und Verstorbenen" sowie die „Förderung des Wehrgedankens im Volksbewußtsein durch wehrethische Öffentlichkeitsarbeit... und der Verteidigungsbereitschaft" gehört. Das Muster dieses 200 000-Mitglieder-Verbandes ist einfach. Für einige auch biographisch, für andere nur politisch motiviert muß der positive Bezug zur Wehrmacht aufrechterhalten werden; der Weg führt über die Trennung vom Nationalsozialismus. In einem „Manifest deutscher Soldaten zum 1. September 1989" distanzierten sie sich in einem Satz von den „nationalsozialistischen Verbrechen", womit selbstverständlich die Wehrmacht weder direkt noch indirekt etwas zu tun hatte. Sie „kämpfen in dem Glauben, unserem Vaterland, Deuschland, dienen zu müssen" und möchten auch noch den „guten Ruf" und die „Leistung des deutschen Soldaten" anerkannt wissen. Eine „Aufwertung" von Deserteuren, also von Soldaten, die einfach nicht weiter zum „guten Ruf" der Wehrmacht beitragen wollten, „muß jeden Soldaten des Zweiten Weltkrieges, jeden Soldaten der Bundeswehr und alle ihre Angehörigen beleidigen". Denn: „Die Gehorsamspflicht ist die wichtigste und bedeutendste Soldatenpflicht überhaupt. Unentbehrliche Grundlage jedes militärischen Gefüges, ist sie heute wie vor 50, 200 oder 1000 Jahren *die* schlechthin *typische* Soldatenpflicht. (...) Das gilt für die Armeen aller Staatsformen, nicht zuletzt auch der modernen Demokratie."

Letzteres schrieb 1970 der Generalstabsoffizier Dr. Jürgen Schreiber (bis 1961 Jurist im Verteidigungsministerium am Aufbau der Bundeswehr beteiligt, bis 1968 erster Schriftleiter der neuen Zeitschrift für Wehrrecht, Kommentator u.a. des Wehrpflichtgesetzes und heutiger Präsident des RDS, Bundesvorsitzender des Verbandes deutscher Soldaten und des Deuschen Luftwaffenringes) in der kleinen Handreichung „Pflichten und Rechte des Soldaten der Bundeswehr". Zur Klarstellung finden sich im Anhang die „Pflichten des Deutschen Soldaten" vom 25. Mai 1934.

Militärisch schaffte es Jürgen Schreiber noch bis zum Generalmajor, dem dritthöchsten Offiziersrang der Bundeswehr. Im Juli 1991, bereits a.D., forderte er Orden für die deutschen Golf-Kriegs-Soldaten, die „durch ihr Auftreten den Frieden außerhalb des eigentlichen Kriegsschauplatzes sicherten". Dies diene der „Stärkung der allgemeinen Truppenmoral" und der Hebung des „äußeren Erscheinungsbildes der einsatzfreudigen deutschen Soldaten (...), die im allgemeinen durch die Schmucklosigkeit ihres Waffenrocks unvorteilhaft von ihren ausländischen Kameraden abstechen."

Daneben widmete sich der Liebhaber deutschen Soldatentums einer Schriftenreihe des RDS zur Bewältigung der „Vergangenheitsvergewaltigung". Gegen das Kriegsspielen hat er nichts einzuwenden – im Rahmen der Haager Landkriegsordnung versteht sich. Dazu gehörte bis 1949 eben auch die Festnahme und Hinrichtung von Geiseln. Partisanen konnten sich ohnehin nicht auf die Spieleordnung berufen, wie Schreiber in dem Band „Bewältigung der Vergangenheit,

aber wie? Vorträge und Aufsätze zu einem leidigen Thema unserer Zeit“ gerne hervorhebt. Was beweisen uns Bilder von Leichenbergen und aufgehängten Menschen? „Sie sind ekelhaft, weil auch ein aufgehängter Schwerverbrecher schrecklich aussieht.“ Man weiß und wußte aber nicht, ob es völkerrechtswidrige Partisanen waren, verurteilte Täter, völkerrechtliche Geiseln oder eben doch zu Unrecht liquidierte. Das war, so Schreiber, einfach „nicht nachprüfbar“. Dann gab es da noch die Nazis: den SD, die Geheimpolizei. „Was sollte der Regimentskommandeur tun, dem einige seiner Leute von Massenerschießungen im Hinterland berichteten?“ Ja, was konnte der gute deutsche Offizier – selbstverständlich geht es hier nur um Befehls- und Denkbefugte – machen? Er gab „Meldung ‘nach oben’“. Und wenn sich in deren ‘Meldungen’ nach unten Sätze einschlichen, wie z.B. „Jede Spur aktiven oder passiven Widerstandes ... ist erbarmungslos auszurotten“, seien diese nicht etwa als Mordaufrufe zu verstehen. Das sei die Sprache des Krieges, man sei ja nicht „bei einem Symposium älterer Damen und Herren“ gewesen.

Aber so etwas könne natürlich nur verstehen, wer dabei gewesen war, so wie unser Generalmajor, der auch mal kleiner anfing. Davon berichtet er uns im fünften Band der Bewältigungsreihe, der in diesem Frühjahr unter dem zusammenfassenden Titel erschien: „Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden. Was haben wir getan, was wußten wir?“ Für Schreiber persönlich begann im Januar 1944 bei der Luftwaffe „die vierte militärische Grundausbildung“ nach Jungvolk und Hilterjugend, Luftwaffenhelfereinsatz und schließlich RAD: Die Schulungen, die er genoß waren, „in keiner Weise typisch ‘nazistisch’“. „Das Judenproblem (!) wurde kaum ... angesprochen.“ Von Konzentrationslagern wurde überhaupt nicht geredet, aber auf dem Fliegerhorst Landsberg/Lech konnte er „täglich KZler beobachten“. Sie machten ihm „einen recht elenden, aber keineswegs katastrophal schlechten Eindruck“: Und er wußte weder, ob das nun „politische oder kriminelle“ Leute, ob „Ausländer oder Deutsche“ waren. Wie „99 % aller Soldaten“ kannte er weder das „Wort Auschwitz“ noch den „Begriff Vernichtungslager“. Bei soviel Unklarheit konnte man natürlich nicht zum Nachdenken kommen.

„Ohne daß ich die Vergangenheit nach mehreren Jahrzehnten verklären möchte, muß ich doch sagen, die über sieben Monate des Fahnenjunkerlehrgangs waren eine schöne Zeit, nicht zuletzt auch, weil man feste Ziele vor Augen hatte: Flugzeugführerausbildung erfolgreich abschließen, Offiziersprüfung bestehen, zum Fronteinsatz kommen.“

Seine ganze Stube konnte es kaum erwarten. Bang fragten sie im Sommer 1944: „Werden wir denn noch vor dem siegreichen Ende des Krieges zum fliegerischen Einsatz kommen?“ ‘Entschuldigend’ für seinen „Idealismus“ fügt er an: „Stalingrad lag anderthalb Jahre zurück, die Größe dieser Katastrophe, der Opfergang einer ganzen Armee, war der deutschen Öffentlichkeit nie voll bewußt geworden.“ Stalingrad, da befällt Schreiber „achtungsvolle Bewunderung“ und er gerät ins Schwärmen: „Streitkräfte, die nur aus den eingangs erwähnten 08/15-Figuren bestanden hätten, wären niemals in der Lage gewesen, die Siege von 1939 bis 1942/43 zu erringen, die der Deutschen Wehrmacht schließlich nicht in den Schoß gefallen sind.“ Er weiß auch für was und für wen die deutschen Soldaten so tapfer stritten. Mehrheitlich nicht für Hitler, spätestens seit 1941 auch nicht mehr für den Nationalsozialismus“, es war vielmehr „die als Pflicht empfundene Verteidigung des Vaterlandes“ und natürlich fehlen auch die Frauen und Kinder nicht.

Diejenigen Soldaten, die sich nicht damit abfanden, als Angehörige der Wehrmacht des NS-Staates rein mental für den heimatlichen Vogelschutzverein zu streiten, die ganz real nicht für die Nazis kämpfen wollten, die weder eine Pflicht empfanden und erst recht nicht für die „Verteidigung“ eines „Vaterlandes“, das, auch bei geringster geographischer Grundbildung, lange Zeit weit hinter ihnen lag, die mehr sahen, weil sie sehen wollten und denen Leichenberge nicht durch eine Juristenbrille plötzlich verschwanden, die einfach die völkerrechtliche Metzelei satt hatten, die keine Soldaten mehr sein wollten, überzog die Militärjustiz mit einem Terror aus Todesurteilen, Emslandlagern, Wehrmachtstraflagern und Bewährungseinheiten, was vom Soldaten Schreiber lapidar mit der Bemerkung abgetan wird, „daß in Krisen, Not- und Kriegszeiten schärfer geurteilt wird als im tiefsten Frieden“. „Das Wort Menschlichkeit war damals übrigens (!) nicht gefragt, aber es wäre unwahr zu behaupten, daß das, was wir lernten oder selbst erlebten, unmenschlich war. Man kann dies, wenn man gerecht sein will, nicht mit den empfindsamen Maßstäben des Jahres 1950 oder 1990 messen.“ So steht er da, der große Krieger der Retrospektive.

Soldaten brauchen, sollen, müssen nur tun, was ihnen gesagt wird. Nicht an Gedanken und Verantwortung, nur am Sturmgewehr haben sie zu tragen. Und dafür steht das deutsche Militär sinnbildlich, das macht es wohl so „schlagkräftig“. So gesehen sind Soldaten doch weniger Mörder (hier treffen sie im wesentlichen ohnehin nur den Definitionsteil der niederen Beweggründe), als vielmehr denkfaule Feiglinge. Und in dem Soldaten Dr. Jürgen Schreiber haben sie einen würdigen Repräsentanten mit „Bundesverdienstkreuz am Bande und 1. Klasse, Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold, div. Sportehrenzeichen, Flugzeugführerabzeichen der Wehrmacht und der Bundeswehr“ (aus der Eigenwerbung). ●

Roland Müller ist Politologe und freier Journalist in Marburg.

Capitalist Restructuring and Resistance

An International Conference

Berlin 20 August 1994

Capitalism continues to generate poverty, oppression and war. Economic restructuring by states and corporations around the world is undermining workers living standards. National oppression and racism are increasing in intensity. But capitalism and efforts by those who benefit from it to restructure their activities also generate resistance from below. This conference examines these developments in papers on: international capitalism and democracy; restructuring in Eastern Europe, Germany, Scandinavia and Australia; capitalism and racism; German student radicalism in the ’60s; postmodern art in the service of the state; the need for leftwing political science.

Papers will be presented by: Peter Baker and Bob Milward University of Central Lancashire • David Langille York University • Wolf-Dieter Narr Free University of Berlin • Rick Kuhn Australian National University • Bernd Rabehl Free University of Berlin • John Rosenthal City University of New York • Devika Singh Kasturba Institute of Rural Studies • Lene Boegh Sorensen University of Aarhus • Curt Sorensen University of Aarhus • John Trent University of Ottawa

Location: Room G 111 Building G **Cost**: US$10
Freie Universität Berlin, Malteserstraße 74-100

Register with or for more information contact:
Rick Kuhn Political Science Department, Australian National University, ACT 0200, Australia. Phone +61 6 2493851, Fax +61 6 2495054
Email Rick.Kuhn@anu.edu.au
or
John Berg Government Department Suffolk Univ, Beacon Hill, MA 02108-2770, USA. Phone: +1 617 5738122, Fax: +1 617 5738703
Email: J.Berg@acad.suffolk.edu

JOACHIM HIRSCH

Kurdistan: Das Debakel des »humanitären« Militärinterventionismus

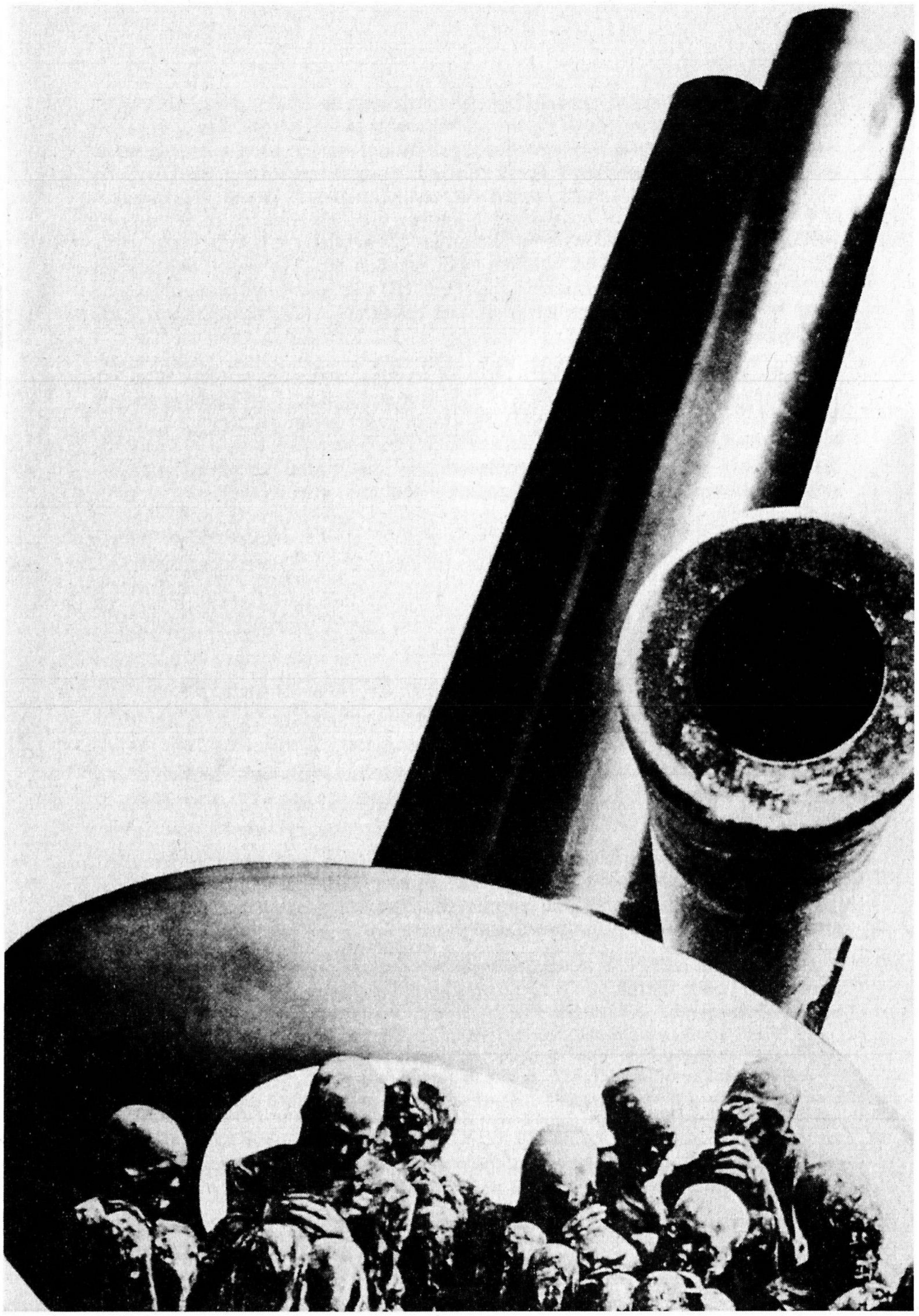
Anfang April 1994 besetzt die türkische Armee Teile von Südkurdistan, um eine militärisch kontrollierte Pufferzone zwischen der eigenen Bürgerkriegsregion und dem irakischen Teil Kurdistans zu schaffen. Kurze Zeit später kommt es zu schweren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der beiden größten südkurdischen Parteien, der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK). Mitte Mai nimmt die iranische Armee, unterstützt durch Kräfte der – vom Iran und Saudi-Arabien unterstützten – islamischen Bewegung Kurdistans und der KDP nach schwerem Artilleriebeschuß und Bombardements die Grenzstadt Halabja ein und treibt 50 000 Menschen in die Flucht. Halabja ist die Stadt, in der die irakische Armee 1988 mehr als 5000 Menschen mit – aus Deutschland bezogenem – Giftgas ermordet hatte. All dies geschieht in einem Gebiet und an einer Bevölkerung, die offiziell unter dem Schutz der Vereinten Nationen steht.

Offensichtlich handelte es sich bei den Militäroperationen um eine konzertierte Aktion der Türkei und des Irans, den kurdischen Befreiungsbewegungen in der Türkei und im Iran ihre von der PUK gewährten Freiräume zu nehmen. Nach dem Golfkrieg und den Massakern der irakischen Armee an der südkurdischen Bevölkerung hatten die Vereinten Nationen Teile Südkurdistans zur Schutzzone erklärt und UN-Truppen dort stationiert. 1992 fanden in der Region anerkanntermaßen faire und freie Wahlen statt, aus denen die KDP und die PUK etwa gleich stark hervorgingen und gemeinsam eine Regierung bildeten. Diese Regierung wurde aber international nie anerkannt, weder von den UN, noch von den an Kurdistan interessierten Mächten.

Die angrenzenden Staaten versuchen mit Unterstützung der Golfkriegsalliierten, jeden Ansatz zu einer demokratischen Selbstbestimmung der kurdischen Bevölkerung – selbst in der Form eines föderativen Autonomiestatus – zu verhindern. Faktisch hat sich, unter dem formalen Schirm der Vereinten Nationen, eine Koalition aus dem Irak, dem Iran, Syrien und der Türkei, den USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland gebildet, deren Interesse sich darauf richtet, die regionalen staatlichen Machtverhältnisse zu stabilisieren und in Kurdistan ein Großlager für Millionen von Flüchtlingen zu errichten. Diese werden durch humanitäre Nothilfeaktionen notdürftig versorgt. Eine wirtschaftliche Stabilisierung und Entwicklung der von jahrelangen Kriegen zerstörten Region wird aber systematisch verhindert. Der Versuch der kurdischen Regierung, Zugang zu den bei westlichen Banken eingefrorenen irakischen Guthaben zu erlangen, um den Wiederaufbau des Landes aus eigener Kraft zu bewerkstelligen, ist gescheitert. Das über den Irak verhängte Embargo, verbunden mit wirtschaftlichen Pressionen Irans, der Türkei und des Iraks, macht einen wirtschaftlichen Wiederaufbau unmöglich. Die „Nothilfe"-Importe der Hilfsorganisationen und der UN treiben die Verbrauchsgüterpreise auf Weltmarktniveau, zerstören die einheimische Wirtschaft und lassen im Endeffekt die Bevölkerung weiter verarmen.

Offensichtlich ist, daß die „humanitäre Intervention" in Südkurdistan kein anderes Ziel hat, als regionale Machtinteressen und großmachtstrategische Kalküle zu Lasten der dort lebenden Bevölkerung zu bedienen. Hintergrund dieser Entwicklung ist das Neuarrangement der Kräfteverhältnisse nach dem Golfkrieg: der Irak wird nach seiner militärischen Zwangsabrüstung als Gegengewicht gegen den Iran wieder gebraucht. Die Türkei besitzt ein starkes Interesse an einer wirtschaftlichen Kooperation mit dem ehemaligen Kriegsgegner, vor allem an der Wiedereröffnung der lukrativen irakischen Ölpipeline zum Mittelmeer. Sie normalisiert deshalb ihre Beziehungen zum Irak, möchte eine Aufhebung des UN-Embargos und will die irakischen Kurden dazu zwingen, sich mit Saddam Hussein zu arrangieren. Mit dem Iran teilt sie das Interesse an der Verhinderung südkurdischer Autonomiebestrebungen als Bestandteil der Unterdrückungspolitik gegen die Kurden im eigenen Land. Dabei geht es der kurdischen Bewegung im Moment nicht einmal um die Bildung eines eigenen Staates. Die repressiven und autoritär geführten Nahoststaaten, die Türkei ebenso wie Iran und Irak, akzeptieren nicht einmal einen förderativen Autonomiestatus innerhalb der bestehenden Grenzen.

Für die westlichen Großmächte geht es vor allem um die Stabilisierung und Ausbalancierung ihrer konkurrierenden nahöstlichen Einflußzonen. Die USA und die Bundesrepublik versuchen, die Türkei als regionalen Bündnispartner und Stützpunkt aufzubauen und untermauern dies durch enorme Waffenlieferungen, die zum Kampf gegen die Kurden eingesetzt werden. Gleichzeitig haben die USA und Großbritannien ein Interesse daran, die bestehende Spannungssituation in Südkurdistan aufrechtzuerhalten, um eine strategische Ausgangsbasis für mögliche neue Konflikte mit dem Iran und dem Irak zu behalten und zugleich die Situation in Nordkurdistan in Kooperation mit dem türkischen Staat gewaltsam zu befrieden. Das Opfer dieser Großmachtpolitik ist die kurdische Bevölkerung insgesamt. Sie wird nicht nur dem materiellen Elend und der Gewalt preisgegeben. Hinzu kommen fortwährende Versuche, sie politisch zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Nicht zuletzt mit dem Druckmittel einer Beendigung der humanitären



Hilfe sollen die irakischen Kurden dazu gebracht werden, ihre Unterstützung für die türkisch-kurdische PKK aufzugeben.

Vor diesem Hintergrund sind die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den südkurdischen Parteien seit Mai dieses Jahres zu sehen. Der Konflikt entzündete sich in der Region Rania-Pishder an dem Versuch einiger mit der KDP verbundenen Großgrundbesitzer, den Bauern zugesprochenes Land wieder in Besitz zu nehmen. Als die Grundbesitzer das Feuer auf eine von der PUK gebildete Vermittlungsdelegation eröffneten, plünderte die aufgebrachte Bevölkerung KDP-Büros. Im Gegenzug wurden dann in von der KDP beherrschten Orten PUK-Büros gestürmt. Daraufhin kam es zu schweren militärischen Gefechten, mehrere PUK-Vertreter wurden ermordet. Führungsmitglieder beider Parteien und die kurdische Regierung versuchten – bisher ohne durchschlagenden Erfolg – in Verhandlungen den Konflikt beizulegen.

Zu verstehen sind diese innerkurdischen Auseinandersetzungen nur vor dem Hintergrund einer immer verheerender werdenden ökonomischen Situation, der Tatsache, daß die international nicht anerkannte und politisch schwache kurdische Regierung das Land praktisch nicht verwalten kann und daß unter diesen Bedingungen insbesondere die Türkei und der Iran versuchen, die KDP für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Von Anfang an hatte sich die KDP in den von ihr beherrschten Regionen einer besonderen Unterstützung durch die UN und die internationalen Hilfsorganisationen erfreut, wobei die kurdische Regierung systematisch umgangen wurde. Schon hier liegt eine Wurzel des jetzt gewaltsam aufgebrochenen Konflikts. Mittlerweile haben der Iran und die Türkei ein gemeinsames Komittee gebildet, um ihren Kampf gegen die PKK und die iranisch-kurdische Partei und damit in Verbindung die Unterstützung der KDP zu koordinieren. Ein Ziel ist die Vernichtung der PUK, in der eine wichtige Strömung in der Tradition der Befreiungsbewegungen der siebziger Jahre steht und die die vom Nordirak aus in der Türkei operierende PKK unterstützt. Im Rahmen dieser Bemühungen und unter dem Einfluß der Türkei ist die KDP inzwischen auch zu einer Verständigung mit Saddam Hussein bereit.

In Kurdistan zeigt sich der Erfolg einer Interventionspolitik, die nach dem Golfkrieg und der Errichtung der „neuen Weltordnung" ausgerufen wurde und deren vorgeblicher Zweck war, Wohlfahrt, Freiheit und Demokratie mit militärischen Mitteln zu garantieren. Sie hat nicht einmal ansatzweise darauf gezielt, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen der Konflikte zu beseitigen, sondern verschärfte sie nur noch weiter. Und von Anfang an war sie von den konkurrierenden Interessen der regional und international dominierenden Mächte bestimmt. Die betroffene Bevölkerung blieb deren Spielball und Opfer, bestenfalls Objekt von Nothilfemaßnahmen, deren Ziel die Erhaltung bestehender Herrschaftsverhältnisse ist. In der Logik der internationalen Kurdistanpolitik liegt die permanente Produktion von Flüchtlingsmassen, die dann gegebenenfalls humanitär verwaltet werden. Dies wiederum als Anlaß für ein paar propagandistisch wirksame Gesten und als Nährboden eines florierenden Hilfsbusiness. Kurdistan ist diesbezüglich kein Einzelfall. Seine Besonderheit liegt darin, daß die Bundesrepublik hier nicht nur als militärischer Möchtegern und Juniorpartner, sondern als aktive und bestimmende Kriegspartei auftritt. ●

Der vorstehende Bericht stützt sich im wesentlichen auf Materialien der Hilfsorganisation medico international. Dort können laufend weitere Informationen bezogen werden. Medico bemüht sich seit Jahren, die hiesige Öffentlichkeit über die Vorgänge in der gesamten kurdischen Region zu informieren und internationale Einmischungen – nicht zuletzt die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei – offenzulegen. In Südkurdistan werden Projekte durchgeführt, die über aktuelle Hilfsmaßnahmen hinaus die eigenständige wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung in dieser Region fördern. Trotz der immer schwieriger und gefährlicher werdenden Situation wird diese Arbeit weitergeführt. Adresse: medico international, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt/Main. Spendenkonten: Frankfurter Sparkasse (BLZ 50050201), Konto-Nr.1800 und Postbank Köln (BLZ 37010050), Konto-Nr.6999-508. Stichwort: Kurdistan.

RONALD OFTERINGER, RALF BÄCKER

Republik der Staatenlosen

3 Jahre humanitäre Intervention in Kurdistan-Irak

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als habe das internationale Engagement seit der alliierten Hilfsaktion „Provide Comfort" diese Eigenständigkeit möglich gemacht. Vor Ort stellt es sich anders dar. Die humanitäre Intervention hindert die Kurden an der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts und obstruiert die Rehabilitierung der kurdischen Gesellschaft. Verstöße gegen die UN-Resolution 688 (keine Diskriminierung von Gruppen der irakischen Bevölkerung, freier Zugang zu allen Hilfsbedürftigen) werden trotz vergangener und andauernder massiver Menschenrechtsverletzungen des Irak geduldet. Diese absolute Souveränität wird dem Irak auf anderen Gebieten, wenn es etwa um die Kontrolle über irakische Ressourcen und um seine Rüstung geht, von der selben UN und denselben Alliierten nicht zugestanden. Das Ergebnis ist eine Pattsituation, die Saddams interne Machtposition erhält und die Kurden schwächt. In Kurdistan resultiert daraus eine Art Doppelherrschaft zwischen einer schwachen kurdischen Administration und dem übermächtigen internationalen Hilfsbusiness.

Als Mittel zur Kontrolle sozialer Unruhe und zur Verhinderung erneuter Flüchtlingswellen in Richtung „zivilisierte Welt" ist die kurdische Administration durchaus willkommen. Erst jüngst erließ sie ein Verbot der Auswanderung für Hochschulabsolventen. Als demokratisch gewählte und mit dem Mandat der Verwirklichung kurdischer Rechte versehene Vertretung wird ihr jede Anerkennung versagt. In Elend und Abhängigkeit gehalten, unterscheidet sich die Situation der irakischen Kurden nur wenig von der ihrer Landsleute in der Türkei, die täglich mit dem Wissen und den Waffen der führenden Mitgliedsstaaten der NATO abgeschlachtet werden – unter den Augen der Lords of Poverty, die zwischen Diyarbakir und Zakho hin- und herpendeln.

Die westliche Hilfe, die seit drei Jahren in Kurdistan investiert wird, scheint großzügig, doch sie ist nur ein Bruchteil dessen, was für die Rehabilitation notwendig wäre. Vor allem aber werden moralische und rechtliche Verantwortlichkeiten außer Acht gelassen: Wie mittlerweile durch eine Vielzahl von Iraqgates deutlich wurde, statteten westliche Staaten oft unter Umgehung eigener Gesetze den Irak mit modernen Mitteln der Massenvernichtung aus, weil sie ihn als Bollwerk gegen die Ausbreitung der islamischen Revolution schätzten. Deutsche bauten Fabriken für Giftgas, Briten belieferten die irakische Rüstungsindustrie, Franzosen verkauften moderne Kampfbomber an den Irak, die USA gewährten Kreditgarantien in Milliardenhöhe, Italien versorgte die irakische Armee mit Millionen von Landminen, die über ganz Kurdistan verstreut wurden. Die Verbrechen des irakischen Regimes gegen die Menschlichkeit geschahen vorsätzlich und waren den westlichen Förderern durchaus bekannt.

Die alliierten Bombardements im Golfkrieg haben einen Transformationsprozeß der irakischen Gesellschaft beschleunigt, dessen Ergebnis die heutige Krise und Massenarmut in allen Teilen des Irak sind. Mit westlichem know-how im Austausch für harte Petrodollars begann die irakische Regierung in den späten 70er Jahren mit der Umstrukturierung der kurdischen Ökonomie, der in den 80er Jahren die Zerstörung des ländlichen Raumes und Massenvertreibungen folgten. Entvölkerte Gebiete wurden zu Todeszonen erklärt. Nachdem irakische Truppen 1987 erstmals Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung einsetzten, begann im Februar 1988 die Vernichtungsoperation Anfall gegen die kurdisch kontrollierten Gebiete. Unter systematischen Einsatz von Giftgas wurden die Gebiete erobert und die Bevölkerung zum Teil in Todeslager verschleppt, zum Teil in militärisch bewachte Kollektivstädte zwangsumgesiedelt.

Die zwangsumgesiedelten Bewohner von ca. 4000 kurdischen Dörfern waren auf den Dienstleistungssektor und die Subventionen des ölfinanzierten Staatsapparates angewiesen. Das alliierte Bombardement zerstörte die ökonomische Basis dieses Umverteilungssystems. Wie einer UN-Delegation nach dem Golfkrieg berichtet, war der Irak „in ein vorindustrielles Zeitalter zurückgebombt worden, bei gleichzeitiger post-industrieller Abhängigkeit von Energie und Technologie." Die UN-Sanktionen verhinderten eine Rehabilitation. Die von der irakischen Regierung verhängte interne Blockade machte die kurdische Gesellschaft vollkommen von westlicher Hilfe abhängig.

Nach dem Golfkrieg erhob sich die irakische Bevölkerung im Süden und in Kurdistan gegen das Regime. Die Golfkriegsalliierten sahen zu, wie die republikanischen Garden, die bei der alliierten Offensive verschont worden waren, den Aufstand auf brutalste Weise niederschlugen. Gejagt von der irakischen Armee, flohen mehr als eine Million Kurden in Richtung der Grenzen zu Iran und Türkei. Zwanzigtausend Menschen verloren nach UN-Schätzungen auf der Flucht und in den Lagern ihr Leben.

Erst unter dem Druck wachsender öffentlicher Kritik vor allem in den USA beschloß der UN-Sicherheitsrat am 5. April 1991 die Resolution 688. Die Resolution bekräftigte die „Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit des Irak" und forderte Bagdad auf, die Unterdrückung seiner Bürger auch in den kurdischen Landesteilen zu beenden. Ausgangspunkt war aber nicht die Verletzung der Menschenrechte von Kurden und Irakern, sondern die durch sie bedrohte Stabilität der Nachbarländer.

Die Golfkriegsalliierten begannen am 16. April die Operation „Provide Comfort", die sich auf die Flüchtlingslager an der türkischen Grenze konzentrierte. Weit weniger Mittel und Einsatz kamen den Flüchtlingen an der iranischen Grenze zugute. Allein die deutsche Regierung nutzte die Gelegenheit und ihre guten Beziehungen zum iranischen Regime, um ihrer Armee einen zwar humanitär deklarierten, aber verfassungsmäßig verbotenen out-of-area-Einsatz zu verschaffen. 2000 deutsche Soldaten kamen dabei zum Einsatz.

Die Katastrophe wurde als reines Flüchtlingsproblem betrachtet, das es so schnell wie möglich einzudämmen galt. Dazu kam man im Zuge der Waffenstillstandsverhandlungen mit der irakischen Regierung überein, im Gebiet von Dehok und Amadia eine Schutzzone (save heaven) zu errichten. In der Schutzzone, aus der sich die irakische Armee schrittweise zurückziehen sollte und in der alliierte Truppen stationiert wurden, wurden große Zeltstädte als Durchgangslager für die Flüchtlinge errichtet. Zusätzlich wurde das Gebiet nördlich des 36. Breitengrades zur Flugverbotszone erklärt.

Am 18. April 1991 unterzeichnete UN-Sonderbotschafter Sadruddin Agha Khan ein „Memorandum of Understanding" mit der irakischen Führung. Darin wurde der Rah-

men für den humanitären Einsatz abgesteckt, mit dem die Rückkehr der Flüchtlinge ermöglicht werden sollte, denn dies war das gemeinsame Anliegen von UN, Alliierten und irakischer Regierung. Das MOU verpflichtete die UN und beteiligte NGOs auf die Wahrung des Status quo ante, womit die UN die Resultate der Umsiedlerpolitik in Kurdistan implizit anerkannte.

Am 7. Juni übernahm der UNHCR die Verantwortung für die Flüchtlingsrückführung und humanitäre Hilfe vom alliierten Kommando.

Durch die Rückführung in den Irak wurden aus Flüchtlingen, die nach der Genfer Konvention über einen gewissen Schutz verfügen und für die der UNHCR verantwortlich ist, intern Vertriebene, die, von kurzfristigen Wiedereingliederungsprogrammen abgesehen, aus dem Mandat des UNHCR herausfallen.

Im Rahmen der alliierten Hilfsaktion und des UN-Einsatzes waren Sicherheitsmaßnahmen für die Flüchtlinge vorgesehen.

In einer Zusatzvereinbarung zum MOU vom 25. Mai 1991 beschlossen die UN und die irakische Regierung die Stationierung von 500 UN-Guards im Irak. Über ihr Mandat herrscht Unklarheit. Nach Angaben eines UN-Mitarbeiters gehörte der Schutz der Flüchtlinge und die Registrierung von Menschenrechtsverletzungen dazu. Später stellte sich die UN auf den Standpunkt, daß sich die Schutzfunktion auf „UN-Personal, Projekte und Equipment" beschränke.

Im Oktober 1991 waren die UN-Guards die ersten, die flohen, als irakische Artillerie die Städte Kifri und Kalar im Süden der Provinz Sulaymania angriff, in die Tausende von Flüchtlingen aus dem Irak zurückgekehrt waren. Im Juli 1992 verließen die in der Stadt Rania stationierten UN-Guards den Ort, nachdem Gerüchte über einen bevorstehenden Angriff irakischer Truppen bekannt wurden. Ein Angriff erfolgte nicht, doch löste der Abzug der UN-Truppe erhebliche Unruhe unter der Bevölkerung aus. Von August 1991 an griffen türkische Kampfflugzeuge und Bodentruppen regelmäßig Gebiete im Bahdinan-Gebiet, Kurdistan-Irak, an. Regelmäßig wurden dabei wiederaufgebaute Dörfer zerstört und irakische Kurden getötet und verwundet. Seit März 1993 greift die iranische Armee die kurdische Grenzregion mit Flugzeugen, weitreichender Artillerie und Bodentruppen an und zerstört Häuser und Flüchtlingslager.

Die von den Alliierten verhängten Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades wurde nur gegenüber dem Irak durchgesetzt. Wiederholt griffen türkische und iranische Flugzeuge kurdische Rückkehrer-Dörfer an, ohne daß die zum Schutz der Flugverbotszone eingesetzte Poised Hammer-Truppe reagierte. Im Gegenteil, die türkischen Flugzeuge starteten unter Ausnutzung des alliierten Radarschirms von den NATO-Basen in der Türkei. Als Bedingung für die Verlängerung der Stationierung von Poised Hammer hatte die Türkei durchgesetzt, daß türkische Offiziere die alliierten Kontrollflüge im Nordirak begleiten.

Im März 1992 lief das 1991 zwischen der irakischen Regierung und dem UN-Generalsekretariat unterzeichnete Abkommen aus, nachdem es im November 1991 verlängert worden war. Der UNHCR begann seinen Rückzug. Während die Verhandlungen über eine Verlängerung des Abkommens sich monatelang hinzogen, kamen die seit Mai 1992 praktisch illegalen Hilfsmaßnahmen fast zum Erliegen. UN- und NGO-Mitarbeiter mußten das Land verlassen, weil die irakische Regierung die Verlängerung ihrer Visa verweigerte. Erst im Oktober 1992 wurde nach Verhandlungen zwischen UNICEF und der irakischen Regierung die Verlängerung ihrer Visa verweigert. Erst im Oktober 1992 wurde nach Verhandlungen zwischen UNICEF und der irakischen Regierung ein neues Abkommen unterzeichnet. Durch die neue Vereinbarung wurden die NGOs zu einer umfassenden Kooperation mit der irakischen Regierung verpflichtet. NGOs, die den Wiederaufbau von Dörfern in den Todeszonen unterstützten, standen vor der Wahl, ihre Arbeit abzubrechen oder ohne Kooperation mit der UN fortzuführen. Nur wenige NGOs unterschrieben die Vereinbarung mit der UN. Gegen diese illegalen NGOs gab es wiederholt Anschläge vermutlich nicht nur irakischer Urheberschaft. Am 23. März 1993 kam Vincent Tollet, Mitarbeiter von Handicap International, ums Leben.

Implizit bestätigte UNICEF, mittlerweile ausführende Agentur des UN-Aktionsplans, das interne Embargo der irakischen Regierung. Anstatt diese auf die Lieferung von Brennstoffen zum Inlandspreis zu verpflichten, kaufte sie Diesel- und Kerosinrationen für Kurdistan in Bagdad zum Weltmarktpreis. Da bei diesen Käufen der offizielle irakische Umtauschkurs zugrundegelegt wird, blieben von so gezahlten 70 Dollar 69 Dollar in Bagdad, während nur 1 Dollar bei den Adressaten ankam.

Aus Unzufriedenheit über das UN-Programm organisierten Geberländer eine Untersuchungsdelegation nach Kurdistan, um die Möglichkeit eines grenzüberschreitenden Hilfsprogrammes aus der Türkei zu prüfen. Diese Gebernationen erklärten ausdrücklich

ihre Bereitschaft, die Arbeit der illegalisierten NGOs zu unterstützen.

Diese Konstruktion machte es den Geberländern wiederum möglich, ihre partikularen Interessen in Kurdistan außerhalb des UN-Programmes und unter Umgehung der kurdischen Regierung durchzusetzen.

Auch nach der Niederschlagung des Volksaufstandes mit alliierter Duldung hatte die Führung der Kurdistan-Front gehofft, daß die UN-Resolution 688, das alliierte Engagement und der Einsatz der UN eine internationale Anerkennung der kurdischen Frage mit sich bringen würde. Umgekehrt stand sie unter dem Druck, einen politischen Ausweg für die hunderttausend Flüchtlinge zu finden.

Die Alliierten verweigerten ihnen diese Anerkennung und versprachen Unterstützung für Verhandlungen zwischen der Front und dem Regime in Bagdad, die noch im April 1991 begannen. In den Verhandlungen forderte die Front eine umfassende Autonomie unter Einschluß der umstrittenen Gebiete Kerkuk und Khanaqin und eine Demokratisierung des politischen Systems in Bagdad.

Im Verlauf der Verhandlungen und der parallel stattfindenden Flüchtlingsrückkehr konnte die Front ihre Kontrolle schrittweise auch auf die städtischen Gebiete ausdehnen.

Im Lauf der sich hinziehenden Verhandlungen wurde deutlich, daß die UN sich aufgrund der katastrophalen Lage der repatriierten Flüchtlinge nicht zurückziehen konnte. Das gab der kurdischen Seite eine gewisse Sicherheit. Zum anderen kamen die Widersprüche zwischen den beiden dominanten Parteien PUK und KDP erneut zum Vorschein, da erstere die Verhandlungen abbrechen, letztere weiterverhandeln wollte. Der Konflikt führte dazu, daß in wichtigen Fragen des nunmehr praktisch selbstverwalteten Landes Entscheidungen praktisch blockiert waren. Nachdem die Verhandlungen im Januar 1992 aufgrund erneuter irakischer Angriffe auf die kurdisch kontrollierten Gebiete abgebrochen worden waren, entschloß sich die Front, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu veranstalten. Dabei ging es ihr darum, eine Regierung zu etablieren, die die inneren politischen Widersprüche überwindet, sich der Lösung der dringenden Probleme des kurdischen Gemeinwesens annimmt und eine demokratische Alternative zu Saddams Regime darstellt.

Die Golfkriegsalliierten lehnen eine solche Wahl nicht grundsätzlich ab, machten aber von vornherein klar, daß sie die Regierung nicht als kurdische Vertretung anerkennen werden. Die Wahlvorbereitungen waren Anlaß für die irakische Regierung, mit Bombenanschlägen den Druck auf Kurdistan zu erhöhen. Aus den Wahlen, die am 17. Mai 1992 stattfanden, gingen die beiden großen Parteien mit fast gleichen Stimmenanteilen hervor. Internationale Beobachter berichteten von einem freien und demokratischen Ablauf der Wahlen.

Die kurdische Regierung unter ihrem ersten Ministerpräsidenten Fuad Masoum forderte von der UN, die eingefrorenen irakischen Auslandsguthaben zur Finanzierung der Hilfsmaßnahmen für Kurdistan freizugeben, den Kurden die Ausfuhr von Öl zu gestatten und Druck auf die irakische Führung auszuüben, die Blockade gegen Kurdistan aufzuheben. Die UN und die Geberländer kamen diesen Forderungen nicht nach. Zwar wurde für die Finanzierung der Hilfsmaßnahmen im Irak aus den gesperrten irakischen Auslandsguthaben ein „escrow account" eingerichtet. Doch hat weder die kurdische Regierung Zugang dazu, noch können Geberinstitutionen ihre Kooperationsprojekte mit der kurdischen Regierung darüber abrechnen.

Das irakische Embargo sowie türkische und iranische Grenzblockaden führten zu Lebensmittelknappheit und einer Verschärfung der ökonomischen Krise. Durch das UN-Embargo können keine Ersatzteile und Maschinen für den Wiederaufbau der Infrastruktur eingeführt werden.

Die Brennstoffknappheit erhöhte die Transportpreise so stark, daß die Versorgung zusammenbrach und Ernten nicht eingefahren werden konnten. Zeitweise waren die UN- und NGO-Rationen der einzige Input. Preise stiegen in schwindelerregende Höhen, während Löhne und Gehälter stagnierten.

Die Hilfe von UN und NGOs entsprach unter den Bedingungen nicht dem Bedarf. Ein Großteil der Hilfe wurde über kurdische NGOs abgewickelt. Die kurdischen NGOs wurden von Ingenieuren und Angestellten der aufgeblähten irakischen Verwaltung gegründet. Sie waren zu Beginn der kurdischen Eigenständigkeit wichtig, weil sie dringende Hilfs- und Infrastrukturprojekte im Auftrag von UN und NGOs realisieren konnten. Sie entwickelten sich jedoch zu regelrechten kommerziellen, mit Profit wirtschaftenden Firmen.

Die Verschärfung der Krise in Kurdistan hat die internen Fragmentierungen eskalieren lassen. Von Anfang an hat sich internationale Hilfe auf die alliierte Schutzzone, den Nordwesten des kurdischen Gebietes, die Provinz Dehok, konzentriert. Dieses Gebiet ist Stammland der KDP. Der Süden, d.h. ein Großteil der Provinz Sulaymania, ist nicht nur aus der alliierten Flugverbotszone ausgeschlossen, sondern auch lange bei der Vergabe von Hilfsprojekten vernachlässigt worden. Diese Hilfsverteilung hat die Widersprüche zwischen den beiden großen Parteien verstärkt.

Mustashars, die proirakische kurdische Hilfstruppen geführt hatten, bauten über die lokale Kontrolle von Grund und Boden bzw. Verteilung von Lebensmitteln städtische Umsiedlungslager und ländliche Gebiete zu ihren persönlichen Lehen aus, wobei sie die Widersprüche zwischen den zwei großen Parteien ausnutzen konnten. Der Ex-Mustashar Tahsin Shawes, dem man nachsagt, daß er 1988 an den Anfal-Vernichtungsoffensiven teilgenommen hat, kontrolliert die Umsiedlungslager in der Umgebung Chamchamals und verfügt über eine stattliche Zahl von Bewaffneten.

In jüngster Zeit kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen in Kurdistan. In Sulaymania beschossen sich Einheiten der KDP und ein Flügel der Sozialistischen Partei. Demonstrationen der Bevölkerung verhinderten eine Eskalation der Kämpfe.

Kurz darauf kam es zu schweren Gefechten zwischen den Peshmergas der Patriotischen Union Kurdistands und Kämpfern der Islamitischen Bewegung. Einheiten der Islamisten besetzten die Städte Rania und Chwarkurna und erschossen PUK-Funktionäre. Im Gegenzug griffen PUK-Einheiten sämtliche Stellungen der Islamisten in Kurdistan an und lieferten ihren Führer, Scheich Ahmad Berzinji, der kurdische Regierung aus.

Die Islamistische Bewegung hat nach der Katastrophe 1988 einen gewissen Einfluß in Kurdistan erlangt. Bei den Wahlen 1992 wurde sie mit 5 % der Stimmen immerhin drittstärkste Partei. Mit massiver Unterstützung von Saudi-Arabien und Iran, mit Hilfesprogammen für die verelendete Bevölkerung gelang es ihnen, in einigen Umsiedlungslagern, in Rania und Halabja ihren Einfluß zu vergrößern.

Save Heaven und Provide Comfort – ein Modell? Trotz Alliierten- und UN-Garantien sind die Kurden ständigen Angriffen der irakischen Regierung und der Nachbarstaaten Iran und Türkei ausgesetzt. Die unter Aufrechterhaltung der katastrophalen Rahmenbedingungen gewährte internationale Unterstützung hat nicht verhindert, daß eine erschreckende Verelendung und Zuspitzung der sozialen Konflikte stattgefunden hat. Den eigenen Bemühungen der Kurden, die Krise zu überwinden, wird die internationale Anerkennung versagt. Als Reaktion auf die Katastrophe im Irak und in Kurdistan ist im Namen „präventiver Flüchtlingspolitik" ein Internierungslager für Staatenlose, ein ausgelagertes Flüchtlingslager Europas, ein neuer Ghaza-Streifen entstanden.

Die aus Elend und Abhängigkeit resultierende Fragmentierung verhindert eine Überwindung der irakischen Diktatur und eine demokratische Lösung der kurdischen Frage.

Der autonome Status Kurdistans und die kurdische Regionalregierung müssen auf der Grundlage des Autonomieabkommens von 1974 und der irakischen Verfassung international anerkannt werden.

Dies bedeutete, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iraks. Die absolute Souveränität des letzten Jahrhunderts gibt es nicht mehr, jeder Staat ist durch inter-

nationale Konventionen zur Einhaltung essentieller Menschenrechte verpflichtet, gegen die die jetzige irakische Regierung in schwerer Form verstoßen hat.

Die Einhaltung der Resolution 688 muß durchgesetzt werden. Die UN und die Geberländer müssen direkt mit der kurdischen Regierung zusammenarbeiten. Staaten und Firmen, die in die Aufrüstung Iraks und Zerstörung Kurdistans involviert waren, müssen zur Entschädigung verpflichtet werden.

Die kurdische Region muß, wie es die Regionalregierung fordert, von den UN-Sanktionen ausgenommen werden. Diese müssen auch für den gesamten Irak soweit gelockert werden, daß die Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung gewährleistet ist. Der Südirak muß für Hilfsmaßnahmen und Menschenrechtsmissionen der UN zugänglich sein.

Der irakischen Bevölkerung muß ein demokratischer Wandel und eine Überwindung der Diktatur ohne westliche Einmischung, unter der die irakische Opposition dauerhaft zu leiden hat, ermöglicht werden. Dazu gehört die Garantie, daß sie nach dem Sturz der Diktatur wieder freies und gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft sind.

Anerkennung und wirtschaftliche Hilfe sind wichtiger als Soldaten, an die die Kurden sich nur so klammern, weil sie mit deren Abzug wieder dem Nichts überlassen würden. Alliierte Soldaten müssen durch eine UN-Einheit, die das Mandat hat, die kurdische Bevölkerung zu schützen und Angriffe sowie Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, ersetzt werden.

Alternativen zum Militärhumanismus

Von einem Scheitern humanitärer Missionen und der UN-Einsätze spricht man nicht nur im Fall von Irak und Kurdistan. Die richtige Antwort darauf ist sicher nicht der Einsatz von mehr Waffen und Soldaten. Bisherige militärische Interventionen folgen, auch wenn sie humanitär begründet werden, den nationalen und strategischen Interessen der mächtigen, den Sicherheitsrat dominierenden Staaten. Sie sind eher ein Mittel zur Umgehung des völkerrechtlichen Verbots der Gewaltanwendung als Mittel des Menschenrechtsschutzes. Wie selektiv mit Menschenrechten umgegangen wird, zeigt das Beispiel Kurdistans und des Irak. Bereits 1985 appellierte der irakische Kurdenführer Talabani an den UN-Generalsekretär, die UN-Menschenrechtskommission und die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, gegen massenhafte Dorfzerstörungen, Folter und Morde der irakischen Sicherheitskräfte initiativ zu werden. 1987/88, nach den ersten irakischen Giftgasangriffen, folgten ähnliche verzweifelte Appelle. Die UN, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, europäische und arabische Staaten haben die Verurteilung des Irak verhindert. Die wichtigsten westlichen Staaten haben weiter ihre Geschäfte gemacht, z.T. mit Massenvernichtungswaffen, für deren Vernichtung heute UN-Missionen eingesetzt werden.

Heute kommen ähnliche Appelle aus den türkischen Kurdengebieten, während die Türkei von ihren NATO-Partnern hochgerüstet wird.

Flüchtlinge und Staatenlose, so schrieb Hannah Arendt über die Zwischenkriegszeit, sind von den Menschenrechten ausgenommen. Dasselbe gilt für Minderheiten und zu Namen- und Staatenlosen erklärte Völker wie die Kurden und die Palästinenser.

Die Entwicklung im Völkerrecht, die Wahrung essentieller Menschenrechte der staatlichen Souveränität zu entziehen und Staaten gegenüber den internationalen Instrumenten verantwortlich zu machen, muß verbindlich umgesetzt werden. Mechanismen der direkten Anrufung der supranationalen Gremien, wie sie als Individualklagerecht z.B. in der Europäischen Menschenrechtskonvention vorgesehen sind, müssen in verbindlicher Form für die UN-Gremien eingerichtet werden. Vor allem muß sich die Perspektive der Diskussion mehr auf Konfliktvermeidung und Früherkennung richten. So erschreckend die Situation in Jugoslawien auch ist, die in diesem Fall geführte Diskussion über das militärische Eingreifen bei massiven Menschenrechtsverletzungen versperrt den Blick auf die Ursachen von Konflikten und dient nur der weiteren Militarisierung. Ein Beispiel dafür sind auch die deutschen Versuche, unter humanitärem Vorwand an out-of-area-Einsätzen teilzunehmen.

Die Konfliktvermeidung und präventive Diplomatie – wie sie der UN-Generalsekretär in seiner „Agenda for Peace" gefordert hat –, muß in den Vordergrund gerückt werden. Dazu gehören Eingreifmöglichkeiten unterhalb der Schwelle von militärischer Gewalt, die angewendet werden können, wenn erhebliche Menschen- und Völkerrechtsverletzungen stattfinden – mögliche Vorboten eines Ethno- oder Genozids.

Vor allem gehört dazu die Garantie wesentlicher ökonomischer Rechte für die Staaten der Dritten Welt, denn die weltweite ökonomische Krise, die Schuldenlast und die Strukturanpassungsprogramme der supranationalen Finanzinstitutionen sind die Hauptgründe für den Zerfall peripherer Nationalstaaten, deren Souveränität im Kontext dieser Abhängigkeiten nur noch von symbolischer Bedeutung ist.

Ihre ökonomische Integrität, ihr uneingeschränktes Verfügungsrecht über ihre Ressourcen müssen garantiert wer den. Auf der Grundlage der gleichberechtigten Kooperation von Staaten, wie sie in der „UN-Deklaration über Prinzipien des internationalen Rechts über freundschaftliche Beziehungen und Kooperation unter den Staaten" von 1970 enthalten sind, sind die Länder des Nordens zur Entschädigung für die Folgen der von ihnen mit Waffenlieferungen angeheizten regionalen Kriege zu verpflichten. In diesem Zusammenhang gehört auch die Forderung nach einem Erlaß der Schulden der Länder der Dritten Welt.

Diese Forderungen mögen unrealistisch klingen, aber sicher ist es unrealistischer, in Dutzenden von Kurdistans, Somaliens, Kambodschas und Jugoslawiens rund um den Erdball immer wieder zu intervenieren, in sich mehr und mehr vertiefende Krisen mehr und mehr Soldaten zu schicken, Dutzende peripherer Reservate einzurichten und immer mehr Menschen zu rechtlosen Vertriebenen und Staatenlosen zu machen, um mögliche Fluchtbewegungen zu kanalisieren und die Metropolen mit ungeheurem Aufwand und bei weitergehender Einschränkung von Bürgerrechten gegen die Flucht der Armen abzuschirmen. ●

Ronald Ofteringer und Ralf Bäcker sind Mitarbeiter von medico international.

ami

Frauen gegen Krieg und Militär

Juni 1994: Die ami präsentiert ihr neues Themenheft.

S. Hering / C. Wenzel: Entwicklungslinien der deutschen Frauenfriedensbewegung, 1892 - 1933.
S. Schliebe: Leben und politische Entwicklung der Helene Stöcker.
I. Schöll: Frauenprotest gegen die Wiederbewaffnung.
B. Kasic: Feminismus im Balkankrieg.
R. Frankenthal: Die Mütter und das Militär in Argentinien.
B.A. Carroll: Feminismus und Pazifismus: Historische und theoretische Verbindungen.
K. Maltry: Die friedfertige Frau - ein patriarchaler Mythos.

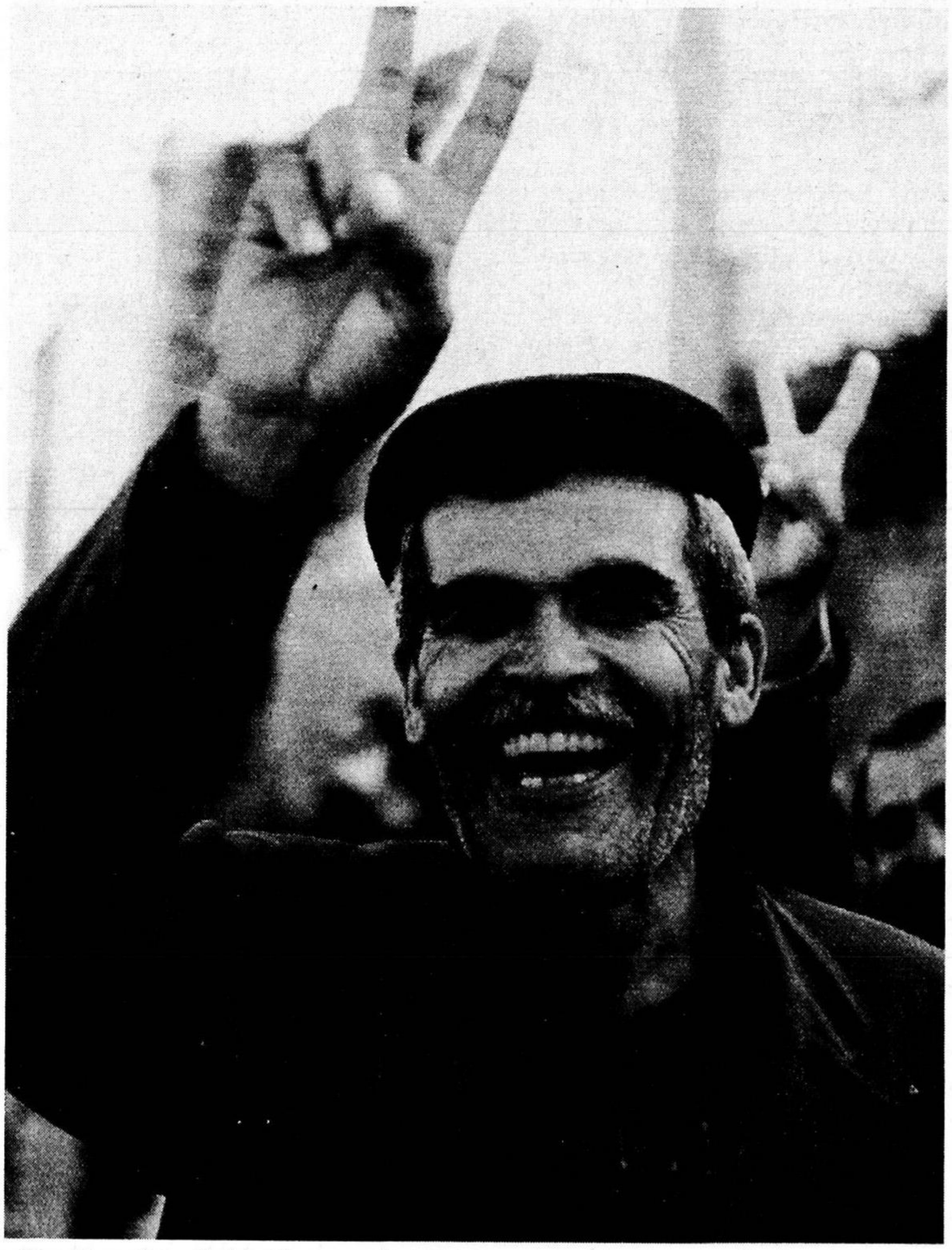
Aktuelle Themenhefte:
Umrüstung in Europa (12/93)
Militarismus und Rechtsextremismus (10/93)
Kriegsursachen (5/93)

Jahresabo: DM 40,- (plus DM 3,- Versandkosten); Probeabo (ein Themen-, zwei Normalhefte): DM 10,- (Versand inkl.); Themenheft DM 5,-(plus Porto). Bezug:
Tel./Fax: (030) 215 10 35

antimilitarismus information
Elßholzstr. 11
10781 Berlin

THOMAS UWER

Bauernbewegung in Irakisch-Kurdistan



Drei Jahre nach der Befreiung Irakisch-Kurdistans von der Baath-Diktatur scheint das Experiment Kurdistan an heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden größten kurdischen Parteien der Region zu zerbrechen. Die Ursachen für diesen Anfang Mai ausgebrochenen Konflikt liegen jedoch nicht in der Unfähigkeit der Kurden, einen demokratischen Staat zu bilden. Im Gegenteil: Die vor zwei Jahren freigewählte Regierung wurde durch Nicht-Anerkennung und wirtschaftliche Destabilisierung von Außen in den Ruin getrieben. Noch immer unterliegt die befreite kurdische Region im Nordirak einem Doppel-Embargo (seitens der UN und seitens des Iraks) und bisher wurde der von Kurden gewählten Regierung keinerlei Status zugesprochen. Unter katastrophalen Versorgungsbedingungen gerät schnell ein lokaler Konflikt zur bewaffneten Auseinandersetzung größeren Ausmaßes. Daß der jüngste Bruderkrieg durch einen Konflikt zwischen Feudalherren und Bauern ausgelöst wurde, ist allerdings kein Zufall.

Die Auseinandersetzungen begannen, als in der Pishder-Region Feudalherren mit Gewalt ihre vermeintlichen Rechte gegenüber den Bauern durchsetzen wollten. Dabei starb ein PUK-Funktionär; die Feudalherren gehörten zur KDP. Nun eskalierte der lang schon anhaltende Konflikt und übertrug sich auf den Machtkampf zwischen den beiden großen Parteien. Schon im Mai 1993 war es in der selben Region zu Auseinandersetzungen gekommen, die erst nach dreitägigen heftigen Kämpfen zwischen Großgrundbesitzern und Bauern von Truppen der Kurdistan-Front beendet werden konnten. Im März und April diesen Jahres kam es zu ähnlichen Gefechten in der Region um Suleymania. Im Zentrum der Konflikte stand dabei das irakische Landwirtschaftsreformgesetz Nr.90 von 1975, das de jure in Kurdistan fortbesteht, faktisch aber von den immer mächtiger werdenden Großgrundbesitzern unterlaufen wird.

Dieses Landwirtschaftsreformgesetz galt 1975 formell für den gesamten Irak. Durch das Gesetz verloren die Großgrundbesitzer ca. zwei Drittel ihres vormaligen Landes und erstmals wurden Kleinbauern in der Gesetzgebung berücksichtigt. Das Reformgesetz Nr.90 war das letzte Gesetz in einer Reihe von Reformen, die schrittweise die Situation der Bauern verbessern sollte; schließlich waren diese schon vor der Revolution von 1958 maßgeblich am Widerstand gegen das alte Regime beteiligt. Durch die großflächige Dörferzerstörung, die 1975 begann und 1988 in der sogenannten Anfal-Offensive Saddam Husseins gipfelte, war das Gesetz jedoch zumindest im Nordirak de facto bald hinfällig geworden. Große Gebiete waren bis zur Befreiung militärisches Sperrgebiet und noch heute sind viele Regionen vermint. Mit Hilfe internationaler Hilfsorganisationen kehren seit 1991 immer mehr Bauern in ihre Dörfer zurück und mit ihnen die Feudalherren. Teilweise werden Bauern mit Waffengewalt an der Rückkehr gehindert.

Die Politik der Feudalherren baut auf eine lange Tradition von Kollaboration und skrupelloser Machtpolitik. Nach der irakischen Revolution von 1958 verließen viele Großgrundbesitzer das Land, da ihre Schicht die gestürzte Monarchie maßgeblich getragen hatte. Nachdem 1971 die kurdischen Aufstände wieder begannen, kehrten sie zurück und unterstützten die kurdische Bewegung. Als sich deren Zerschlagung abzeichnete, verhandelten viele von ihnen ab 1975 mit der Baghdader Regierung und unterstützten diese im Krieg gegen den kurdischen Widerstand. Mittlerweile stehen die meisten wieder auf der Seite der „kurdischen Revolution„.

Die Befreiung Kurdistans aber wurde zum großen Teil von Bauern getragen. Dennoch gewinnen die Feudalherren immer mehr an Macht und haben einen großen Einfluß vor allem auf die KDP (Demokratische Partei Kurdistans).

Die Landfrage ist in Kurdistan ein brisantes gesamtgesellschaftliches Problem. Durch das Doppel-Embargo bedingt liegt die weiterverarbeitende Industrie in Irakisch-Kurdistan bis auf wenige Ausnahmen brach. Große Teile dieser Region sind zudem traditionell landwirtschaftlich strukturiert; die Landwirtschaft ist für viele Menschen die

einzige Einkommensquelle. Gleichzeitig destabilisiert das Embargo den landwirtschaftlichen Sektor. Durch das Einfuhrverbot von Ersatzteilen für Fabrikanlagen können landwirtschaftliche Produkte nicht weiterverarbeitet oder konserviert werden. Über Schmugglerpfade wird deshalb ein großer Teil der Produktion zu Dumpingpreisen ins benachbarte Ausland ausgeführt, während im Winter für überhöhte Schwarzmarktpreise in diesen Ländern produzierte Konserven und Fertigprodukte auf den kurdischen Märkten auftauchen.

Zugleich mit dem rasanten Ansteigen der Preise verdient eine parasitäre Klasse von Händlern am Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land. Während auf dem Land das Lebensniveau durch die Eigenerzeugung von Nahrungsmitteln vielfach noch relativ erträglich ist, leidet die städtische Bevölkerung doppelt: Unter überhöhten Schwarzmarktpreisen und einer Arbeitslosenquote von teilweise 90-95 %. Mieten müssen gezahlt, Lebensmittel gekauft werden. Letztere werden von Händlern zu minimalen Preisen auf dem Land gekauft und bis zu fünffach teurer auf den städtischen Märkten angeboten.

Die zunehmende Macht der Feudalherren stellt vor diesem Hintergrund eine existentielle Bedrohung der Menschen dar. Nicht zuletzt werden die schon schwierigen Rücksiedlungsprojekte unterminiert. „Was wird sein, wenn wir zurückkehren?“ sagt eine Frau in der Sammelstadt Schorisch, deren Mann 1988 von der irakischen Armee verschleppt wurde. „Unsere Kinder sind hier aufgewachsen. Wir haben eh schon Probleme und wir haben Angst vor der Gewalt der Aghas. Sie haben Bauern erschossen und Häuser zerstört.“

Seit mittlerweile einem Jahr formiert sich eine Bauernbewegung, die unabhängig von Parteien die Rechte der Bauern auf einer politischen Ebene durchsetzen will. Vor allem geht es ihnen um die Durchsetzung des Reformgesetzes Nr. 90. Vielen Bauern aber ist das nicht genug. In diesem Gesetz wurden erstmals zwar Kleinstbauern berücksichtigt, die große Zahl der besitzlosen Familien jedoch ging weiter leer aus. Noch immer werden genossenschaftliche Ideen von einer Großzahl der Bauern unterstützt. Kurze Zeit nach 1975 nämlich gab es im Nordirak eine große Anzahl genossenschaftlicher Betriebe (im Gouvernement Suleymania 128, im Badinan 60, um Arbil 90), die damals mit Erfolg eine flächendeckende Nutzung neuer Maschinen einführten und die übriggebliebenen Feudalherren vom Markt verdrängten.

Auf mehreren regionalen Bauernkongressen wurde beschlossen, eine Gewerkschaft oder eine Partei der Bauern zu gründen. Die Feudalherren haben die Gefahr erkannt, und die Auseinandersetzungen verlaufen mit zunehmender Härte. Ein Bauer in Darbandikhan berichtete: „Unsere Vorstellung ist es eher eine politische Kraft darzustellen, als Partei oder Organisation. Im Moment aber sehen wir uns ungeschützt der Gewalt der Großgrundbesitzer gegenüber und deshalb haben wir uns organisiert, in Bauernkomitees, wie es sie schon vor der Revolution von ’58 gab. Wir möchten nicht kämpfen, aber die Situation läßt uns keine Wahl.“ Aber auch für die großen Parteien dürfte die Organisation der Bauern eine Bedrohung darstellen, da sie einiges an Macht und Einfluß in den ländlichen Gebieten verlieren würden. Denn nicht zuletzt könnte eine Organisation, die sich als überregionale Interessenvertretung versteht, das weitgehend auf Stammesinteressen und regionale Zugehörigkeit basierende Machtverhältnis durcheinander bringen.

Wenn die Lebensbedingungen der Bauern jetzt nicht endlich besser werden, hat die Revolution ihre eigenen Interessen verraten,“ erklärt Kerim Ahmed, Mitglied des Politbüros der KP (Kommunistische Partei Irak): „Die kurdische Revolution hat auf den Schultern der Bauern stattgefunden. Die Bauern könnten jederzeit einen neuen Aufstand machen und sie haben 1991 gelernt, wie das geht. Und es ist eine große Bewegung. Die Parteien können sie nicht kontrollieren, höchstens vereinnahmen.“ Hier müßte die Regierung Kurdistans auf Seite der Bauern eingreifen, ist aber unter den momentanen Bedingungen des Embargos zu schwach. Die chronische Unterversorgung und die permanente Bedrohung durch die Truppen der feindlich gesinnten Nachbarländer, sowie des restlichen Iraks, lassen unter anderem dubiose gesellschaftliche Gruppen, Stammesstrukturen und Machtkonglomerate immer mächtiger werden. Diese lösen ihre Interessenkonflikte nicht über staatliche Institutionen, sondern im Notfall mit Waffengewalt.

Daß die Regierung Irakisch-Kurdistans aber von westlichen Staaten unterstützt würde, ist nicht zu erwarten. Nachdem jahrelang, nicht zuletzt durch deutsche Giftgaslieferungen, Ausbildung des irakischen Geheimdienstes und Wirtschaftshilfe, der Krieg der irakischen Regierung gegen die Kurden unterstützt wurde, drängen allen voran Deutschland und Frankreich auf eine Wiederanerkennung der irakischen Baath-Diktatur.

Für die Kurden würde dies nicht nur das Ende des selbstverwalteten, befreiten Gebietes bedeuten, sondern auch das Scheitern jedes Versuches einer demokratischen Opposition. ●

Thomas Uwer ist Mitarbeiter von WADI e.V. (Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit).

Irakisch-Kurdistan Flüchtlinge im eigenen Land

1988 Die irakische Armee zerstört 2500 Dörfer in Irakisch-Kurdistan. 250 000 Menschen „verschwinden“. Die Stadt Halabja wird mit Giftgas aus bundesdeutscher Produktion bombadiert. Zurück bleiben Frauen und Kinder, umgesiedelt in künstliche Sammelstädte und ein zerstörtes, vermintes Land. Der Alltag dieser Frauen ist bestimmt von einer Zukunft ohne Perspektive.

1991 Die irakischen Kurden können sich in Folge des Golfkrieges von der Saddam-Diktatur befreien. Kurdistan wird UN-Schutzzone. Das UN-Embargo und die ständige Bedrohung durch die Nachbarstaaten bleiben dennoch bestehen.

1994 Seit drei Jahren versuchen die Menschen im selbstverwalteten Kurdistan das zerstörte Land wiederaufzubauen. Sie leiden unter einem innerirakischen Embargo, den UN-Sanktionen, rasender Inflation und steigenden Preisen. Statt die darniederliegende Wirtschaft zu unterstützen und die kurdische Regierung international anzuerkennen, behandelt der Westen das Land wie ein riesiges Flüchtlingslager.

Noch immer leben 200 000 Flüchtlinge aus dem irakisch besetzten Gebiet unter katastrophalen Bedingungen in Kurdistan ohne die Aussicht in ihre Städte zurückzukehren, ohne Arbeit, ohne Hoffnung... Noch immer leben „Anfal-Witwen” in der gleichen perspektivlosen Situation in den Sammelstädten...

WADI unterstützt gezielt selbstverwaltete Projekte von und für Frauen. In Zukunft sollen außerdem verstärkt kleinökonomische Projekte zur Weiterverarbeitung von Agrarerzeugnissen gefördert werden.

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Spende diese kleinen Schritte zu mehr Unabhängigkeit in Kurdistan.

Konto-Nr. 612 305 - 602
BLZ 500 100 60
Postgiro Frankfurt am Main

wadi

Wadi e.V. · Sandweg 8 · 60316 Frankfurt/M
Telefon 069 - 44 96 74 · Fax 069 - 43 69 21

WADI

An alle Gruppen, Vereine und Personen, die sich für und in Irakisch-Kurdistan engagieren

Seit nunmehr drei Jahren ist ein großer Teil des kurdischen Gebietes im Norden des Iraks befreit.

Seit zwei Jahren gibt es eine frei gewählte kurdische Regierung, die immer noch nicht international anerkannt ist. Nach drei Jahren Befreiung ist die Versorgungssituation dieser Region aufgrund des Embargos noch immer katastrophal (UN-Embargo plus Embargo seitens des Iraks), die ständige Bedrohung durch feindlich gesinnte Nachbarstaaten und die Truppen der irakischen Regierung zerstören kontinuierlich die Chancen dieses demokratischen Experiments.

In den beiden letzten Monaten hat sich die Lage im befreiten kurdischen Gebiet noch weiter verschlimmert. Zwischen Vertretern der beiden großen Parteien (PUK und KDP) ist eine Art Bürgerkrieg ausgebrochen, der die latent instabile Lage in der Region noch verschlechtert. Vieles spricht dafür, daß das UN-Embargo gegen den Irak in den nächsten Monaten aufgehoben und die Diktatur Saddam Husseins wieder anerkannt wird.

Da Irakisch-Kurdistan bisher international nicht anerkannt wurde und das Embargo der UN gegen den Irak die wirtschaftliche Entwicklung der Region blockiert, schienen bislang Nothilfs- und Dorfwiederaufbauprojekte als einzig gangbarer Weg, die Menschen Irakisch-Kurdistans zu unterstützen.

Die jüngsten Ereignisse stellen jetzt endgültig diese Projekte in Frage. Es zeigt sich, daß neben humanitärer Hilfe endlich Schritte unternommen werden müssen, die das Fortbestehen des befreiten Nordiraks/Irakisch-Kurdistans gewährleisten. Es ist uns natürlich bewußt, daß eine politische Auseinandersetzung mit Irakisch-Kurdistan schwieriger und facettenreicher ist als die mit Nordkurdistan. Dies liegt zum Teil daran, daß sich die herrschenden Parteien in ihren Interessen wesentlich uneinheitlicher darstellen.

Auch deshalb planen wir, nicht mit diesem Aufruf in innerkurdische Konflikte einzugreifen, sondern die Mitschuld des Westens an der Situation zu thematisieren. Die Schutzzone und die bisherige internationale Hilfe müßten dabei analysiert und kritisiert werden. Nach der jahrzehntelangen Unterstützung der Baath-Regierung im Krieg gegen die Kurden, müssen wir jetzt von den westlichen Regierungen – in unserem Fall der BRD – grundsätzliche Rechte für Irakisch-Kurdistan einfordern.

Damit sich die kurdisch verwalteten, befreiten Gebiete des Nordirak zu einer demokratischen Gesellschaft entwickeln können, müßte unserer Meinung nach folgendes gefordert werden:

- Internationale Anerkennung Irakisch-Kurdistans als "Autonome Region".
- Gezielte Unterstützung des Aufbaus der Wirtschaft und des Wiederaufbaus statt Nothilfsmaßnahmen.
- Aufhebung des UN-Wirtschaftsembargos, geknüpft an konkrete Forderungen an die irakische Regierung.
- Verbindliche Schutzzusicherungen für Kurdistan.

Alle diese Vorschläge können natürlich nur Minimalforderungen sein. Sie werden nicht auch nur annähernd die Probleme Irakisch-Kurdistans lösen, geschweige denn die ganz Kurdistans. Sie sind allerdings aufgrund bestehender Verträge einlösbar, ohne eine (berechtigte) Veränderung der Weltpolitik zu fordern.

Um all unsere verschiedenen Erfahrungen und Analysen in einem breiteren Forum diskutieren zu können, schlagen wir ein bundesweites Treffen aller interessierten Gruppen, Vereine und Einzelpersonen noch vor der Sommerpause vor.

Wir wären bereit Mitte/Ende Juli in Frankfurt ein Treffen zu organisieren. Dafür brauchen wir Ihre/ Eure Terminvorschläge.

Außerdem wäre es unserer Meinung nach sinnvoll, wenn dieser Aufruf von Euch / Ihnen diskutiert werden würde, und wir gemeinsam eine bundesweite Kampagne starten könnten.

Kontaktadresse: WADI, Gutleutstraße 144, 60327 Frankfurt.

Zum Leserbrief von Dieter Maier bezüglich „Innere Sicherheit im Neoliberalismus“

Maiers „Kritik“ spricht für sich. Er führt keine solidarische Auseinandersetzung zum Thema. Er hätte uns – soweit berechtigt – als Idioten bezeichnen können, wenn er konstruktiv auf die Notsituation der Gefangenen eingegangen wäre. Stattdessen bemüht er sich zynisch, Begründung und konkrete Versuche von internationaler Solidaritätsarbeit zu linken politischen Gefangenen in Chile zu torpedieren. Damit gibt es keine Gemeinsamkeiten mehr zwischen ihm und uns.

Da wir als LügnerInnen hingestellt werden und diese Qualifizierung Auswirkungen auf die Begründung von Solidaritätsarbeit haben soll, halten wir gegenüber der Leserschaft der links einige Anmerkungen für geboten:

- Wir haben nicht behauptet, daß Chile in der Quantität der Repressionsanwendung in Lateinamerika führend ist. Angesichts z.B. der Militärherrschaft in Peru, der Aufstandsbekämpfung in der Provinz Jujuy in Argentinien, der Ermordung Linker in El Salvador, dem täglichen Terror gegen die 'Verlierergesellschaft' in Brasilien oder der militärischen Konfrontation in Chiapas wäre das auchfalsch. Wir haben nur behauptet (und bleiben dabei), daß es eine Kontinuität der pinochetistischen in der von Maier in Schutz genommenen Repression der Demokratie gibt, wobei die Techniken heute zum Teil wesentlich moderner und in Lateinamerika in diesem Sinn tatsächlich führend sind.

Maiers „Argumentation“ wird mit dem Hinweis auf die Anpassung der chilenischen Unterdrückung auf den lateinamerikanischen Durchschnitt völlig prinzipienlos. Bei Maier scheint die von ihm behauptete Angleichung der Repression Kopflosigkeit und Anpassung an bürgerliche Sichtweisen zu bewirken. Für uns gilt nach wie vor: Nicht die Norm ist bestimmend für politisches Handeln, sondern die konkrete Lebenssituation der Betroffenen.

Auch scheint die geforderte analytische Schärrfe für ihn nicht zu gelten. Welches Repressionssystem hat sich in Lateinamerika eigentlich wem und auf welchem Niveau angepaßt?

- Es ist nicht eine Frage von fehlender oder analytischer Schärfe, sondern von Anerkennung objektiver Tatsachen, daß in Chile bis heute neben der mittlerweile eingeführten Isolationshaft mit denselben bestialischen Methoden wie unter Pinochet gefoltert wird. Wir bezogen uns dabei auf eine uns vorliegende Berichtesammlung von 75 gefolterten politischen Gefangenen aus der Demokratie (März '90 – April '93) sowie auf Berichte der Gefangenenhilfsorganisation ODEP und der die Betroffenen verteidigenden RechtsvertreterInnen und von amnesty international (z.B. AMR, 22.1.93). Selbst ex-Präsident Aylwin kam nicht umhin, einige der Fälle indirekt zu bestätigen.
- Noch etwas zu der uns von Maier unterstellten „europäischen Sackgassensprache“ (was ist das überhaupt?). Es ist eine vom neuen Innenminister Correa bestätigte Tatsache, daß sich die politischen Gefangenen unter Einsatz ihres Lebens und über einen hohen Grad der Organisierung und Verbindung nach draußen bestimmte Rechte erkämpfen konnten – trotz und wegen extremer Repression. Um das zu unterbinden, wurden ja gerade die Hochsicherheitsknäste gebaut.
- Ansonsten steckt hinter Maiers Konfusion ein ernstzunehmendes Problem. Chile zeigt, daß das neu geschaffene System mit der Kategorisierung bürgerliche „Demokratie“ oder „Diktatur“ nicht treffend beschrieben werden kann. Es ist beides in einem Modell zur gleichen Zeit, je nachdem, ob mensch sich in der „produktiven“ oder in der „unproduktiven“ Gesellschaft bewegt. Diese Erscheinung ist nicht nur auf Chile beschränkt, sondern wird auch in der BRD in abgewandelter Form zum Tragen kommen.

Ansonsten wünschen wir uns weiterhin von der *links,* Artikel wie den unsrigen abzudrucken. Schließlich seid Ihr und sind wir ja nicht die einzigen, die sich mit solchem „Mist“, sprich Menschenrechten, in Chile beschäftigen. Entgegen Maiers Behauptungen gibt es noch die Lateinamerika-Nachrichten, die ILA, die Solidaridad, die AK und, und, und.

CHILE AG BRAUNSCHWEIG

THOMAS VON DER OSTEN-SACKEN

„Zuerst werden die Frauen entlassen...“

Zur Lage der Frauen in Irakisch-Kurdistan

Die Lage von Frauen in Irakisch-Kurdistan hat sich seit der militärischen Befreiung 1991 nicht wesentlich verbessert. Glaubten viele anfangs noch, daß nach der Vertreibung der irakischen Armee in Kurdistan auch tiefgreifende soziale Veränderungen durchgeführt werden würden, hat sich jetzt eher Resignation ausgebreitet.

Besonders betroffen von der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Situation sind die sogenannten „Anfal-Witwen“ , Frauen, deren männliche Angehörigen 1988 von dem irakischen Militär verschleppt und ermordet wurden. Die Frauen leben in künstlichen Sammelstädten unter unwürdigen Bedingungen. In diesen Sammelstädten wohnen bis zu 40 000 Menschen auf engstem Raum, die Zahl der Witwen wird auf über 200 000 geschätzt. Die Wasserversorgung funktioniert nicht oder schlecht, sanitäre Einrichtungen sind katastrophal.

Ganz besonders für Frauen gibt es kaum Arbeit. Teilweise müssen sieben- bis achtköpfige Familien mit umgerechnet weniger als zehn Mark monatlich auskommen. Viele Frauen wollen wieder in ihre Stammdörfer, die von Saddam´s Truppen dem Erdboden gleichgemacht wurden, zurückkehren. Wenigen bietet sich diese Chance, da gerade im Südwesten des Landes und an der Grenze zum Iran große Gebiete völlig vermint sind. Auch sind Erbrechte an Land bis heute ungeklärt, ein Gesetz, das die Landfrage regelt, steht weiterhin aus. So vererbt sich Land, laut bisher gültigem Recht, auf der männlichen Linie. Besaß eine Familie, deren Ernährer umgebracht worden ist, Land, steht dieses nicht der Frau, sondern dem Bruder, Cousin oder anderen männliche Verwandten zu. Bisher sind nur wenige Fälle bekannt, in denen Frauen Landansprüche durchsetzen konnten. Das liegt nicht zuletzt an der hohen Quote an Analphabetinnnen in den Sammellagern. So unterliegen oftmals Frauen in Rechtsstreitigkeiten deshalb, weil die Männer eine bessere Bildung genossen haben. Erste Alphabetisierungsprogramme von Hilfsorganisationen finden deshalb auch großen Anklang. „Wenn wir mit einem Lautsprecher durch die Straßen gehen und ankündigen, daß eine Frauenschule eröffnet wird, haben sich am nächsten Tag schon mehr Interessenten gemeldet, als Plätze zur Verfügung stehen“, erklärt Peruin von der „Komalla Afretan“.

Aber auch im ökonomischen Bereich müßte mehr getan werden. Einzige Beschäftigungsmöglichkeit für diese Frauen ist es, auf den Feldern für Aghas (Großgrundbesitzer) zu arbeiten. Diese Arbeit ist allerdings schamlose Ausbeutung: der monatliche Lohn von umgerechnet elf Mark reicht nicht einmal aus, fünf Kilo Reis zu kaufen. Erste Versuche, kleinere ökonomische Projekte für „Anfal-Frauen“ einzurichten waren bisher relativ erfolgreich, allerdings helfen sie nur einem verschwindend kleinen Teil der Witwen und Frauen. Denn bisher beschränken sich die internationalen Hilfsmaßnahmen hauptsächlich darauf, dörfliche Strukturen wiederaufzubauen. Viele der Frauen in den Sammelstädten, denen es, nach der Gruppe der innerkurdischen Flüchtlinge, anerkanntermaßen am schlechtesten geht, werden wohl nie wieder in einem Dorf leben. Doch bisher gibt es weder von der kurdischen Regierung noch von Hilfsorganisationen Programme oder Perspektiven, wie den Menschen, vor allem den Frauen geholfen werden kann, obwohl hinlänglich bekannt ist, daß ohne externe Hilfe sich die Lage kontinuierlich verschlechtern wird.

Frauenorganisationen versuchen, so gut es geht mit wenig Geld selbstverwaltete Frauenprojekte durchzuführen. Dies gestaltet sich allerdings wesentlich schwieriger als in anderen Trikont-Staaten. Denn die Baath-Diktatur hat jahrzehntelang jede Art von Selbstorganisation verhindert. Anders als in Palästina oder Indien können Frauengruppen auf keine langjährige Erfahrung zurückgreifen. So wurden besonders in den ersten beiden Jahren viele Fehler gemacht. Da auch internationale Geber keinen Schwerpunkt auf Frauenprojekte legen, bleiben diese relativ vernachlässigt.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß die drei größeren Frauenorganisationen mehr oder weniger eng an Parteien gebunden sind. So spielt oftmals Parteienpolitik eine größere Rolle als die wirklichen Belange der Frauen. Versuche, im Parlament gemeinsam ein Gesetz zur Gleichstellung der Frau einzubringen, scheiterten unter anderem an parteipolitischen Querelen. Auch sitzen im 1992 gewählten Parlament nur acht Frauen. Dagegen stehen die Mullahs und die konservative Großgrundbesitzer.

Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt es Rückschritte. So war beispielsweise die Mehrehe im Irak verboten, „jetzt sitzen wieder Männer, die mit mehreren Frauen verheiratet sind im Parlament“, sagt

Peruin. Außerdem existiert noch immer ein „Gesetz der persönlichen Moral", nach dem es z.B. für eine Frau verboten ist, ihren Mann zu verlassen. Verstärkt wurden wieder Fälle bekannt, daß Frauen aufgrund dieses Gesetzes inhaftiert wurden. So stellt die Abschaffung dieses Gesetzes auch eine wichtige Forderung der Frauenorganisationen dar.

Die Situation ist nicht zuletzt deshalb schwierig, weil auch in Kurdistan die islamischen Fundamentalisten an Einfluß gewinnen. Finanziell unterstützt vom Nachbarland Iran, breiten sie sich vor allem in der Region um Halabja aus. Dort sieht man die ersten verschleierten Frauen, ein Novum im ansonsten traditionell eher laizistischen Kurdistan. Da die Islamisten über finanzielle Ressourcen verfügen, folgen sie ihrem klassischen Konzept, auf unterster sozialer Ebene karitativ zu helfen, Suppenküchen werden unterhalten und Schulen eingerichtet.

„Ein Problem bei uns, das jetzt seine Auswirkungen zeigt", sagt Peruin, die selber bewaffnet am Widerstand teilnahm, „ist, daß Frauen im südkurdischen Widerstand nur eine geringe Rolle gespielt haben. Es gab nur sehr wenige weibliche Peschmergas. Da unterscheiden wir uns völlig von dem Befreiungskampf in Nordkurdistan, in dem die Frauen eine wichtige Rolle spielen."

Die zunehmende Entrechtung von Frauen ist auch in den Städten zu spüren, da als erste Frauen von den wenigen existierenden Arbeitsplätzen entlassen werden. So waren in der staatlichen Kleiderfabrik in Suleymania vor der Befreiung ca. 3000 Frauen angestellt, heute sind es nur noch 500. Die Produktionskapazitäten sind drastisch eingeschränkt, da das UN-Embargo es nicht ermöglicht, Rohstoffe und Ersatzteile zu importieren. „Gerade wenn die Arbeit knapp ist, werden zuerst Frauen entlassen. Es gibt nichts, wo wir die Kinder hingeben können, wenn wir arbeiten gehen. Kindergärten sind mehr als rar. Nur wenn wir ökonomisch von den Männern in der Familie unabhängig sind, dann haben auch die Gesetzesänderungen einen Sinn. Wir müssen die gleichen Ausgangspositionen für einen Job haben wie die Männer. Das heißt aber auch, daß die Hausarbeit, die uns automatisch zugerechnet wird, als Aufgabe der Gesellschaft begriffen werden muß". Diese und andere Forderungen, die von der als extrem links geltenden Unabhängigen Frauenunion gestellt werden, gelten vielen anderen Aktivistinnen als überzogen. Doch auch sie kritisieren die Tendenz, wieder verstärkt aus dem öffentlichen Leben auszugrenzen und Frauen in den privaten Bereich zu verbannen.

Das folgende Interview zeigt, mit welchen Problemen die Frauen in Kurdistan konfrontiert sind. Es zeigt ebenfalls, daß eine breitere Auseinandersetzung mit diesen Fragen auch hier mehr als notwendig wäre. ●

Alle nicht markierten Zitate stammen aus Interviews und Gesprächen die WADI in Irakisch-Kurdistan geführt hat.

WADI

„...sie sind gestorben, weil sie Frauen waren."

Interview mit Dr. Wahabir, Suleymania, Kurdistan April 1994

Dr. Wahabir arbeitet seit 1979 als Psychologin und Psychiaterin im Zentralkrankenhaus von Sulemaniyah. Neben ihrer Arbeit im Krankenhaus hat sie verschiedene sozialpsychologische Analysen über die kurdische Gesellschaft veröffentlicht, sowie politische Bücher und Kurzgeschichten. Ihre letzte Studie über die Rolle der kämpfenden Frauen in der PKK sollte gedruckt werden, ging aber im Laufe der Auseinandersetzungen zwischen ICP und PUK (Patriotische Union Kurdistans) 1993 verloren. Sie arbeitet außerdem als Journalistin für verschiedene linke Zeitungen. Zusammen mit unabhängigen Frauen und Frauen aus der Liga der Frauen Kurdistans (Komalla Afretan) gab sie eine Frauenzeitung heraus, dengi afretan, „die Stimme der Frau", die aber aus Geldmangel nach zwei Nummern eingestellt werden mußte.

Dr. Wahabir war bis 1970 Mitglied der Kommunistischen Partei Iraks (ICP). Der Grund für ihren Austritt war, daß nach der Machtübernahme der Baath-Partei 1963 die Kommunisten auf den Befehl der Sowjetunion hin ab 1970 mit der Regierung kooperierten. Mit ihr trat eine große Gruppe Kommunisten und Kommunistinnen aus der Partei aus. Bis zu ihrer Rückkehr in den Irak 1979 lebte sie in der UDSSR und England.

Dr. Wahabir ist seit langem aktiv am Aufbau einer unabhängigen Frauenbewegung in Kurdistan beteiligt.

Die Situation der Frauen in Kurdistan ist ausgesprochen schlecht. Frauenverbrennungen und Strafen wegen „moralischer Vergehen" scheinen durchaus üblich zu sein. Wie schätzen Sie den rechtlichen Hintergrund dieser Problematik ein?

Wahabir: Die rechtliche Situation der Frauen ist sehr schwierig. Ein großes Problem ist, daß in juristischen Fragen, die Frauen betreffen, das islamische Recht angewandt wird. Ich möchte das islamische Recht nicht pauschal verurteilen. Zur Zeit der Entstehung des Islams war dieses Recht von großer Bedeutung für Frauen. Vor dem Hintergrund einer feudalen Gesellschaft bedeutet es einen Fortschritt, wenn vormals gänzlich recht- und besitzlose Frauen einen gewissen Schutz erfahren. Das reichte vom Schutz der Person, bis zu Scheidungs- und Erbrechten. Vorher war Mord an Frauen durchaus üblich. Väter verbrannten ihre Töchter. Heute aber sind wir historisch über den Punkt hinaus, an dem das islamische Recht einen Vorteil für Frauen bedeutete, und daß es angewandt wird, bedeutet gerade im Irak eine Regression..

Die kurdische Gesellschaft ist aber, vor allem in den ländlichen Gebieten, noch sehr stark feudal geprägt. Der Mord an Frauen ist hier ein akutes gesellschaftliches Problem. Erst vor kurzem wurden zwei Mitglieder der Liga der Frauen Kurdistans (Komalla Afretan) ermordet...

Wahabir: Das stimmt. Nach dem Aufstand begannen einige Gruppen damit, Frauen zu ermorden; vor allem die PUK und die Islamisten. Die Morde richteten sich gegen Frauen, die mit der früheren Regierung zusammengearbeitet haben, bzw. sich mit Baath-Mitgliedern eingelassen hatten. Diese Morde haben, jenseits dessen, daß man sie als unmenschlich verurteilen muß, eine ganze Reihe von Problemen aufgeworfen. Die meisten dieser Frauen waren Mütter und ihre Kinder mußten mitansehen, wie diese neue Gesellschaft, die sich befreit hat, ihre Mütter ermordet. Was soll aus diesen Kindern wer-

den? Die Ursachen dafür, daß diese Frauen mit der früheren Regierung in dieser oder eben jener Weise, sagen wir, kooperiert haben, liegen auf einer gesellschaftlichen, ökonomischen Ebene. Die meisten dieser Frauen standen im Abseits. Eine starke Regierung hätte nach dem Aufstand das Problem anders angehen müssen, aber dafür fehlte es auch an Mitteln. In Vietnam lief das anders; als die Amerikaner abzogen, hinterließen sie eine große Anzahl solcher Frauen, jede Menge Prostituierte und Bordelle. Hätte die vietnamesische Regierung sie alle ermordet, hätten fünf Prozent der gesamten Bevölkerung sterben müssen. Das Problem liegt aber nicht in einer moralischen Verfehlung der Frauen, sondern in den Umständen, die sie dazu zwingen, so zu leben. Dort hat die Regierung Rehabilitationszentren eingerichtet, in denen den Frauen geholfen wurde, wieder ein Leben innerhalb der Gesellschaft, als ganz normale, akzeptierte Bürgerinnen, zu führen.

Hier wollte man das Problem einfach beseitigen, ohne ein Konzept zu haben. Das liegt daran, daß in vielen Bereichen keine sozialen Konzepte existieren, sondern nur Machtstrukturen.

Der Mord hatte mit den Frauen begonnen, die mit der irakischen Regierung kooperierten. Es gab aber eine ganze Reihe Leute, die vor dem Aufstand kollaborierten. Djasch („Esel") nennt man diese Leute, glaube ich. Dennoch gab es gleich nach dem Aufstand eine Amnestie für sie.

Wahabir: Ja, das waren nicht nur Djaschs. In Suleymanya gab es ein Geheimdienstzentrum, in dem auch eine ganze Reihe Kurden arbeiteten, als Aufseher und als Folterer. Nach dem Aufstand aber, als das Zentrum gestürmt war, hatte jeder von denen plötzlich immer schon gute Kontakte zu dieser oder jener Partei gehabt und viele sind Mitglieder dieser Parteien geworden. Diese Leute haben jetzt irgendwo einen Posten oder machen ihren gleichen Job weiter für eine der Parteien. Hast Du gehört, daß einer von denen gehängt wurde? Die Frauen hatten jedoch keine Lobby. Die gleichen miesen Umstände, die sie damals zu diesem Leben zwangen, bedingten also auch ihren Tod. Sie hatten keine Partei, keine Lobby, die sich hinter sie gestellt hat, was typisch ist. Deshalb kann man sagen, daß sie nicht gestorben sind, weil sie Folterer oder Kollaborateure gewesen wären, sondern sie sind gestorben, weil sie Frauen waren.

Gab es von Seiten der Regierung keine Versuche, diese Morde zu stoppen?

Wahabir: Wer sollte das in Kurdistan verhindern, selbst wenn man es wollte. Die Regierung setzt sich aus zwei Parteien zusammen. Eine unabhängige Institution, die Recht auch durchsetzen könnte, gibt es nicht. Diese sogenannten moralischen Vergehen sind außerdem in jedem Fall ein gutes Instrument, Frauen aus verschiedensten Gründen zu unterdrücken.

Mit einer kleinen Bewegung haben wir versucht, diese Gesetze zugunsten der Frauen zu ändern. Eine Juristin hat in Zusammenarbeit mit uns eine Gesetzesänderung formuliert, die wir dem Parlament vorlegten. Der Entwurf wurde natürlich abgelehnt. Keine der großen Parteien wollte mit uns was zu tun haben. Sie sagten, „Wir haben unsere eigenen Frauenorganisationen". Damit haben sie ziemlich deutlich formuliert, was unser Problem hier ist.

Ein besonderes Phänomen stellen glaube ich die große Anzahl von Witwen aus der Anfal-Offensive dar. Viele von ihnen leben unter erbärmlichsten Bedingungen in den collectivtowns, wo es kaum Arbeit gibt. Sie müssen ihre Familien ernähren und haben meistens weder die Chance zu arbeiten, noch die Chance eine Ausbildung zu machen.

Wahabir: Und es gibt das Gesetz, das ihnen verbietet wieder zu heiraten. Entsprechend des islamischen Rechts kann eine Frau nicht wieder heiraten, wenn ihr Mann vermißt ist, also auch nur irgendeine Möglichkeit besteht, daß er zurückkehren könnte. Sie kann sich nicht scheiden lassen und also nicht heiraten. Männer können aber so oft heiraten, wie sie möchten.

Und dann gibt es da noch ein anderes Problem. Von ihren Feldern und Dörfern vertrieben, wurden diese Frauen in eine totale Abhängigkeit gezwungen. Sie müssen, wie Du schon sagtest, unter schwersten Bedingungen oft alleine eine große Familie ernähren. Ähnlich ist es übrigens mit den arabischen Flüchtlingen aus dem Irak . Während man den kurdischen Familien immer noch hilft, ihre Dörfer langsam wieder aufgebaut werden, gibt es für sie keinerlei Projekte, keinerlei Arbeit, keinerlei Kleinerwerb. Sie müssen Schmuggeln, um zu überleben.

Sind das nicht die Folgen einer gezielten Politik, die das irakische Regime in Kurdistan betrieben hat?

Wahabir: Saddam hat die Dörfer zerstört, die Menschen verschleppt und in Sammelstädte gezwängt. Diese Leute waren Dörfler, sie haben gekämpft. Sie haben die kurdische Revolution gemacht, waren die Familien der Peshmergas und plötzlich, nach dem Aufstand, müssen sie wieder elend und parasitär leben, weil grundlegende Probleme nicht angegangen werden.

Der Regierung fehlt jegliches soziales Konzept. Die Parteien haben versucht, eine Gesellschaft aufzubauen, die aussieht wie eine wacklige Mauer. Es fehlt das ökonomische Fundament, es fehlen die unabhängigen Institutionen, die einen Staat machen, es fehlt das Konzept. Nicht einmal die grundlegendsten Dinge einer Gesellschaft kann man im Moment voraussetzen.

Seit drei Jahren gibt es eine kurdische Regierung, aber keine genauen Studien über Bevölkerung und Wirtschaft. Jeder weiß, daß der Schwarzmarkt eine Katastrophe ist. Die Menschen werden zu Bettlern und Schiebern. Niemand scheint aber dagegen was zu tun; der Name Kurdistan wird immer mehr zur Bezeichnung für eine chronische Krankheit. Es gibt keine Bank in Kurdistan. Deswegen ist die Währung nicht kontrollierbar. Alle Devisen werden auf dem Schwarzmarkt getauscht und die stabilen Währungen wandern sofort nach Bagdad oder Teheran. Es gibt einen Markt, aber es gibt keine Produktion. Wir sind eine konsumierende Gesellschaft, ohne eigene Produktion und das in einer Situation, in der es Tag für Tag schwerer wird, auch nur das Notwendigste zu besorgen.

Neben einer direkten wirtschaftlichen und gesetzlichen Diskriminierung, haben Frauen wahrscheinlich auch mit Problemen zu kämpfen, die mit der Familienstruktur zusammenhängen?

Wahabir: Du hast vorhin von der feudal geprägten Gesellschaft gesprochen. Das trifft auch auf dieser Ebene zu: Der Vater, der Patriarch, beherrscht noch immer die Familie. Die Mutter ist vielfach nicht mal die Nummer zwei. Ohne eine grundlegende Veränderung der Lebenssituation in Kurdistan werden alle politischen Versuche im Nichts enden. Die Schlüsselprobleme Kurdistans, die sozialen Probleme, das Fehlen eines Staates und die Zwei-Parteien-Regierung, ziehen sich durch alle Bereiche der Gesellschaft.

Haben Frauen überhaupt die Möglichkeit, von zentralen Stellen aus die Politik zu ändern? Ich meine, sind Frauen nicht von den zentralen Machtpositionen ausgeschlossen? Soweit ich weiß, sitzen zwar sieben Frauen im Parlament, aber nur an vollkommen unbedeutenden Positionen.

Wahabir: Aber was sollte das auch? Margaret Thatcher ist eine Frau und Tansu Ciller ist auch eine. Natürlich ist es wichtig, daß Frauen die gleichen Chancen haben, an jeden Posten heranzukommen. Im Moment sind diese Frauen aber nur schlechte Kopien ihrer männlichen Kollegen. Für die Frauenbewegung tun sie nichts.

Wesentlich wichtiger ist es, in Kurdistan ein breite und unabhängige Frauenbewegung aufzubauen und von diesen Hintertreppenvereinen der Parteien wegzukommen, also die PUK- und PDK-Frauen.

Es gibt aber noch andere Frauenorganisationen.

Wahabir: Ja, es gibt vor allem die Komalla Afretan (Liga der Frauen Kurdistans), die ein Ableger der irakischen Liga der Frauen, der ältesten Frauenorganisation hier ist. Die Komalla Afretan ist ein Teil der linken Bewegung in Kurdistan und sie ist sehr schwach, wie die gesamte Linke. Sie machen gute Arbeit, aber sie haben nicht die Macht und den Einfluß, im Moment die Vorzeichen zu ändern. Auch die Kommunistische Partei hat kaum Macht. Und die Komalla Afretan ist schließlich mit ihr verbunden.

Gibt es Einflüsse anderer Frauenbewegungen auf die kurdischen Diskussionen? Ich meine, tauchen Ideen beispielsweise ägyptischer Frauenrechtlerinnen auf?

Wahabir: Kaum, die Frauenbewegung hier ist sehr stark von eigenen, sich aus der kurdischen Geschichte ableitenden Ideen und Fragen geprägt. Die Einflüsse aus Ägypten sieht man nur jeden Tag im Fernsehen: Popshows und Fernsehfilme. Viel mehr kommt nicht an. In der Frauenbewegung gibt es verschiedene Strategien und Ansätze: Die Komalla Afretan folgt quasi einer klassisch materialistischen Strategie. Sie arbeiten mit Frauen aus den unteren sozialen Schichten und versuchen eine materielle Grundlage zur Emanzipation zu schaffen. Grob gesagt gehen sie davon aus, daß Ungleichheit eine materielle, also ökonomische Ursache hat. Diese Arbeit ist gut und hat auch Erfolg.

Dann gibt es die Oragnisationen von PUK und PDK. Sie folgen einem eher privatistischen Partizipationsgedanken. Frauen sollen sich demnach als Frauen verhalten, anders sein, anders aussehen, sich dementsprechend kleiden und schminken und als solche Frauen auch ein paar Rechte haben, also partizipieren. Im Vordergrund ihrer Arbeit steht immer die Partei: Die einen kleiden ihre Kinder Gelb (PDK), die anderen Grün (PUK). Sie haben eigentlich keine große Strategie, die sie befolgen können, sondern folgen ihren Parteien, die sie am Leben halten.

Und am Ende gibt es die Unabhängige Frauen-Union, die den kommunistischen Splittergruppen nahesteht. Sie fordern vor allem auch eine sexuelle Befreiung der Frauen und vergessen dabei gerne den sozialen und historischen backround unserer Gesellschaft.

Ist das so verkehrt?

Wahabir: Nein, aber ich denke, daß sich diese Ideen um eine individuelle sexuelle Freiheit drehen, die sicherlich wichtig ist, die Unfreiheit aber ein gesellschaftlicher Fakt ist. Das Problem von sexueller Unfreiheit steht bei uns nicht an erster Stelle. Die kurdische Gesellschaft ist nicht vertraut mit sexuellen Fragen. Unsere Männer und Frauen wurden verfolgt, erniedrigt, ermordet und auch jetzt noch geht es ihnen dreckig. Die Forderungen müssen sich auf einen breiteren sozialen Hintergrund beziehen, nicht nur auf religiöse, soziale oder sexuelle Normen. Das heißt die Gesellschaft muß einbezogen werden. Schließlich leiden unter der sexuellen Rollenverteilung nicht nur Frauen, sondern auch Männer. ●

NEUERSCHEINUNG
in der medico-Bibliothek

Das Buch zur Internationalen Landminenkampagne:

Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper

INTERNATIONALE **LANDMINEN** KAMPAGNE

Von den Römern wird berichtet, sie hätten Salz in die Felder rund um Carthago gestreut, um wirklich sicher zu gehen, daß die Stadt sich nie mehr erholen wird. Eine zeitgemäße Armee erledigt diese Absicht heute mit Landminen. 120 Millionen verstreute Landminen perforieren den Globus, multiplizieren Zerstörung, Tod, Leid. Hunderttausendfach. Das Buch informiert erstmals umfassend und kompetent über eine bislang wenig beachtete Massenvernichtungswaffe.

Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper,
152 Seiten, Paperback,
10 DM, ISBN 3-923363-14-1

Bestellungen an:

medico international
Obermainanlage 7 ♦ 60314 Frankfurt ♦ Tel.: 069/24438-0

GÜLISTAN GÜRBEY

Hindernisse und Engpässe

Zum Demokratisierungsprozeß in der Türkei

Die Enttäuschung ist um so größer geworden als sich die dringenden Probleme, insbesondere das Kurdenproblem und die wirtschaftliche Situation, noch mehr zuspitzteen. Sie spiegelt sich in den Wahlerfolgen der „Wohlstandspartei" der gemäßigten Islamisten, die bei den Kommunalwahlen vom 27. März 1994 einen Stimmenanteil von 18 % erreichten und die Bürgermeister in den Großstädten Istanbul, Ankara und Izmir stellen konnten.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom März 1994 signalisierten nicht nur die Unzufriedenheit vieler Bevölkerungsschichten mit den etablierten Parteien und das Bedürfnis nach grundlegenden Alternativen, sondern legten zugleich die Schwächen des politischen Systems der Türkei frei. Zugleich weisen sie auf weltweite Tendenzen hin: Wäh-rend die zentrums-konservativen und zen-trums-linken politischen Kräfte des parteipolitischen Spektrums an Unterstützung verlieren, finden radikale Strömungen immer mehr Zulauf.

Die islamische „Wohlstandspartei" und die rechtsextreme und nationalistische „Nationale Aktionspartei" konnten einen erheblichen Stimmengewinn verzeichnen.

Viele Bevölkerungsschichten haben das Vertrauen in das Establishment und an die regierenden Parteien verloren und dies mit ihrem Protestabstimmungsverhalten deutlich zum Ausdruck gebracht. Die islamische Wohlstandspartei mit ihrer andersartigen Ideologie und ihrem andersartigen Programm wurde als eine mögliche grundlegende Alternative angesehen. Als Reaktion auf die Zuspitzung der Kurdenfrage haben die nationalistischen Kräfte wieder an Bedeutung gewonnen. Insgesamt ist der Druck, der von religiösen und nationalistischen Kräften ausgeht, deutlich spürbar geworden.

Die Koalitionsregierung unter Tansu Çiller versucht nun die enttäuschten Bevölkerungskreise wieder zu gewinnen. Die Verkündung des „Wirtschaftsstabilitätspaktes" vom 5. April 1994 und des „Demokratisierungspakets" vom 18. Mai 1994 stellen entsprechende Maßnahmen dar. Gerade mit dem Demokratisierungspaket, das insbesondere die Möglichkeiten für eine größere politische Partizipation von Jugendlichen, Frauen, StudentInnen und Intellektuellen vorsieht, greift die Koalitionsregierung auf grundlegende Elemente ihres Regierungsprotokolls zurück, zu deren Verwirklichung bisher keine Schritte eingeleitet wurden. Die ideologische Struktur der türkischen Verfassungs- und Rechtsordnung wird jedoch unantastbar bleiben. Sie setzt rechtliche Schranken für eine politische Lösung der Kurdenfrage fest, an die sich jede Regierung, Partei, Institution etc. des Landes zu halten hat. Andererseits hat aber die Kurdenfrage den politischen Druck auf die türkische Zentralgewalt verstärkt, Minderheitenprobleme nicht militärisch, sondern sozial, politisch, gegebenenfalls auch rechtlich zu lösen.

Das kemalistische Nationalismus-Konzept negiert ethnisches und kulturelles Anderssein sowohl rechtlich als auch faktisch. Der strikte türkische Zentralismus beruht auf einem strengen Staatsnationsbegriff und einem extremen Nationalismus. Die Einheit der Nation könne nur gewährleistet werden, wenn die politische und kulturelle Einheit garantiert werde, sich alle Bevölkerungsteile, wie immer sie ethnisch zu definieren sein mögen, auf die Gemeinsamkeit der Tradition auf dem Boden der Türkei besännen, insbesondere auch die gleiche Sprache sprächen. Aktivitäten zur Spaltung oder gar Vernichtung der so begriffenen „türkischen Nation" seien menschenrechtlicher Gewährleistungen nicht gedeckt. Die Einheit der Staatsnation wird mit der Einheit ihrer Kultur identifiziert und diese steht unter unabänderlichem verfassungsrechtlichen Schutz. Der verfassungsrechtliche Begriff der nationalen Kultur faßt alle kulturellen Varianten auf dem Boden der Türkei zu einer Einheit zusammen und schließt damit den Schutz eigenständiger Minderheitskulturen aus.

Das türkische Recht kennt den Begriff der Minderheit nur im Zusammenhang mit den Minderheitsklauseln des Lausanner Vertrages (1923), die allein auf die nichtmuslimischen Minderheiten anwendbar sind. Der heute international geltende Minderheitenbegriff, der neben der religiösen auch die ethnische und sprachliche Minderheit umfaßt, wird von der Türkei unter Berufung auf das strikte Staatsnationsprinzip nicht akzeptiert. Auf Gesetzesebene erscheint der Begriff der Minderheit im Zusammenhang mit Verbo-

In die derzeitige Koalitionsregierung, im Gefolge der Parlamentswahlen von 1991 von der konservativen „Partei des rechten Weges" und der „Sozialdemokratischen Volkspartei" unter der Ministerpräsidentin Tansu Çiller gebildet, wurde viel Hoffnung gesetzt. Die in Aussicht genommene Verfassungsreform und das Bündel von Demokratisierungsmaßnahmen, das in das Koalitionsprotokoll aufgenommen wurde, gab der Öffentlichkeit hinsichtlich der Bewältigung der innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes Anlaß zu Hoffnung.

Zentral bleibt die Frage, wie mit der „Kurdenfrage" von türkischer Seite umgegangen wird – politisch oder militärisch; aber auch, wie sich andere Länder und Regierungen, allen voran die der BRD, dazu verhalten.

ten der „Schaffung von Minderheiten". Minderheiten bleiben damit verfassungsrechtlich „inexistent".

Da die Kurdenfrage die ideologische Struktur der türkischen Verfassungs- und Rechtsordnung und die Formel der „unteilbaren Einheit von Staatsvolk und Staatsgebiet" berührt, wird das klassische Verhaltensmuster von den jeweiligen Regierungen – ebenso von der gegenwärtigen Koalitionsregierung – beibehalten, das lediglich militärische und polizeiliche Maßnahmen vorsieht, nämlich die Beibehaltung des Ausnahmezustandes, der Institution des provinzübergreifenden Regionalgouverneurs, des Dorfwächtersystems und die Erweiterung von militärischen Spezialeinheiten sowie der Umsiedlungsaktionen. Die Regierung beruft sich daher auf die Verfassung und darauf, daß alle türkischen Staatsbürger vor dem Gesetz gleiche Rechte und Pflichten hätten.

Das verfassungsmäßige Verbot, religiöse oder ethnische Anliegen zur Grundlage politischer Organisationen zu machen, läßt eine legale Vertretung kurdischer Interessen im öffentlichen politischen Leben der Türkei nicht zu. Alle türkischen Parteien betonen den absoluten Vorrang des kemalistischen Prinzips der Einheitlichkeit der türkischen Nation und lehnen Überlegungen in Richtung auf Autonomie a priori als Separatismus ab. Die einzige Ausnahme bildete die inzwischen vom Generalstaatsanwalt mit dem Vorwurf des Separatismus verbotene „Arbeiterpartei des Volkes" (HEP), die offen die kurdische Sache vertrat und gelegentlich als „verlängerter Arm" der kurdischen PKK im Parlament bezeichnet wurde. Inzwischen wurde auch die im Mai 1993 aus der HEP hervorgegangene „Partei der Demokratie" (DEP) von der Generalstaatsanwaltschaft für die Staatssicherheitsgerichte verboten. Der Partei werden ebenfalls „separatistische Aktivitäten" vorgeworfen. Mehrere DEP-Abgeordnete sitzen seit der Aberkennung ihrer parlamentarischen Immunität in Untersuchungshaft. Sie verloren jetzt auch noch ihr Abgeordnetenmandat, ebenso wie die restlichen DEP-Abgeordneten. Sechs von ihnen gingen vor dem Verbot ihrer Partei ins Ausland. Die noch in der Türkei verbliebenen DEP-Politiker werden in den nächsten Tagen von der Generalstaatsanwaltschaft festgenommen werden. Ein Ergebnis des Verbotes wird sein, daß die Wege zu einer demokratischen und friedlichen Lösung der Kurdenfrage abgeschnitten werden.

Für liberalere Politikansätze besteht ein geringer Bewegungsspielraum. Dies hatte sich am Beispiel der Aufhebung des Verbotes der kurdischen Sprache deutlich gezeigt. Der ehemalige Staatspräsident Turgut Özal hatte auch nur gegen sehr großen Widerstand in seiner eigenen Partei und seitens der Militärs durchsetzten können, daß wenigstens der Gebrauch der kurdischen Sprache im Alltag nicht länger strafbar ist. Auch die jetzige Ministerpräsidentin stieß auf starken Widerstand in den Reihen der eigenen Partei, in Teilen von Oppositionsparteien, bei Staatspräsident Süleyman Demirel sowie bei den Militärs, als sie von der Möglichkeit der Einführung des Kurdischen als Wahlfach in den Schulen und der Gewährleistung kurdischer Fernsehsendungen sprach.

Eines der wichtigsten strukturellen Probleme des politischen Systems der Türkei ist die Zersplitterung des politischen Parteiensystems sowie die geringe Kommunikation zwischen den Parteien und der Gesellschaft. Angesichts der Zuspitzung der innenpolitischen Probleme, insbesondere der Kurdenfrage, sind allerdings auch erste Ansätze zur Herausbildung einer „Civil society" zu beobachten. Es entstehen gesellschaftliche Kräfte, die sich mit neuen und alternativen politischen Konzepten auseinandersetzen, um das staatliche, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben neu zu orientieren. Bei diesen zivilen Formationen handelt es sich primär um liberalpolitisch gesinnte Personen aus dem Bereich der Wissenschaft, der Politik, des Unternehmertums etc., die eigene politische Konzepte zur Bewältigung der vorhandenen Probleme entwickeln möchten. Die Kurdenfrage, die zu einem Angelpunkt türkischer Innen- und Außenpolitik geworden ist, bedarf primär politischer Lösungen. Auch wenn die gegenwärtige Koalitionsregierung auf das Primat militärischer Mittel setzte, wird sich an der politischen Zukunft der Kurden das Demokratie- und Menschenrechtsverständnis der Türkei in den nächsten Jahren messen lassen müssen. In diesem Sinne steht die türkische Politik vor einem Wendepunkt.

Die deutsche Innen- und Außenpolitik ist in vielerlei Hinsicht durch die Kurdenfrage in der Türkei und in der Region berührt. Nicht nur das Massaker an Kurden in Halabdscha im Frühjahr durch die Truppen Saddam Husseins, sondern auch die Kämpfe im Südosten der Türkei machten offenkundig, daß Deutschland zumindest in militärischer Hinsicht in das Kurdenproblem involviert ist. Hinzu kommt noch die große Anzahl der kurdischen Einwanderer mit ihren Familien sowie die Welle kurdischer Flüchtlinge, die Zuflucht suchen. Somit wird das Kurdenproblem nicht nur zum außen- und innenpolitischen Zündstoff, sondern auch zu einer potentiellen Belastung der Beziehungen zum NATO-Partner Türkei.

Die deutsche Außenpolitik steht in einem offensichtlichen Dilemma. Sie tritt durchaus für die Einhaltung der Menschenrechte und für gute Beziehungen mit dem Bündnispartner Türkei ein. Zum anderen sieht sich Deutschland mit der kurdischen Realität auf eigenem Boden und der Kritik konfrontiert, daß die deutschen Institutionen als verlängerter Arm türkischer Politik agieren.

Mit dem Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl in der Türkei vom 19.-21. Mai 1993 erfuhren die bilateralen Beziehungen einen Höhepunkt. Deutschland ist dem türkischen Wunsch, PKK-nahe Organisationen auf deutschem Boden zu verbieten, gefolgt. Besonders wichtig ist die Aktivierung eines konsultativen Dreier-Mechanismus zwischen Deutschland, der Türkei und Großbritannien, um in bestimmten Zeitabständen gemeinsame politische Anliegen zu erörtern. Insgesamt hat die außenpolitische Bedeutung der Türkei für Deutschland angesichts der Umwälzungen in der internationalen Politik zugenommen, zumal eines der wichtigsten Bestimmungsfaktoren der bilateralen Beziehungen, nämlich die geostrategische Bedeutung der Türkei, als Konstante nach wie vor fortwirkt. Die Kurdenfrage scheint langfristig eben dieser Interessenkonstellation untergeordnet zu sein. ●

Gülistan Gürbey arbeitet an der FH Berlin.

Brüder, zur Sonne, zur Freizeit!

Gerhard Mester / Reiner Latsch (Hrsg.)
»Brüder, zur Sonne, zur Freizeit«
Karikaturen über soziale Gerechtigkeit in Deutschland
Vorwort: Klaus Zwickel
1993. 96 Seiten, gebunden DM 36,–
ISBN 3-7663-2500-0

Dieses Buch zeigt bitter-ironisch, wie es um die soziale Gerechtigkeit in Deutschland bestellt ist. Karikatur übertreibt, verformt, verzerrt, verspottet, ist aber ehrlich: Karikatur kritisiert die Wirklichkeit. Politiker werden an ihren Aussagen gemessen, Versprechungen in ihrem wahren Kern dargestellt. Die Sicht ist immer die von unten nach oben. Der Band enthält herausragende Karikaturen, Cartoons und Zeichnungen u. a. von Marie Marcks, Erich Rauschenbach, André Poloczek, Chlodwig Poth, Hans Traxler, Reiner Schwalme, Burkhardt Fritsche und Gerhard Mester.

Weitere Informationen senden wir Ihnen gern.
Bitte Herbstprogramm anfordern.
Bund-Verlag, Postfach 90 08 40,
51118 Köln

Die in der links Heft 5/94 auf Seite 6 verwendete Karikatur wurde diesem Band entnommen.

Nach den radikalen Aktionen der KurdInnen in der Bundesrepublik werden die kurdischen MigrantInnen derzeit vor allem mit Begriffen wie 'Autobahn', 'Terror' oder 'Selbstverbrennung' in Verbindung gebracht – so zumindest in der bürgerlichen Presse und in alltäglichen Hin- und Her-Diskussionen. Kritischere Geister reden in diesem Zusammenhang lieber vom autoritären türkischen Staat oder von der brutalen Situation, in der die KurdInnen in der Türkei zu leben haben. In der hiesigen Diskussion kommen jedoch jene Menschen so gut wie nicht zu Wort, die selber aus der Türkei sind und sich intensiv mit dem Thema beschäftigen. Kurzum, man redet gerne über sie, aber nicht mit ihnen.

Anders die Situation in der Türkei: Wenn sich dort Intellektuelle zur „kurdischen Frage" äußern, dann müssen sie meist mit Repressionen des türkischen Staates rechnen. Eine der bekanntesten „Zielscheiben" für diese Politik ist der Soziologe Ismail Besikçi. Der Rahmen für eine intellektuelle Auseinandersetzung mit der „kurdischen Frage" ist sehr eng gesteckt. Wer diesen Rahmen verläßt, hat nicht selten die türkische Polizei vor der Tür. So wurde vor einigen Wochen Münir Ceylan, Vorsitzender der Gewerkschaft Petrol-Is, zu 20 Monaten Haft verurteilt, weil er sich in einem Artikel in der Özgür Gündem (inzwischen: Özgür Ülke) für eine politische Lösung des Konflikts stark gemacht hatte. Das ist aber nicht die einzige Seite, von der Schwierigkeiten drohen, mit der Intellektuelle in der Türkei zu kämpfen haben.

Auch die kurdische Bewegung kritisiert die Rolle der radikalen Linken und der Intellektuellen in der Auseinandersetzung. In zahlreichen Interviews wird ihnen beispielsweise von Abdullah Öcalan vorgeworfen, zu sehr am Kemalismus verhaftet zu sein und lethargisch der Bekämpfung der KurdInnen zuzusehen. Diese Kritik fällt jedoch sehr allgemein aus. Bereits in den 60er Jahren hatte die TIP (Türkiye Işçi Partisi), die erste sozialistische Partei im türkischen Parlament, die "kurdische Frage" in ihr Programm aufgenommen und wurde deshalb juristisch verfolgt. Die marxistische Organisation Kurtulus (Befreiung), die aus der THKP-C Tradition hervorgegangen ist, sprach ausdrücklich von einem Selbstbestimmungsrecht der KurdInnen.

Die Diskussion zu der „kurdischen Frage" gewinnt in der Türkei zunehmend an Bedeutung und bewegt sich zwischen den Polen Befreiungsnationalismus und Ablehnung der PKK als Interessenvertretung der KurdInnen. Dazwischen finden sich noch zahlreiche andere Positionen, die allerdings eher eine geringe Bedeutung haben – zur Zeit zumindest.

Kemal Uzun, Mitbegründer der türkisch-kurdischen Freundschaftsinitiative, lebt in Köln und versucht einen Diskussionszusammenhang zwischen Intellektuellen aus der Türkei, die in Europa leben, herzustellen. Die Initiative hat ein Buch herausgegeben, in dem verschiedene Künstler und Intellektuelle ihre Positionen zur „kurdischen Frage" darstellen. Das Buch wird zur Zeit ins Deutsche übersetzt.

DENIZ SÜREYA

Die PKK in der Türkei und der BRD

Trotz des undemokratischen und repressiven Charakters der letzten Kommunalwahlen im März ist besonders das Ergebnis der fundamentalistisch-islamistischen REFAH (Wohlstandspartei) interessant, die zum einen in vielen kurdischen Regionen und zum anderen in Großstädten (darunter auch Istanbul und Ankara) die Wahlen gewinnen konnte.

Uzun: Ein entscheidender Unterschied zwischen der Refah und den anderen bürgerlichen Parteien, die sich übrigens in ihren Programmen und Aussagen kaum unterscheiden, liegt darin, daß die Refah versucht hat, mit anderen Gewichtungen Wahlkampf zu machen. Ihr Vokabular bestand im wesentlichen aus den Begriffen Antiimperialismus, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit. Außerdem gelang es ihr, sich als „gemäßigter" gegenüber der „Kurdischen Frage" zu präsentieren. Das Traurige dabei ist, daß die Refah von der Schwäche der Linken profitiert hat. Sie konnte ungehindert die Terminologie der Linken verwenden. Insofern waren die Wähler, die keine Hoffnung mehr auf die anderen bürgerlichen Parteien setzten, mit der Alternative Refah konfrontiert, die sich von den anderen Parteien absetzte.

Dennoch kann folgendes nicht übersehen werden: Nach dem Putsch vom 12. September 1980 hat der Staat religiöse Kräfte stärker geduldet und dies nicht zuletzt, um die kurdische Bewegung zu bekämpfen. Er hat diese religiösen Kräfte sogar in den Staatsapparat integriert und auf allen gesellschaftlichen Ebenen die Organisierung solcher Kräfte unterstützt. Das Erstarken der Refah ist teilweise ein Ergebnis dieser Politik.

Es fällt in diesem Zusammenhang der Stimmenzuwachs bei Parteien auf, deren Wahlprogramm zu einem großen Teil auf einer Anti-Kurden-Politik basierte. Worauf führen Sie diese Ergebnisse zurück?

Uzun: Der Wahlkampf wurde in erster Linie tatsächlich auf der Basis einer Anti-Kurden-Politik ausgetragen. So konnte die Nationalistische Bewegungspartei (MHP) ihren Stimmenanteil ausbauen weil sie versprach: „Wir werden die PKK ausrotten!" Obwohl die Zahl der abgegebenen Stimmen für die sozialdemokratischen Parteien im allgemeinen zurückgingen, konnten Bülent Ecevit und seine Partei DSP ihren Stimmenanteil mit einer Anti-Kurden-Politik konstant halten. Als wenige Wochen vor den Wahlen die Prognosen einen Stimmenverlust für die Regierungspartei DYP anzeigten, wiederholte Tansu Çiller daraufhin permanent: „Jede Stimme, die Sie mir geben, ist eine Kugel gegen die PKK!" Damit hat sie mehr Stimmen erhalten, als man erwartet hatte.

Die kurdischen Organisationen, insbesondere die PKK, kritisieren das Verhältnis der türkischen Linken zur „Kurdistanfrage". Sie werfen ihnen historische Versäumnisse vor und behaupten, sie hätten sich bis heute nicht von der kemalistischen Staatsideologie gelöst und sich daher passiv und nicht solidarisch verhalten. Teilen Sie die Kritik der kurdischen Bewegung? Fällt Sie nicht zu pauschal aus?

Uzun: Ich denke, daß diese Kritik teilweise berechtigt ist. In der türkischen Linken spielt der Kemalismus eine wichtige Rolle. Dies wird jeden Tag deutlicher. Im Grunde steht

ein Großteil der Linken heute immer noch unter dem Einfluß der Gründungsideologie der Republik von 1923. Ein Großteil der türkischen Linken behauptet, die „Kurdistanfrage" könnte nur gemeinsam mit allen anderen Nationalitätenfragen ge-löst werden. Die marxistische Sicht erfordere dies so. Für sie sind die heutigen kurdischen Organisationen nationalistisch. Diejenigen, die heute die PKK kritisieren, sind selbst nicht dazu in der Lage, eine programmatische Alternative zu dieser Organisation zu entwickeln. Die Linke in der Türkei erlebt heute eine ernste Stagnation, die nicht allein auf die Stärke des Staates zurückgeführt werden kann. Sie ist mit einer Situation konfrontiert, in der sie, von ihrem schlagwortartigen und sektiererischen Verständnis losgelöst, eine neue Analyse vornehmen muß. Eine entscheidende Rolle spielt dabei, die kemalistische Ideologie zu hinterfragen. Entgegen diesem allgemeinen Zustand sollte aber ihr Beitrag auf der Ebene der Menschenrechte und der Demokratie als nicht zu geringfügig eingeschätzt werden. In diesem Kontext messe ich der Arbeit des Menschenrechtsvereins (IHD) für Demokratie und für die Artikulation der „Kurdischen Frage" auf internationaler Ebene eine wichtige Bedeutung bei.

Hat eine bestimmte Distanzierung von linken Gruppen oder Intellektuellen zum Teil nicht auch mit der kurdischen Bewegung selber zu tun? Es existieren eine Reihe von Kritikpunkten an der PKK, der man vorwirft, sehr stark oder nur noch aus einer nationalistischen Perspektive heraus zu agieren. Weitere Vorwürfe sind die hierarchische Organisierung der PKK – mit einem Hang zum Führerkult –, autoritäres Auftreten und die Tendenz, im Kampf um nationale Befreiung islamische Elemente immer stärker werden zu lassen.

Sind das berechtigte Kritikpunkte oder sind diese Gruppen nur zu hilflos, um gegen das türkische Regime Position zu beziehen?

Uzun: In einer gewissen Hinsicht hat das sicherlich mit ihrer ideologisch-politischen Hilflosigkeit und ihrer Schwäche auf organisatorischer Ebene zu tun. Die gegenwärtigen Verhältnisse in der Türkei haben wichtige Thesen der Linken entkräftet. Lassen wir die Rede vom gemeinsamen Kampf, heute sind die Türken und Kurden am Punkt der Trennung angelangt. Ein Großteil der Kurden hat seine bisherigen politischen Organisationen verlassen. Viele von ihnen wechseln zu kurdischen Organisationen und beteiligen sich nun stärker am kurdischen Befreiungskampf. Es kann nicht angehen, daß Intellektuelle und Linke die Fehler einer Organisation, die sich im Zuge des Befreiungskampfes hervorgetan hat, zum Ausgangspunkt ihrer Kritik macht, diese Kritik daraufhin forciert und gleichzeitig Distanz zur „Kurdischen Frage" entwickelt.

Die PKK vertritt zum Teil Positionen, die meinem Demokratieverständnis widersprechen. Eine von der PKK geprägte neue Gesellschaftsformation birgt ernstzunehmende Probleme in sich. Obwohl auch viele Kurden diese Probleme sehen, unterstützen sie eine radikale Organisation wie die PKK. Diese Unterstützung registriert sogar der Staat. Nach Angaben des türkischen Militärs sympathisieren ca. 375 000 Personen mit der PKK. Staatspräsident Demirel hat gegenüber der Presse erklärt, daß diese Zahl noch höher sein könnte. Wenn der Staat schon solche Zahlen öffentlich bekannt gibt, können wir davon ausgehen, daß die Zahl der Anhänger noch höher sein wird.

Es gibt Positionen, die die Unterstützung der PKK auf deren Druck und Zwang zurückführen. Daran könnte etwas Wahres sein, dennoch kann dies nicht ausschlaggebend sein. Wenn Repression für diese Unterstützung maßgeblich wäre, müßte der Großteil der Kurden den türkischen Staat unterstützen, weil dessen Repression um das vielfache stärker ist als die der PKK.

Welche Folgen hat das PKK-Verbot für die politische Arbeit der kurdischen Organisationen in der BRD? In welchem Zusammenhang sehen Sie das PKK-Verbot?

Uzun: Ich gehe davon aus, daß im Mittelpunkt der zwischenstaatlichen Beziehungen ökonomische Vorteile stehen. In diesem Sinne gibt es keine ausschließlich freundschaftliche oder feindliche Beziehung zwischen den Staaten. Der deutsche Staat hat die PKK zu einer Zeit verboten, als er mit der PKK keine Probleme hatte. Warum? Weil der türkische Staat es so wollte. Welche Interessen kann Deutschland haben, ein solches Verbot zu verhängen? Wie kommt der türkische Staat dazu, ein solches Interesse zu artikulieren? In der derzeitigen politischen Konstellation fällt der Türkei eine wichtige Rolle zu. Für die Beziehungen zu den Staaten im Nahen Osten und zu einigen Staaten aus der ehemaligen UdSSR (Kaukasien, Asserbaidschan, Uzbekistan, Turkmenistan etc.) ist die Türkei von enormer Bedeutung. Daher können die Bitten der Türkei nicht außer Acht gelassen werden.

Ein anderer Aspekt ist die Frage, warum sich die Türkei jetzt intensiver für die in der Bundesrepublik lebenden Kurden interessiert. Das liegt daran, daß hier viele Kurden leben, die aufgrund ihres neuen politischen Bewußtseins und ihren organisierten Aktivitäten eine konkrete Gefahr für den türkischen Staat darstellen. Denn viele hier lebenden Kurden unterstützen die PKK und andere kurdische Organisationen. Unter Umständen würde der türkische Staat die Bundesrepublik sogar dazu drängen, KOMKAR (Vereinigung verschiedener kurdischer Organisationen und Vereine. KOMKAR spricht sich für eine politische Lösung der „kurdischen Frage" in der Türkei aus. Sie ist gegen den bewaffneten Kampf) zu verbieten.

Die Bundesregierung macht mit dem PKK-Verbot einen gravierenden Fehler, weil das Verbot die Quelle für Unruhen in der Bundesrepublik sein wird. Das PKK-Verbot ist ein Versuch der Bundesregierung, mit ähnlichen Methoden wie der türkische Staat, durch Unterdrückung und Repression, die Kurden zum Schweigen zu bringen.

Hat das Verbot der PKK und der kurdischen Vereine mit dazu beigetragen, daß die Aktionen der KurdInnen, die hier leben, radikale Formen annahmen? Dabei bleiben insbesondere die Selbstverbrennungen eine entscheidende Frage. Der Vorsitzende von KOMKAR, Ebubekir Saydam, hat beispielsweise die Aktionen der „vermeintlichen PKK-Anhänger" kritisiert. Letztendlich hätten Sie dazu gedient, ein negatives Bild in der Öffentlichkeit zu erzeugen.

Uzun: Ich finde Aktionen, wie z.B. Autobahnen zu blockieren auch nicht richtig. Radikale Aktionen in Europa schaden eher der Sache, als daß sie nützlich sind. Ich würde die Frage in diesem Kontext aber anders stellen. Was ist die Motivation für solche radikalen Aktionen? Warum haben die Kurden nicht in der Vergangenheit solche radikalen Aktionen für nötig gehalten? Die Möglichkeiten dazu hätten sie gehabt. Diese Fragen müssen die deutsche Regierung, Parteien und Medien beantworten. Auch die anderen kurdischen Organisationen müssen sich mit dieser Frage auseinandersetzen. Die gleiche Frage muß sich natürlich auch Ebubekir Saydam stellen.

Wenn Menschen es heute noch für nötig halten, auf ihre Stimme aufmerksam zu machen, indem sie sich verbrennen, dann ist das ein Problem, das uns alle betrifft. Wenn die Menschen die Möglichkeit hätten, sich frei zu artikulieren, wenn es solche Unterdrükkungsformen nicht gäbe, dann hätten sie auch solche Aktionen nicht nötig. Vor dem PKK-Verbot hat es solche Aktionen in der Bundesrepublik nicht gegeben. Aus diesem Grund sind diejenigen in erster Linie für die radikalen Aktionen verantwortlich, die das Verbot verhängt haben.

Solange die „Kurdische Frage" nicht gelöst wird, werden die Aktionen der Kurden weitergehen. Denn der Krieg, der gegen sie geführt wird, betrifft auch Europa. Die Folgen des Krieges sind auch hier spürbar geworden. Dies sieht man zum Beispiel daran, daß die feindliche Stimmung unter den Menschen steigt. Sogar in Europa sind wir an einem solchen Punkt angelangt: Wenn jemand sagt, daß die Kurden recht haben, wird er gleich zu einem PKK-Anhänger erklärt. Wenn man auf der anderen Seite behauptet, die Kurden haben recht, machen aber diesen oder jenen Fehler, dann bekommt man sofort zu hören: „Du verteidigst den türkischen Staat". Zwischen diesen zwei Extremen gibt es keine andere Position mehr. ●

Übersetzung aus dem Türkischen:
Sebnem Gürmen.

Am 6. August 1969 starb Theodor W. Adorno. Als einer der profiliertesten Vertreter der „Kritischen Theorie“ waren seine Arbeiten von großer Bedeutung für die Herausbildung einer außerparlamentarischen Opposition in den 60er Jahren. Weniger unbestritten ist allerdings seine Rolle während des Höhepunktes der Revolte 1967-69 – und vollends unklar ist ihre mögliche Bedeutung für die intellektuelle und politische Kritik des Neuen Deutschland. Machte ihm Hans-Jürgen Krahl, einer seiner Schüler und Wortführer des studentischen Protests, in einem Nachwort unmittelbar nach seinem Tod schon den Vorwurf, er sei nicht in der Lage gewesen, die praktischen Konsequenzen seiner Kritik bestimmen zu können, dann ging in den 70er und 80er Jahren immer mehr der Bezug der verschiedenen Protestbewegungen auf seine Arbeiten verloren. In der Beurteilung dieser Entwicklung muß allerdings einstweilen offenbleiben, ob dies nur der Praxisferne seines Denkens, oder nicht doch eher der Theorieferne der Bewegungen geschuldet war. Die 80er Jahre waren vor allem eine Zeit der akademischen Kleinarbeitung seines Denkens. In diversen Kongressen seziert und auf die etablierte wissenschaftliche Arbeitsteilung projeziert, wurden seine Schriften Schritt für Schritt in den Kanon sozial- und geisteswissenschaftlicher Klassik eingearbeitet: mehr oder weniger gelobt für ihre z.T. geniale Schärfe, aber als angeblich veraltet eingeschätzt angesichts des inzwischen erreichten wissenschaftlichen Niveaus. Auch die sich gegen diese Stillstellung wendende Adorno-Orthodoxie konnte dem wenig entgegensetzen. Ein Denken, das sich an dem Ziel orientiert, „um des einmal an der Sache erfahrenen Widerspruches willen und gegen ihn in Widersprüchen zu denken“, läßt sich nicht als Gebäude von vermeintlich festen Einsichten bewahren. Eher fordert es selbst zum Widerspruch heraus – und zur kritischen Konfrontation mit gesellschaftlicher Erfahrung.

Wenn die *links* seinen 25. Todestag zum Anlaß eines Schwerpunktes nimmt, dann nicht, um sein Denken einer „Würdigung“ zu unterziehen. Adorno selbst hatte sich schon gegen den „unverschämten Anspruch“ gewandt, das fragwürdige Glück des später Lebenden zu nutzen, dem Toten seine Stelle zuzuweisen. Allerdings halten wir die Frage nicht für irrelevant, welche Bedeutung seinen Schriften in einer Zeit zukommt, in der vieles in der sozialen Erfahrung wieder an die Geschlossenheit der „formierten Gesellschaft“ der 50er und frühen 60er Jahre erinnert. Viele Themen und Gegenstände, die zentral für sein Denken waren, haben sich erhalten oder sind sogar verstärkt in die öffentliche Diskussion zurückgekehrt: von Antisemitismus und Nationalismus bis hin zum Erfahrungsverlust in der „Kulturindustrie“. Sondern die Bundesrepublik steht im Ganzen auch wieder vor der Frage, welchen Einfluß heute die objektiven und subjektiven Bedingungen haben, die einmal den Nationalsozialismus hevorgebracht haben, die sich aber auch in anderer Form zerstörerisch geltend machen. Eine „Aufarbeitung der Vergangenheit“, die sich nicht im historischen Rückblick erschöpft, kann von seinen Schriften allemal noch etwas lernen.

Von der Aktualität des Adornoschen Denkens

Ein Gespräch mit Axel Honneth und Hans-Ernst Schiller

Wenn man die Diskussionen in den entsprechenden Feuilletons verfolgt, so gehört nicht nur die Marxsche, sondern auch die Kritische Theorie als toter Hund behandelt, was Marx einst über das Schicksal der Hegelschen Theorie beklagte. Ist die Kritische Theorie nur noch von theoriegeschichtlicher Bedeutung? Ist sie ein toter Hund ?

Honneth: Also empirisch gesehen, wenn überprüft wird, wie es um die Rezeption Adornos in den akademischen oder in politischen Zusammenhängen steht, würde ich sagen, ist er tatsächlich ein eher schon beinahe vergessener Autor. Ganz anders seltsamerweise im Feuilleton, und zwar durch alle politischen Parteien hindurch, habe ich den Eindruck, daß Adorno heute präsenter ist denn je. Auf Adorno beruft sich die Musikkritik, das politische Feuilleton der FAZ und jede Diskussion übers Theater stützt sich irgendwie auf Adornos Beckett-Interpretation. Also ich würde zunächst einfach konstatieren: Innerhalb der Universitätsdisziplinen, sei's der der Soziologie oder der Philosophie, ist von Adorno nur noch am Rande die Rede.

Schiller: Vielleicht kann ich gleich ein paar Stichworte nennen, die bezeichnen, wo die Aktualität Adornos in einem weniger vordergründigen Sinne als dem der bloßen Bekanntheit liegen könnte. Ich glaube, um ein konkretes Beispiel zu nehmen, daß seine Überlegungen über die Ursprünge und die Bekämpfung des Rechtsradikalismus nach wie vor sehr aktuell sind, und ich glaube, um etwas allgemeiner zu reden, daß der Typ von Theorie, den er vertritt, nämlich eine Theorie, die versucht, einzelne Phänomene auf die Totalität zu beziehen und das unter einem bestimmten praktischen Gesichtspunkt, nämlich dem der Emanzipation von Armut und Herrschaft, daß dieser Theorietyp nach wie vor seine Berechtigung hat.

Honneth: Ja die Frage wäre, ob darin eine besondere Aktualität Adornos zu sehen ist. Also ich würde die These vertreten, das unternehmen eine ganze Reihe von Gesellschaftstheorien heute, die eine ihrer Wurzeln in der marxistischen Tradition haben, das tun sie wahrscheinlich sogar mit avancierteren Mitteln und daher sogar theoretisch folgenreicher. Also wenn ich mir die Debatten in England anschaue in der Nachfolge des Marxismus, wenn ich mir Theorien anschaue, wie die von Anthony Giddens, wenn ich mir Bourdieus Soziologie anschaue, das sind alles Versuche, gesamtgesellschaftliche Entwick-

lungen unter dem Interesse an der Aufhebung von Armut und Herrschaft zu analysieren. Ob Adornos oder sagen wir besser die Autoritarismus-Studien des Instituts für Sozialforschung tatsächlich so verfaßt sind, daß sie heute noch uns helfen können oder uns Anweisungen geben können zur Erforschung der Ursachen für den Rechtsradikalismus etwa, da hätte ich gewisse Zweifel. Ich glaube, daß viele Ursachen für die Entstehung solcher rechtsradikalen Bewegungen einfach nicht angemessen berücksichtigt werden in diesen Studien. Ich würde sagen, daß kulturelle Phänomene, daß spezifische Erfahrungssituationen von Teilgruppen nicht hinreichend berücksichtigt werden. Ich habe die Vermutung, daß der Begriff des Autoritarismus zu einseitig, zu sehr aus psychoanalytischer Sicht interpretiert wird.

Schiller: Ich muß Dir zunächst recht geben, daß das, was ich anfangs gesagt habe zur Charakterisierung des Theorietyps natürlich sehr allgemein ist und sicherlich auch von anderen Theorien auf ihre Weise erfüllt wird. Wenn Adorno sich mit gesellschaftlicher Totalität beschäftigt, dann hat er die Kategorie des Tauschwertes im Auge. Der Tauschwert ist eine Kategorie, die in unserer Gesellschaft nicht nur auf produzierte Dinge, sondern eben auch auf die Arbeitskraft angewandt wird, und die kritischen Theoretiker haben von Anfang an versucht zu erkennen, wie eine Subjektivität aussieht, die in dem Sinne frei ist, daß sie sich zu sich und zu ihren Fähigkeiten als Eigentümer verhält und die gezwungen ist, sich an die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Selbsterhaltung freiwillig anzupassen. In dieser freiwilligen Anpassung an die Autorität der Verhältnisse sahen die kritischen Theoretiker eine Erklärung dafür, daß so viele Menschen, die durchaus keine KZ-Wächter waren und die Anlage dazu nicht hatten, faschistische Bewegungen unterstützten oder doch mehr oder weniger wohlwollend sich austoben ließen.

Honneth: Wenn ich die Argumentation jetzt richtig verstehe, dann verstärkt sie in mir geradezu die Zweifel, die ich an dem ganzen Unternehmen der Gesellschaftstheorie Adornos eigentlich hege. Ich denke, daß dieser Erklärungsrahmen dermaßen in einem schlechten Sinn abstrakt ist, daß er heute einfach nicht wirklich hilfreich ist in der Analyse unterschiedlichster Formen autoritären Verhaltens an unterschiedlichen Stellen der Welt. Ich glaube einfach nicht, daß man die Formen autoritären Verhaltens, wie sie etwa in Osteuropa heute sich finden lassen, wie sie in den Wahlergebnissen in Italien sich niedergeschlagen haben, wie sie in bestimmten rechtsradikalen Gruppierungen in Deutschland sich finden, wie sie vielleicht auf eine ganz andere Weise noch einmal zum Tragen kommen in Rassenkonflikten in England, daß man all das mit ein und demgleichen Großschlüssel analysieren kann. Also, nach dem allgemeinen Erklärungsmuster müßten doch im Grunde genommen alle Subjekte, die gezwungen sind, sich selber als Objekte zu betrachten, schon damit automatisch zu autoritärem Verhalten disponiert sein, und das scheint mir schlicht nicht der Fall zu sein. Ich glaube tatsächlich, daß Adorno an vielen Stellen, und zwar an den schlechtesten seiner Theorie, dazu neigt, Großerklärungen zu bieten, über einen orthodox beibehaltenen Schlüssel der Verdinglichungsanalyse und damit seiner eigenen Sozialforschung auch die Möglichkeiten nimmt, differenzierte Analysen bereitzustellen.

Schiller: Ich bin mit Dir völlig einverstanden, daß der Schlüssel, so wie ich ihn benannt habe, noch zu allgemein ist, oder auf jeden Fall nicht alle Phänomene trifft, die hier berücksichtigt werden müssen. Ich würde allerdings sagen, daß er schon greift, wenn es darum geht, den Massenkonformismus gegenüber totalitären Bewegungen zu erklären. Natürlich wird diese aus der Kritik der politischen Ökonomie erwachsene Theorie des bürgerlichen Subjekts durch eine Reihe weiterer Überlegungen ergänzt.

In der Kontroverse zwischen kritischer Theorie und empirischer Sozialforschung spielt ein Begriff eine zentrale Rolle. Ich meine den Begriff der gesellschaftlichen Totalität. Ich glaube, dieser Begriff der gesellschaftlichen Totalität ist der harte politische Kern auch des Positivismusstreites in der deutschen Soziologie vom Ende der sechziger Jahre. Ich möchte dazu ein Zitat von Adorno vorlesen: „Die Kategorie arbeitsteilige Gesellschaft ist höher, allgemeiner als die kapitalistische Gesellschaft, aber nicht wesentlicher, sondern unwesentlicher, sagt weniger über das Leben der Menschen und das, was sie bedroht".

Honneth: Ich glaube auch, in der Verwendung des Ausdrucks gesellschaftliche Totalität hängt sehr vieles an der Deutung, die man diesem Schlüsselbegriff bei Adorno gibt. Ich denke, man kann gar nicht abstreiten, daß eine Intention kritischer Gesellschaftstheorie auch heute noch, das heißt im Zeitalter der Postmoderne, die Analyse gesellschaftlicher Organisationszusammenhänge sein sollte, also die Analyse sozial- und systemintegrierender Mechanismen. Bis hierhin, glaube ich, ist Adornos Intention erst einmal vollkommen unproblematisch und könnte, so gesehen, ja selbst mit einem Luhmann geteilt werden, der eine ähnliche Intention von sich behaupten könnte. Problematisch wird es vielleicht, wo es um die Art der Totalität geht, die vorausgesetzt wird, bei einer solchen kritischen Gesellschaftsanalyse. Ich habe den Eindruck, daß bei Adorno häufig genug die Vorstellung mitschwingt, daß es einer Instanz oder eines gewissermaßen Quasi-Subjektes obliegt, diese gesellschaftliche Totalität herzustellen und daß er dieses Quasi-Subjekt mit der kapitalistischen Warenproduktion oder dem kapitalistischen Tauschsystem identifiziert. Also, die Vorstellung ist dann, daß die Vielfalt gesellschaftlicher Lebensverhältnisse, auch die Vielfalt gesellschaftlicher Organisationsmuster, letztlich und in letzter Instanz zu erklären sind aus einem einzigen zentralen Mechanismus. Darauf verweist ja auch die Stelle mit dem Kapitalismus, und hier wiederum hätte ich doch Zweifel, ob nicht die Intention, die er hat und die ich ohne Weiteres teilen würde, in dem Augenblick ins Falsche umschlägt, wo sie so aufgefaßt wird, daß die gesellschaftliche Totalität nur zu erklären ist aus einem einzigen Mechanismus heraus. Da scheinen mir einfach Analysen sinnvoller, die doch eine ganze Vielfalt von Integrationsinstanzen, vielleicht auch von im Widerspruch zueinander stehenden Strukturmustern, Institutionen, institutionellen Verhältnissen konstatieren in der Analyse von gesellschaftlicher Totalität. Ich denke, nur wenn wir die Ungleichzeitigkeit unterschiedlicher Organisationsmuster gesellschaftlicher Realität, unterschiedlicher Integrationsformen von Anfang an betonen, auch dazu in der Lage sind, die Integration moderner Gesellschaften angemessen zu beschreiben. Es ist eben nicht so, daß alle Lebensverhältnisse in den kapitalistischen Gesellschaften durch die Tatsache des Kapitalismus selber festgelegt werden. Das scheint mir eine äußerst problematische Aussage zu sein. Schon der Wegfall der Bürokratie in der Analyse Adornos scheint mir problematisch, also all das, was Max Weber eingebracht hat, aber auch die Macht und integrierende Funktion von mit dem Kapitalismus gar nicht unbedingt übereinstimmenden Kulturformen.

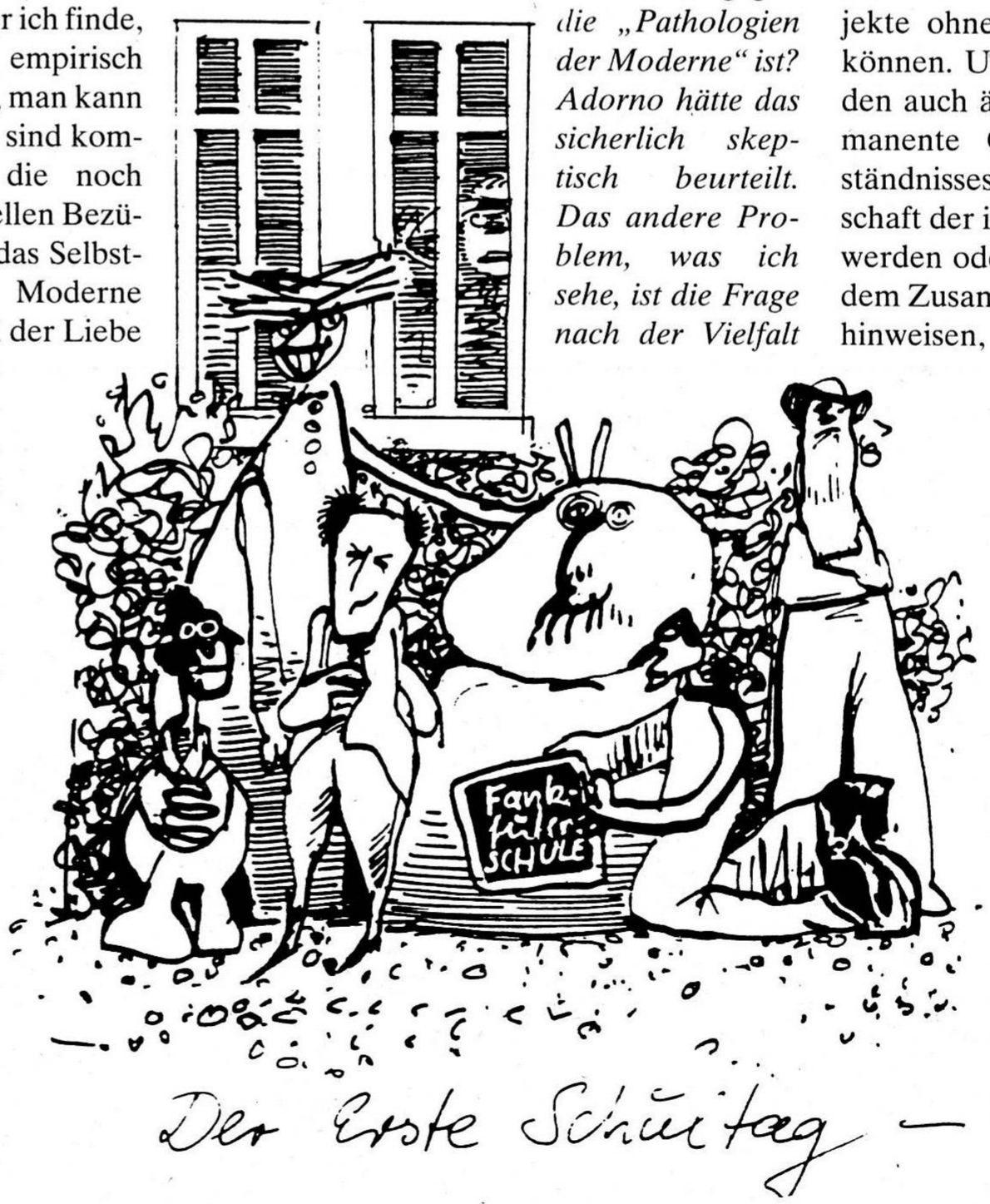
Schiller: Ich bin mir nicht sicher, ob diese Kritik an der Kritischen Theorie und ihrem Totalitätsbegriff wirklich stichhaltig ist, denn die Totalitätsthese von Adorno besagt ja nicht, daß die ganze Gesellschaft mit nichts anderem beschäftigt sei, als Waren zu produzieren, sondern sie besagt zunächst einmal, daß die Kategorie des Tauschwertes sämtliche Lebensverhältnisse durchdringt und sich unterwirft in der Weise nämlich, daß sie vermittelt werden, zu einem Mittel werden. Die Totalitätsthese ist bei Adorno insofern auch identisch mit der Analyse seines Freundes Horkheimer, daß die in der gegenwärtigen Gesellschaft dominierende Form von Vernunft die instrumentelle Vernunft sei, das heißt, die Verselbständigung des instrumentellen Moments der Vernunft. Im Anschluß an solche Sätze, wie „das Ganze ist das Falsche" oder „die Menschen leben unter einem Bann", wird die Totalitätsthese doch oft so interpretiert, als sei das eine hermetische und vollkommen undurchdringliche Angelegenheit. Aber für Adorno ist das nur an der Oberfläche der Fall, es kommt vielmehr darauf an, zu sehen, daß diese Totalität überhaupt nur als antagonistische möglich ist. Eine Vergesellschaftung, die totalitär ist, in dem Sinne, wie er glaubt, es von der kapitali-

stischen, der Waren produzierenden, erkennen zu können, produziert Antagonismen und beruht auf Antagonismen, auf Antagonismen zunächst zwischen der Gesellschaft und dem Individuum, wie er ganz ungeniert formuliert, aber natürlich vor allem auf dem Antagonismus zweier verschiedener Klassen, derjenigen, die den Mehrwert produziert und derjenigen, die ihn sich aneignet, und das führt auf einen wichtigen Punkt, den Du auch eingeklagt hast. Wenn man vom totalitären Charakter der Vergesellschaftung im Kapitalismus vorgedrungen ist zu dem Begriff des Antagonismus, wird man auch sehen, so meint Adorno, daß dieser Vergesellschaftung letztlich Herrschaft zu Grunde liegt und zwar Herrschaft im unmittelbaren Produktionsprozeß selbst und Herrschaft, die die Bedingungen dieses Produktionsprozesses sichern soll, was man also unter dem Begriff der eigentlich politischen Herrschaft befassen würde.

Honneth: Ganz kurz, vielleicht kommen wir jetzt den unterschiedlichen Deutungsmöglichkeiten schon näher. Worin mir das Problem zu sein scheint, ist diese selbstverständliche Voraussetzung einer Monopolstellung der instrumentellen Vernunft für unser aller Selbstverständnis in der kapitalistischen Moderne. Ich denke, daß, wenn man diesen ersten Schritt macht, man andere Quellen unseres Selbstverständnisses, andere Quellen der sozialen und politischen Realität allzu leicht unterschlagen und ignoriert werden. Ich würde zumindest sagen, es gibt gleichzeitig doch noch die Quelle einer „kommunikativen Moralität" – das ist zunächst der Habermas'sche Einwand gegen die ältere Kritische Theorie immer gewesen – aber ich finde, man kann diesem Einwand auch empirisch vielleicht größeres Gewicht geben, man kann sagen, für unser Selbstverständnis sind kommunikative Beziehungsformen, die noch nicht zerstört sind von instrumentellen Bezügen, immer zentral gewesen. Für das Selbstverständnis der kapitalistischen Moderne war ein ganz emphatisches Modell der Liebe zum Beispiel immer zentral, aus dem sich auch die Verhältnisse selber gespeist haben, aus deren Antriebskraft die soziale Realität auch nur zu verstehen ist; gleichzeitig hat sich entwickelt, vielleicht im Schatten dieser kommunikativen Moralität, doch eine vielleicht zerbrechliche Form der politischen Kultur, in der inzwischen ja Menschenrechte kaum mehr wegzudenken sind. Und es gibt eine weitere Quelle unserer Lebensverhältnisse, die ich benennen würde als die Idee individueller Freiheit, Authentizität, aus denen heraus wir uns auch zu verstehen versuchen und die auch irgendwie eine Art von Blockierung gegenüber einer ungezügelten Verselbständigung instrumenteller Vernunft darstellen.

Schiller: Was Du hier geltend machst, ist in Adornos Theorie das Nicht-Identische, das Nicht-Identische zu diesen totalisierenden Formen. Er war der Auffassung, und das scheint mir in der Tat ein wesentlicher Unterschied zu Deiner Argumentation zu sein, daß Nicht-Identisches nicht positiv da ist, sondern das Nicht-Identische ist etwas, was sich nur im Widerspruch überhaupt artikulieren kann, unter dem Bann der Identität nur als Widerspruch existiert. Er würde es also ablehnen, ein Gegenprinzip aufzustellen, gegen das Systemspezifische oder seine Abwandlungen, sondern er würde sagen, das Nicht-Identische äußert sich in dem Widerspruch, den diese Prinzipien erzeugen. Und zwar in einem Widerspruch in zweifacher Gestalt: als unterfaßtes Bedürfnis und als Reflexion. Z.B. sind die Menschenrechte selbst Prinzipien der Zirkulationssphäre, sie sind nicht von Haus aus etwas, was gegen die Rationalität der kapitalistischen Ökonomie spricht. Dazu werden sie vielleicht, wenn man den ihnen innewohnenden Widerspruch begreift und entfaltet.

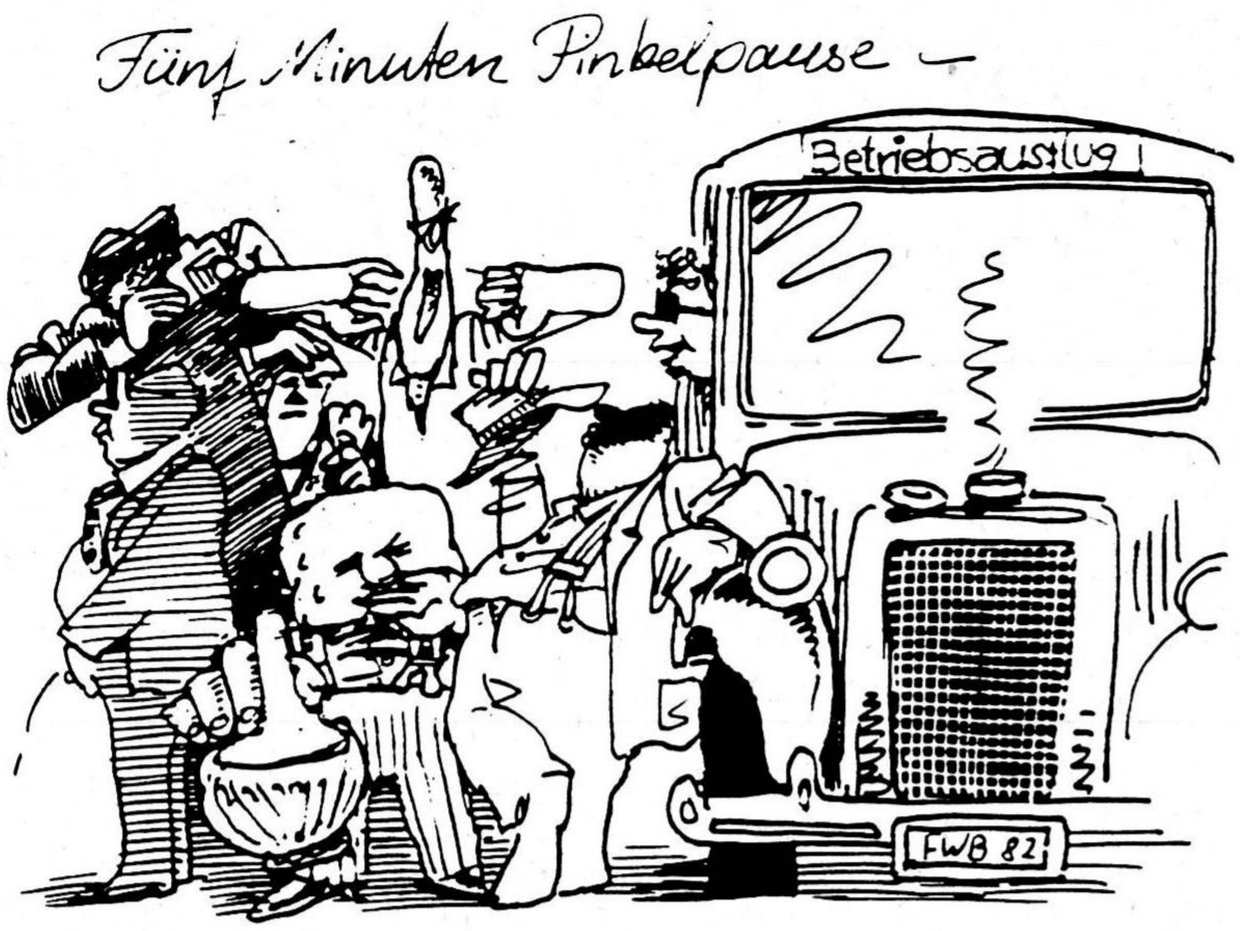
Ich denke, daß eigentlich hier zwei Fragen im Raum stehen. Es ist einmal das Problem des Nicht-Identischen, das jede Aussage von Adorno auf eine Widerspruchsstruktur abzielt, also nicht auf eine feststehende Instanz, die nicht auch ihr Entgegengesetztes immer wieder auch mitproduziert. Das schließt die Frage ein, ob dann die Moral wirklich, wie es in der jüngeren Kritischen Theorie gesehen wurde, eine feste Einspruchsinstanz gegen die „Pathologien der Moderne" ist? Adorno hätte das sicherlich skeptisch beurteilt. Das andere Problem, was ich sehe, ist die Frage nach der Vielfalt gesellschaftlicher Institutionen oder Bereiche. Ist diese Vielfalt wirklich gleich ursprünglich, oder gibt es da ein dominantes Prinzip? Ist der Begriff des Kapitalismus zentral, wenn man die Gesellschaft verstehen will, oder kann man von einer funktional differenzierten Gesellschaft ausgehen, in der es unterschiedliche Teilbereiche gibt und in der alles durch die Kultur abgefangen wird?



Honneth: Zunächst zur Einspruchsinstanz oder zu Adornos Konzept des Nicht-Identischen. Wenn wir den Schritt mitvollziehen, daß der Siegeszug der instrumentellen Vernunft nicht so zu verstehen ist, daß sie alle Gegenerfahrungen oder alle Erfahrungs- und Handlungsformen sich einfügen kann, also wenn das eine Prämisse der Theorie sein soll, dann ist doch einfach nüchtern zu fragen, warum wir dann nicht den Schritt weitervollziehen sollen und über das Nicht-Identische, also das der instrumentellen Vernunft Entgegenstehende, mehr Aussagen machen können, als es Adorno mit in dieser Residual-Kategorie des Nicht-Identischen versucht. Dazu gehören wahrscheinlich kommunikative Erfahrungen, wie sie klassisch ausgelegt werden in der Erfahrung der Liebe, und dazu gehören natürlich sehr viele andere Erfahrungsformen, die mit einer unbeschränkten, unbeschädigten Kommunikation zu tun haben: die Kategorie der Freundschaft hat immer in der Philosophie eine große Rolle gespielt, Formen direkter Kommunikation, all das sind Quellen von Erfahrungen kommunikativer Art, in denen eine bestimmte Moralität angelegt ist, und die in dem Sinn einen permanenten Charakter zu besitzen scheinen, als wir menschliche Subjekte ohne diese Erfahrung kaum denken können. Und genauso würde ich sagen, bilden auch ästhetische Erfahrungen eine permanente Quelle menschlichen Selbstverständnisses, die nicht einfach durch die Herrschaft der instrumentellen Vernunft beseitigt werden oder trockengelegt werden kann. In dem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, daß mir es gar nicht selbstverständlich scheint, daß man diese Quellen des Nicht-Identischen, beide Quellen des Nicht-Identischen, gewissermaßen mit einem positiven Vorzeichen versieht, sondern man muß sich auch klarmachen, daß sowohl die kommunikativen Erfahrungen als auch die ästhetischen Erfahrungen politisch oder sozial unterschiedlichste Gestalt annehmen können, ja zur Quelle autoritärer, gewaltsamer Verhaltensweisen werden können.

Hier hätte Adorno gesagt, sie stehen eben unter den Bedingungen gesellschaftlicher Totalität.

Honneth: Ich denke nur, uns hin-



dert nichts daran, die Struktur dieser nicht-identischen, das heißt ja nicht-eingepaßten und nicht der Logik der instrumentellen Vernunft gehorchenden Erfahrungsformen auch genauer zu bestimmen und ihre soziale Gestalt vielleicht zu analysieren, also das vielleicht nur zu dem ersten Punkt. Wenn man diesen Schritt macht, sprengt man tatsächlich das System Adornos, würde ich vermuten, weil Adorno sich selber den Zwang gewissermaßen auferlegt, daß das Nicht-Identische immer nur Residualkategorie bleibt, aus Gründen, die er selber anzugeben versucht, und da scheint mir, daß der Habermas'sche Schritt ein Befreiungsschlag war, der heute ganz andere Wege eröffnet auch über Habermas hinaus, nämlich unterschiedliche Wege der Analyse dieser Formen nicht-identischer Erfahrungsmuster.

Schiller: Das halte ich schon für sehr wichtig, weil ich glaube, wenn Du von einer eigenen Logik dieser Quellen des Nicht-Identischen sprichst, dann vollziehst Du doch eben das, was Du, wenn ich Dich richtig verstanden habe, ausschließen willst, nämlich eine Positivierung des Nicht-Identischen, – es soll aber bei Adorno in der Tat, wie man sich auch an der Ästhetik klarmachen soll, durchaus eine negative Kategorie bleiben.

Aber ich glaube, wir sollten jetzt den zweiten Punkt nicht vergessen, nämlich die Frage nach der Instanz, die das alles entscheidet, die Frage nach dem Kapitalismus.

Honneth: Vielleicht kann ich das sogar zusammenbringen, die Antwort auf diesen letzten Einwand mit der Beantwortung dieser Frage. Ich sehe keine systematische Schwierigkeit, zu sagen, so wie wir die Logik mit der instrumentellen Vernunft analysieren können und die Logik sozusagen der Instrumentalisierung, die ich ja überhaupt nie in Abrede stellen würde und die für unsere gegenwärtigen Lebensverhältnisse eine ganz hohe Bedeutung besitzt, so kann man vielleicht auch die Logik kommunikativer Erfahrungen ein Stück weit entschlüsseln, wie es Habermas mit Hilfe der Sprachanalyse getan hat – vielleicht gibt es andere Möglichkeiten, diese Logik der kommunikativen Moral zu entschlüsseln, und es läßt sich auch ein Stück weit die Logik der ästhetischen Erfahrung entschlüsseln. Die Frage ist ja nun, wenn man unterschiedliche Quellen des menschlichen Selbstverständnisses einräumt, ob es dann noch sinnvoll ist, gewissermaßen von einer einzigen sozialen Organisationsform her alle Erfahrungsdimensionen des Menschen rekonstruieren zu wollen. Also, ob tatsächlich die Kapitalismusanalyse das angemessene Instrumentarium auch für die Untersuchung des Gesamtzusammenhanges gegenwärtigen Lebens darstellt, und da habe ich in gewisser Weise Zweifel, weil schon ein Vergleich zwischen unterschiedlichen kapitalistischen Ländern in meinen Augen deutlich macht, daß die Gemeinsamkeit in der kapitalistischen Verfassung wenig aussagt über die Erfahrungssituation und auch die Lebenslagen in diesen Ländern. Also wenn man Japan und Deutschland vergleicht, finde ich, ist vielleicht schon einiges damit gewonnen, wenn man nachweisen kann, daß in beiden Ländern kapitalistische Wirtschaftsformen vorherrschen, aber haben wir damit schon hinreichend etwas ausgesagt, über die Verfassung der Lebensform in diesen Ländern. Muß dann nicht die unterschiedliche Geschichte dieser beiden Länder mit herangezogen werden, muß dann nicht die gesamte Kultur und damit auch die Kultur der Organisierung dieser anderen Erfahrungsquellen mit berücksichtigt werden?

Schiller: Adornos These, die er etwa in der „Negativen Dialektik" dargestellt hat, ist diejenige, daß der Kapitalismus nivellierende Wirkungen hat, und mir scheint sich das ganz intuitiv zu bestätigen. Das heißt nicht, daß Unterschiede, die von der Geschichte her noch im Bewußtsein sein mögen oder in gewissen Varianten des Alltagslebens überlebt haben, daß diese Unterschiede nicht besonders herausgestellt werden, um eine kollektive Identität zu stiften, die eher politisch über den Nationalstaat determiniert ist.

Honneth: Das scheint mir die typische Fernperspektive zu sein, die Perspektive wie aus einem umgedreht gehaltenen Fernrohr. Mir scheinen selbst die Verhältnisse zwischen den USA und Deutschland so unterschiedlich, was das Selbstverständnis der Subjekte anbelangt, daß wir mit Hilfe der Großkategorie Kapitalismus gar nicht die Nahverhältnisse und die soziale Selbstauslegung der Subjekte angemessen studieren können.

Adorno hätte diese Differenzen wohl nicht geleugnet, aber eingewandt, daß in die Lebenswirklichkeit, in Japan, den USA oder wo auch immer, weltweit inzwischen, die kapitalistische Verfaßtheit der Verhältnisse entscheidend hereinspielt. Natürlich muß man das dann auch am konkreten Fall nachweisen. Mich würde jetzt aber noch interessieren, was es eigentlich politisch bedeutet, wie die Möglichkeiten einer Politisierung des Adornoschen Denkens sind. Bei Adorno sehe ich da eine Spannung: auf der einen Seite ist er quasi orthodoxer Marxist geblieben, weil die Möglichkeit einer Veränderung von Gesellschaft letztlich steht und fällt mit den strukturell verankerten Machtverhältnissen, wie sie in den kapitalistischen Produktionverhältnissen verankert sind. Auf der anderen Seite, befragt nach seiner eigenen praktischen Relevanz, gibt er davon eine Einschätzung, die mit seinem direkten Engagement als Lehrer zusammenhängt, daß er allein eine gewisse Bewegung zur Mündigkeit erkennen kann, die praktisch sei.

Honneth: Ich meine gerade, daß diese ungelöste Spannung genau das Problem des Erbes Adorno ist, daß er nämlich seine Theorie, seine Gesellschaftstheorie auch seine Philosophie so in eine Kritik der Totalität hineintreibt, daß er eigentlich von der Höhe dieser Theorie aus zu emanzipationsgeleiteter, politischer Praxis gar nicht mehr in der Lage sein dürfte, und daß sich alles, was er dann in politischen Aktionen und auch politischer Schriftstellerei in den fünfziger und sechziger Jahren unternimmt, seinem eigenen Verdikt verfallen müßte. Mir scheint es sinnvoller, diese ungelöste Spannung einfach dadurch aufzuheben, daß man die Theorie gewissermaßen umkonstruiert und in ihr das berücksichtigt, worüber wir vorhin gesprochen haben, nämlich die unterschiedlichen Quellen, auch von Gegenkräften, auch von nicht-instrumentalisierten Erfahrungskomplexen, die zum Bezugspunkt politischen Handelns werden können. Die politische Alltagspraxis Adornos in den fünfziger und sechziger Jahren ist ja eher reformistisch gesonnen, denke ich, hier liegen zentrale, aus der Aufklärung stammende Direktiven zugrunde, es geht immer wieder um die Stärkung der Ich-Fähigkeit von Subjekten. Es geht – das meinte Adorno auch mit Mündigkeit – es geht um eine gesellschaftliche, politische Kultur, die sich ihrer eigenen Geschichte bewußt bleibt, in Deutschland also um Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Es geht zudem um politische Reformen sowohl im ökonomischen wie auch im politischen Bereich. Es geht um Erweiterungen von innerparteilicher Demokratie. Es geht um Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung.

Und die emphatische, auf grundlegende Veränderung ausgerichtete Praxis, ist aus dieser

Rekonstruktion ausgespart?

Honneth: Ja, aber die emphatische Praxis ist auch nicht anzutreffen in seinen Schriften. Ich glaube, es gibt in seinen Schriften überhaupt nicht den Ort, an dem er positiv bestimmen würde oder könnte, wie eine emphatische Praxis beschaffen sein könnte.

Schiller: Auf der einen Seite will Adorno eine radikale Theorie machen, das heißt, er will die Widersprüche der Gesellschaft, er will auch das, was er als drohendes Unheil empfindet und als geschehendes Unheil erfahren hat, zurückbeziehen auf die Kernstruktur der modernen bürgerlichen Gesellschaft, das meint radikale Kritik, radikale Theorie, ja sogar – ein Aspekt, den wir noch nicht berührt haben – auf Momente der Zivilisationsgeschichte selbst. In dieser Weise macht er radikale Theorie. Auf der anderen Seite spricht er im Eingangsteil der „Negativen Dialektik" aus, daß eine Praxis, die dem entsprechen würde, auf unabsehbare Zeit vertagt ist. Das heißt, er befindet sich doch in einer relativ ungemütlichen Situation, eine praktische Perspektive, nämlich die der Abschaffung des Kapitalismus natürlich, die der Einlösung der Vorstellungen, die sich um den Begriff der klassenlosen Gesellschaft gerankt haben, diese Perspektive für die Theorie in Anspruch zu nehmen und sie für die Praxis als bedeutungslos zu erklären, und dazu kommt dann das, was Honneth richtig geschildert hat und meiner Meinung nach auch weitgehend richtig bewertet hat, nämlich, er schreibt, anfangs der „Stichworte" glaube ich oder der „Eingriffe", „in einer Situation, in der Praxis, die das Ganze betreffen soll, unmöglich ist, mögen auch armselige Reformen mehr Recht in Anspruch nehmen, oder mehr Recht erhalten, als ihnen an sich zukäme", so formuliert er in etwa. Ich glaube, daß das konsequent ist, und in Frage steht eigentlich nur zweierlei, nämlich auf der einen Seite: sind wir trotz dieser fehlenden Perspektive einer Praxis, die aufs Ganze geht, wirklich gezwungen, diese radikale Theorie zu machen, müssen wir diese Aporie aushalten? Und zweitens, ist Adorno immer richtig mit ihr umgegangen, wenn das der Fall ist? Und da kann man dann doch, wie seine Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung zeigt, mitunter Zweifel hegen.

Du hast bereits den Eingangsaufsatz zur negativen Dialektik erwähnt, und ich möchte im Hinblick auf das Problem der Praxis nochmal darauf zurückkommen. Die negative Dialektik kann man ja lesen als eine Absage überhaupt an Praxis. Der Eingangssatz lautet: „Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward." Präziser gefragt: ist das die Selbstabdankung der Kritischen Theorie, die einmal angetreten ist als Gegensatz zu traditioneller Theorie, aus der das Moment der Praxis, der Verwirklichung ja systematisch ausgeklammert ist? Hat sich der Anspruch der Kritischen Theorie überlebt?

Schiller: Ich würde das nicht so sehen, wie Du es kommentiert hast. Ich würde auch aus der „Negativen Dialektik" nicht unbedingt den Schluß ziehen, daß Praxis generell ausgeschlossen werden soll. Sondern es ist die Praxis nicht möglich, die zu der Theorie gehören würde. Es ist eine reformistische Praxis möglich, und an vielen Punkten, es ist schon erwähnt worden, Notstandsgesetze, Sexualstrafrecht, Bildungsreform, durchaus notwendig. Das zweite, die Frage der radikalen Theorie, in dem Sinne, wie ich sie versucht habe zu charakterisieren, ist keine unmittelbar praktische Frage. Über deren Notwendigkeit oder über deren Möglichkeit entscheidet, wie weit diese Kategorien und Theorien dazu dienen, uns über die gesellschaftliche Praxis, an der wir selbst teilnehmen und die Erfahrungen, die sie uns bietet, klarzuwerden, und da bin ich, was die Berechtigung der Kritischen Theorie anbelangt, eigentlich recht optimistisch.

Honneth: Also, mir scheint, an diesem Satz der negativen Dialektik eigentlich der darin ja indirekt enthaltene Anspruch problematisch, nämlich daß eine aufs Ganze gehende Theorie, das heißt eine radikale Theorie, die versucht, die Gegenwartsverhältnisse aus der Perspektive nicht zugelassener Erfahrungsdimensionen heraus zu kritisieren, daß eine solche radikale Theorie jemals angemessen in Praxis hätte umgesetzt werden können, was mir das eigentliche Problem scheint, die Voraussetzung, es hätte jemals historisch eine Situation gegeben, in der eine dermaßen radikale Perspektive und Sichtweise auf unsere Gesellschaft in geschichtliche Praxis hätte buchstabengetreu umgesetzt werden können.

Als Horkheimer in den dreißiger Jahren das Programm formulierte, hat er sehr wohl daran geglaubt.

Honneth: Ja, das scheint mir aber auch ein äußerst problematischer Zustand der Kritischen Theorie, in der die Hoffnung besteht, daß die revolutionäre Praxis der Arbeiterklasse insgesamt, so der frühe Horkheimer, die starke, radikale Sichtweise der Kapitalismuskritik gewissermaßen praktisch umsetzen und die Verhältnisse im Ganzen revolutionieren kann. Das scheint mir eine Verhältnisbestimmung von Theorie und Praxis, die ich selber eher für das Problem halte. Das heißt, mir ist nicht problematisch das Eingeständnis einer Unangemessenheit. Ich denke, die Theorie, wie die Literatur etwa oder ästhetische Gestaltungen, sollte vielleicht immer wieder versuchen eine Perspektive oder Sichtweise einzunehmen, unter der Beschädigungen an unserer Realität sichtbar werden, die vielleicht bislang nicht sichtbar waren. Die Vorstellung aber, es gäbe oder hätte jemals zuvor historisch die Möglichkeit bestanden, eine angemessene Praxis für eine so verfaßte radikale Perspektive zu finden, also die alte Vorstellung der revolutionären Praxis, im Sinne des Umsturzes aller bestehenden Verhältnisse, das scheint mir gewissermaßen das orthodoxe und problematische Element in der Selbstaussage Adornos zu sein. Ich glaube, wir hätten weniger Probleme damit, wenn wir diese Vorstellung der revolutionären Praxis und damit vielleicht den Gegensatz von revolutionärer und reformistischer Praxis, selber preisgeben würden, aus Einsicht in die Dichte und Strukturiertheit sozialer Verhältnisse. Es wird diese aufs Ganze gehende Praxis nie geben. Wo es sie in kleinen Gruppen gegeben hat, war sie immer äußerst problematisch und trug terroristische Züge. Das heißt, mir schiene es viel sinnvoller, man würde den Radikalitätsüberschuß der Theorie gegenüber der Praxis selbstverständlich zur Voraussetzung machen und würde ohne das schlechte Gewissen mangelnder Praxis hier Kritische Theorie weitertreiben. Wenn wir etwa die Radikalität der Überlegungen von Walter Benjamin uns vor Augen führen, die besaßen ja eine sprengende Kraft gegenüber den sozialen Verhältnissen, daß schon die Vorstellung, es könnte auch nur eine politische Praxis geben, die dieser Perspektive entsprochen hätte, hier wohl was Absurdes hat, beziehungsweise dann eher wieder unangenehme Züge trägt, wenn wir uns das real vorstellen wollen.

Schiller: Ich glaube, das Problem mit dem wir jetzt beschäftigt sind, ist nicht, wie sieht die Praxis aus, die einer solchen radikalen Theorie entsprechen würde, sondern: kann man so eine radikale Theorie überhaupt noch machen, wenn man von der Unmöglichkeit dieser praktischen Perspektive überzeugt ist? Und das Problem, das wir diskutieren, ist nicht mehr und nicht weniger als dieses, ob wir die Utopie noch ernst nehmen, die Utopie, die sich bei Marx in dem Begriff der klassenlosen Gesellschaft niedergeschlagen hat, nicht nur bei Marx, er steht da schon in einer langen Tradition sozialrevolutionärer Bestrebungen, und das scheint mir in der Tat eine ernsthafte Frage zu sein, die man nicht mit Bekenntnissen lösen kann. Aber ich glaube, daß man von der Kritischen Theorie doch folgendes lernen kann: Wenn wir nicht mehr bereit sind, die utopischen Konsequenzen der Prinzipien bürgerlicher Gesellschaft von Gleichheit, Freiheit, Streben nach Glück zu ziehen, wenn wir das nicht mehr ernst nehmen, daß sie utopischer Natur sind, dann sind wir eigentlich auch nicht mehr in der Lage, das Projekt der Moderne, wie das bei Habermas so schön heißt, zu verteidigen, denn das Projekt der Moderne ist von vornherein eines, das auch über sich hinaus weist. ●

Das Gespräch führten für die links: Christoph Görg und Ludi Lodovico.
A. Honneth ist Prof. am Institut. f. Sozialphilosophie.H.-E. Schiller arbeitet an der FH Darmstadt.

HEINZ STEINERT

Der stabilisierte Adorno

„Denn die Flut der musikalischen Geschichte, die die Dämme der Gesellschaft überflutet hatte, ebbt von jenen Dämmen zurück, nachdem sie ihre exponiertesten Werke dort draußen abgesetzt hat, wo sie nun einsam bleiben; der Strom aber hat ins alte Bett zurückgefunden. Die Musik hat sich *stabilisiert* und den Forderungen der ebenso frisch stabilisierten Gesellschaft unterworfen ..."

(Adorno, »Die stabilisierte Musik«, 1928, GS 18, S. 725)

I.

Der frühe, insgesamt ziemlich krude ökonomistische Versuch des Fünfundzwanzig-jährigen, die Musik seiner Zeit soziologisch zu typisieren, aus dem das schöne Eingangs-Zitat stammt, ist zurecht damals unveröffentlicht geblieben. Aber sowohl die Typologie, in der es den Durchbruch Schönbergs und seiner Schule in die kompositorische Freiheit gibt und sonst nur noch klassizistische und folkloristische „Reaktion", als auch das Denkmodell der „Stabilisierung" hat Adorno weiter verwendet.

Einen historischen Augenblick lang war (Schönberg) die Befreiung gelungen, waren die Normen (der musikalischen Komposition) in Bewegung und unerhörte Möglichkeiten ins Blickfeld geraten – da setzte mit Macht die „Stabilisierung" ein und holte die mögliche Freiheit zurück. Niemand wollte mitmachen, das Publikum lachte und randalierte, die anderen Komponisten suchten erschreckt Halt bei alten Mustern, die sie allenfalls auf neu schminkten. Die Bewegung reduzierte sich auf eine enge „Schule", deren Zusammenhalt sich zunehmend auflöste, während zugleich die Kodifizierung der neuen Möglichkeiten (als Zwölftonkomposition) aus ihnen wieder ein Regelwerk, neue herrschaftliche Normen entstehen ließ – Dialektik der Aufklärung.

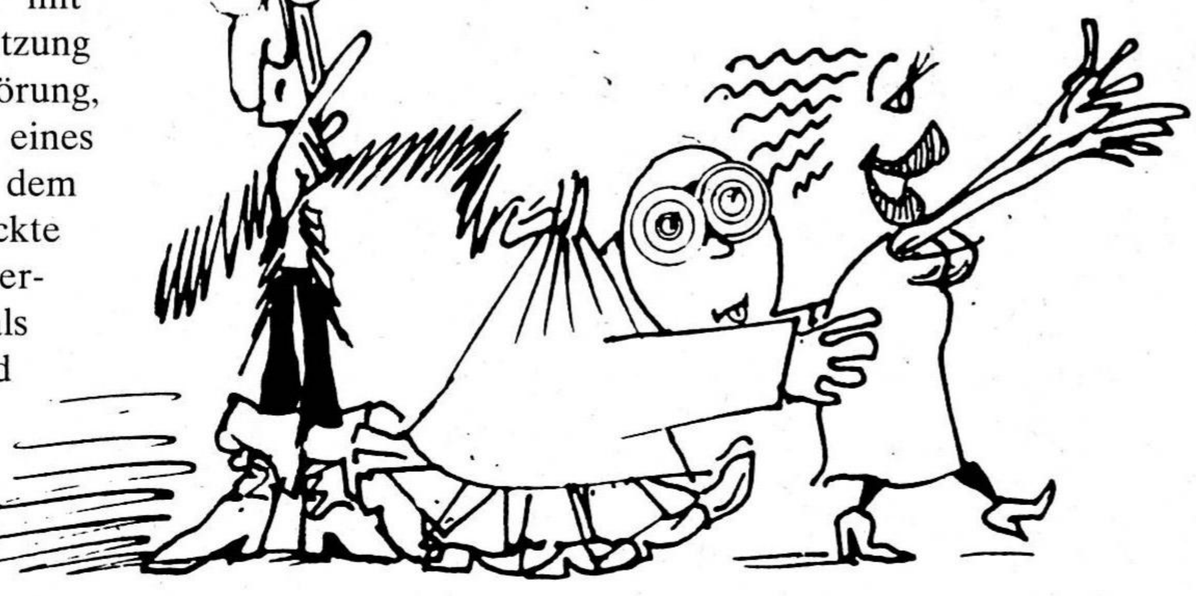
II.

Nach Adornos plötzlichem Tod im Sommer 1969, mitten aus einem großen Konflikt heraus, der von den Studierenden nicht nur mit feinen und verbalen Mitteln geführt worden war, vielmehr mit denen der Institutsbesetzung und der Vorle-sungsstörung, mit dem Überreichen eines roten Teddies und mit dem Bedrängen durch nackte weibliche (Ober-) Körperlichkeit, gab es eine als Flugblatt verteilte und in zwei Büchern abgedruckte „Erklärung seiner Schüler in Frankfurt". Ich zitiere nach dem Abdruck in: Hermann Schweppenhäuser, (Hg.), Theodor W. Adorno zum Gedächtnis, Frankfurt (Suhrkamp), 1971, S. 22-25.

Sie wendet sich gegen den Geniekult der Nachrufe. (Ihrem Stil entspräche besser: „Sie wendet gegen den Geniekult der Nachrufe sich.") Sie betont die Treue der Schüler zu den zentralen Intentionen der Kritischen Theorie: „Noch diejenigen unter Adornos Schülern, die politisch seine schärfsten Kontrahenten wurden, stehen ihm in der Sache unendlich viel näher als jene Presse, die über den Sachen zu stehen meint." Und sie schließt mit der trotzigen Beteuerung: „Hinter der Stilisierung Adornos zum einmaligen Geistesheroen wie zum politischen Verführer steht das eindeutige Interesse, kritische Theorie zu liquidieren. Dagegen werden wir deren Intentionen in Zukunft auch im Rahmen universitärer Institutionen weiterführen."

Natürlich hatte dieser Zusammenschluß von plötzlich „meisterlos" gewordenen „Schülern" und ihr Gang in die Öffentlichkeit vor allem seine Funktion in der damaligen Konfliktlage.

Als Adorno 1969 starb, auf dem Höhepunkt seines Schaffens und der Studentenbewegung und etwas konsterniert durch deren Kritik an ihm, hinterließ er bei dieser Studentenbewegung auch einiges an Verwirrung. Der Philosoph, Musiktheoretiker, Soziologe und Komponist, der vielen bis heute als einer der „geistigen Väter" der Studentenbewegung gilt, hatte nicht mit unmißverständlicher Kritik an deren Aktionismus gespart und sah sich seinerseits als „bürgerlichen" Intellektuellen und Ästheten kritisiert. Das böse Wort vom „linken Faschismus" hat



zwar Habermas ausgesprochen, aber Adorno war die erschreckte und verletzte Anwandlung, die studentischen Aktionen so wahrzunehmen, wahrscheinlich auch nicht ganz fremd.

Die Studenten wiederum fühlten sich von Adornos Distanz und Strenge im Stich gelassen und brauchten auch erst einen Moment, um zu kapieren, daß in der Rede über Goethes „Iphigenie“ in Berlin, deren Thema ihnen absurd esoterisch vorgekommen war, von Kolonialismus und dem Befreiungskampf gegen ihn die Rede war. In ihrer Verkennung einer anti-autoritären Kultur-Revolte (durchaus *nicht* nach chinesischem Muster) für eine politische Revolution ging eine Fraktion zu der Organisationsform der dogmatischen und autoritären K-Gruppen über und lehnte die Kritische Theorie ab. Die Fraktion, die sich noch lange gegen den Verlust der anti-autoritären Orientierung wehrte, war mit dem Aufbau von Kommunen und Alternativ-Betrieben so beschäftigt, daß Theorie auch nicht mehr die allererste Priorität hatte.

Die Entfremdung zwischen der Kritischen Theorie (besonders Adorno) und der Studentenbewegung war beidseitig und auf beiden Seiten nicht leicht zu ertragen. Der Tod Adornos unterbrach diesen Konflikt und ließ ihn als Bruch stehen, an dem sich nicht mehr weiterarbeiten ließ.

Das Manifest der „Schüler“ war also wahrscheinlich nicht nur an die Presse adressiert, sondern auch an diese sich abzeichnenden Fraktionen innerhalb der Studentenbewe-gung: Der gemeinsame Bezug auf einen Grundkonsens von „Kritischer Theorie“ hätte die heillose Aufsplitterung der Bewegung bremsen und ihr überhaupt ein Fundament an Theorie bewahren können. Aber es war wohl zu spät. Wahrscheinlich hätte auch eine weitere Lehrtätigkeit Adornos an der Ausdifferenzierung der Selbstmißverständnisse der Bewegung (darunter der Polarisierung in dogmatisierte „Theorie“ auf der einen und ebensolche Theoriefeindschaft auf der anderen Seite) nichts wesentlich ändern können – zumindest nicht kurzfristig.

III.

Es folgte eine Phase, in der auch an „linken“ Fachbereichen Kritische Theorie der Frankfurter Art als nicht nahe genug am Grundwiderspruch angesiedelt eher vernachlässigt wurde. Das war zugleich die Phase, in der die von der Studentenbewegung Geängstigten und Gekränkten gemeinsam mit den Autoritären, gegen die sich die Kulturrevolte der Jugend in den 60er Jahren vor allem gerichtet hatte, mit dem Knüppel der „Terrorismusbekämpfung“ das verlorene Terrain wieder zurückzugewinnen versuchten. Für die Kritische Theorie war das keine gute Zeit.

Die Soziologie hat sich davon nicht mehr erholt. In etwas wie einen selbstverständlichen Grundbestand an soziologischem Wissen und Können ist Kritische Theorie nicht aufgenommen worden. An den meisten Universitäten, so würde ich nach meiner (freilich nicht unbegrenzten) Kenntnis der Studiengänge vermuten, wird man Soziologin (und erst recht Politologin), ohne über Kritische Theorie mehr als ein paar abfällige Seitenbemerkungen gehört und ohne von ihr überhaupt etwas im Original gelesen zu haben. Das Normal-Curriculum der Soziologie braucht keinen Adorno, wie es auch keinen Hegel und fast keinen Marx braucht. Daß ein Adorno Präsident der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sein konnte, erscheint heute schon ziemlich exotisch.

Im Ausland stößt man auf ein anderes Phänomen: An den Universitäten der größeren Städte und manchmal auch an abgelegenen Orten, von Lyon bis New York und natürlich Kalifornien, aber auch im fernen Melbourne, überall finden sich kleine Gemeinden der Kritischen Theorie, in denen man sehr subtile Debatten unter Insidern führen kann. Häufig steht dabei Habermas im Vordergrund, aber auch das hiesige Muster eines Aufnehmens der „Älteren Kritischen Theorie“, um sich von Habermas abzusetzen, findet sich immer wieder.

Überhaupt scheint es sich allmählich durchzusetzen, daß man Habermas nicht gerecht wird, wenn man sein Werk als wahlweise krönende oder aber verwässernde Fortführung der Kritischen Theorie versteht. Es zeigt sich, daß hier aus einem nur kurzen Abstoßen von Grundorientierungen, die man vielleicht auch einmal Adorno zuschreiben kann, etwas sehr Eigenständiges entwickelt wurde, für dessen Verständnis nicht sehr viel zu gewinnen ist, wenn man es in diese Tradition zu stellen versucht.

Ein besonderes Schicksal hat Adorno neuerdings in den USA ereilt. Er hat mit der Ablösung von Soziologie durch „Cultural Studies“ und „Feminist Studies“ eine gewisse Kanonisierung erfahren: kein Reader in „Cultural Studies“ ohne einen Auszug aus dem „Kulturindustrie“-Kapitel der „Dialektik der Aufklärung“ (und keine „Feminist Studies“ ohne Hinweis auf den patriarchalischen Charakter der Kritischen Theorie). Daß das mehr ist als Traditionspflege, kann bezweifelt werden – aber immerhin.

IV.

Seit den 80er Jahren gibt es ein zumindest lokales Revival der Kritischen Theorie, das mit dem Stichwort „Kultur“ zu tun haben dürfte. Kritische Theorie wurde ab einem Zeitpunkt wieder im öffentlichen Gerede interessant, seit dem wir keine Klassen mehr kennen, sondern Lebensstile, seit dem wir statt von „erbarmungsloser Konkurrenz“ von „Individualisierung“ und nicht mehr von „Leistungsgesellschaft“ (geschweige denn „Spätkapitalismus“), sondern von „Risiko“- oder gar „Erlebnis-Gesellschaft“ reden. In diesen Zusammenhängen wird auch eher die in der Städte-Werbung brauchbare Bezeichnung „Frankfurter Schule“ vorgezogen.

Besonders Adorno war in der jetzt durch Budgetprobleme wieder beendeten Phase der „Kulturpolitik“ in den Städten als Stichwortlieferant für feinsinnigen und strengen, auf die „schwierigen“ Künste orientierten Ästhetizismus gefragt. Dieser Mißbrauch wurde genau im Zusammenhang mit einer Entwicklung getrieben, in der ein Zweig der Hochkultur betont unter das Glücksrad der Kulturindustrie geriet: die bildende Kunst und das zugehörige Museumswesen. Die Ästhetische Theorie geriet zu einem mit dieser Stadt verbundenen Fetisch, der belegen sollte, daß sich hier immer schon Wirtschaft und Kultur glücklich verbinden konnten.

Aus der Kritik der Kulturindustrie wurde eines ihrer Genres.

Dabei hat es tatsächlich fast etwas Unheimliches, wie sehr sich die These von der „Kulturindustrie", konzipiert schon in den 20er, ausformuliert in den 40er Jahren, seither immer weiter bestätigt hat: Kultur *ist* zur Ware geworden, Information zu Propaganda, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, die Öffentlichkeit zum Rummelplatz, auf dem ein Marktschreier den anderen mit noch schrilleren Anpreisungen und satteren Phonstärken zu übertreffen versucht – und das gilt auch für die Produkte der kritischen Intelligenz, die keineswegs unterdrückt, vielmehr als Würze eigener Art mit in den Kessel gerührt werden.

Andererseits war von Anfang an die Schwäche der Theorie, daß sie von einem historisch spezifischen Gegenbild lebte, dem des „autonomen Kunstwerks" à la Schönberg, dessen kurze Spät-Blüte und dessen Untergang sie begleitete und artikulierte. Durch diesen eingeengten Gegenbegriff als Folie der Kritik konnte die Theorie der Kulturindustrie nur das Ende der Kunst, das Ende der politischen Öffentlichkeit, das Ende des Individuums konstatieren. Sie vernachlässigt die andere Form von Kritik, die es auch seit der Aufklärung als bürgerliche Herrschaftskritik gibt und die nicht von der Kategorie der Herrschaft und ihrer Überwindung ausgeht, sondern von der Anerkennung der Unbeherrschbarkeit, wie in Voltaires „Erdbeben von Lissabon", wie in Büchners „Leonce und Lena", wie in Jarrys „Ubu Roi", wie in Boris Vians „Deserteur", wie in dem von Duchamp ausgehenden ironisch-reflexiven Strang der Auflösung und Reflexion des Werkbegriffs in der bildenden Kunst. Diese Form der Kritik, die im Jazz verkörpert wird und im Happening hat zu einem Begriff von „Kunst als Ereignis" geführt und zu einer reflexiven „Kunst über Kunst".

In der Kritischen Theorie und besonders in der Kulturindustrie-These wird der Untergang eines Typus von Intellektuellen verarbeitet: Der klassische politische Intellektuelle war schon ebenso aufgegeben wie der autonome Künstler, die danach noch mögliche Form ist eine Mischung von Snob und Dandy, Mandarin und Poet, übergeleitet bereits in die Medien-Prominenz. Auch diese Formen stehen heute nicht mehr zur Verfügung.

Für das, was aber möglich ist, könnte gerade der von Adorno mißverstandene Jazz und die gesamte Linie von ironischer „Kunst als Ereignis" das Modell abgeben. Im Jazz mußte von Anfang an Autonomie der kolonialistisch Unterdrückten innerhalb der Kulturindustrie durchgesetzt werden. Autonomie (des Kunstwerks und des Künstlers) ist nicht als Enklave von Freiheit und Wahrheit vorstellbar, sondern als Moment der Widerständigkeit und Verweigerung, der selbstironischen Relativierung und des Lachens über die herrschenden Aufgeblasenheiten.

Die Infrastruktur dieser Form von Autonomie findet sich in der Fremdheit der Unterworfenen, die die Angebote der Herrschenden annehmen, weil sie sich nicht entziehen können, die sie aber nicht besonders ernst nehmen können, weil sie ihr Leben nicht berühren. Sie wollen die bürgerliche Kultur nicht auf die Spitze treiben und sie auch nicht retten, sie durchschauen sie als so überflüssig wie benützbar und machen sich darüber lustig. Es macht ihnen nichts aus, wenn diese Kultur warenförmig aufgebraucht wird, sie machen aus den Waren das beste und weisen darauf hin, daß es sich um Waren handelt. Ihre Befreiung braucht keine Utopie, es genügt die Subversion. Deren Grundlage ist weder das bürgerliche Eigentum noch ein real-sozialistisches ZK, sondern die Subkultur und ihre Beweglichkeit.

V.

Versuche, Adornos Schriften in Bewegung zu halten, sie nicht auszulegen, sondern sich von ihnen provozieren zu lassen, sie zu verwenden, um in Kritik an ihnen die Denkbewegung weiterzutreiben, die sie enthalten, sind nicht nur von kulturindustriellen Vereinnahmungen gefährdet. Sie stoßen mit ihrer notwendigen Respektlosigkeit auch in den Kreisen der „Schüler", der Nachlaßverwalter und der Gralshüter auf Mißtrauen. Es gibt auch unter den Schriftgelehrten der Kritischen Theorie gelegentlich eine Haltung des Wettbewerbs um das passendere (und möglichst unbekannte) Adorno-Zitat und um die größere Nähe zur sicher richtigen Auslegung. Im Extrem kommt dazu noch die Sorge darum, daß der Person posthum keine Verkleinerung angetan werde. Das kann den Effekt haben, daß Archivmaterialien eher zurückgehalten als zugänglich gemacht werden. Das kann dazu führen, daß andere Forscher eher als Konkurrenten und nicht als Mit-Arbeiter gesehen werden. Das kann bedeuten, daß sich eine Orthodoxie aufbaut.

Um das Personal der Kritischen Theorie wurde ein Zauberkreis von Tragik und Ehrfurcht gezogen. Am deutlichsten wird das in TV-Dokumentationen: Sie haben getragen und schwer zu sein. Besonders Benjamin wird grundsätzlich von seinem Ende her interpretiert. Der Ton paßt sich dem an: Es gibt Interpretationen, die gehen auf Zehenspitzen – und so wünschen sich das die Aufbewahrer auch.

Übrigens ist diese Haltung nicht notwendig personell fixiert: Man rutscht ganz leicht in sie, wenn man sich mit Kritischer Theorie beschäftigt und nicht aktiv dagegenarbeitet. Die Art von tragischer Gelehrten-Individualität, die sich in der Kritischen Theorie noch ein letztes Mal darstellt, ist für uns Nachgeborene attraktiv. So ernst möchte jeder, der schreibt, sich auch noch einmal nehmen können.

Der Befund der Kulturindustrie-Theorie trifft heute noch zugespitzt zu – und daher muß der Gesellschaftskritiker damit rechnen, daß er als Unterhalter hochwillkommen sein mag. Schlimmer noch: Er muß sich als einen innerhalb des ziemlich kakophonen Chores der Kritiker sehen, der mit seinem Beitrag ohnehin untergeht oder aber den Zustand weiter verstärkt, daß die Kritik insgesamt in der Konkurrenz zu widersprüchlich, zu aufgeregt und dramatisierend, zu marktschreierisch und damit besonders unwirksam gerät.

Der Ärger über die Zustände in der Hauptabteilung Wissenschaft der ausdifferenzierten Kulturindustrie läßt viele an einer Figur wie Adorno auch jenseits der historischen Placierung festhalten: Wenn sich dieser Typus von kritischer Intellektualität schon heute nicht mehr leben läßt, so wollen wir ihn doch verehren und vor jeder zu großen Näherung beschützen.

VI.

Eine Studentin hat mir kürzlich – und das auch noch in eine Prüfungsklausur – geschrieben, sie finde die „Dialektik der Aufklärung" ein optimistisches Buch. Diese Eigenschaft beziehe sich nämlich nicht auf irgendwelche Inhalte: Sie werde von dem Buch herausgefordert dagegenzureden, es zwinge sie, selbst zu argumentieren und zu beobachten und zurückzukommen und weiterzudenken, es verkünde ihr keine Wahrheiten, sondern bringe sie zum Kritisieren und damit zu neuen Einfällen. Sie hat erfahren, was Dialektik heißt, indem sie sich um keine Orthodoxie kümmert.

So kann Adornos Werk weiterleben: Indem man die Schriften zum Tanzen bringt, damit einen der Schwung mit fortreißt – zu Einsichten, die sich in diesen Schriften nicht ausbuchstabiert finden können. ●

Heinz Steinert ist Professor für Soziologie an der Universität Frankfurt und Autor der Bücher „Adorno in Wien. Über die (Un-)Möglichkeit von Kunst, Kultur und Befreiung", Frankfurt, Fischer-TB, 1992, und „Die Entdeckung der Kulturindustrie oder: Warum Professor Adorno Jazz-Musik nicht ausstehen konnte", Wien, Verlag für Gesellschaftskritik, 1992.

ALEX DEMIROVIC

Adorno und das Problem des Rassismus

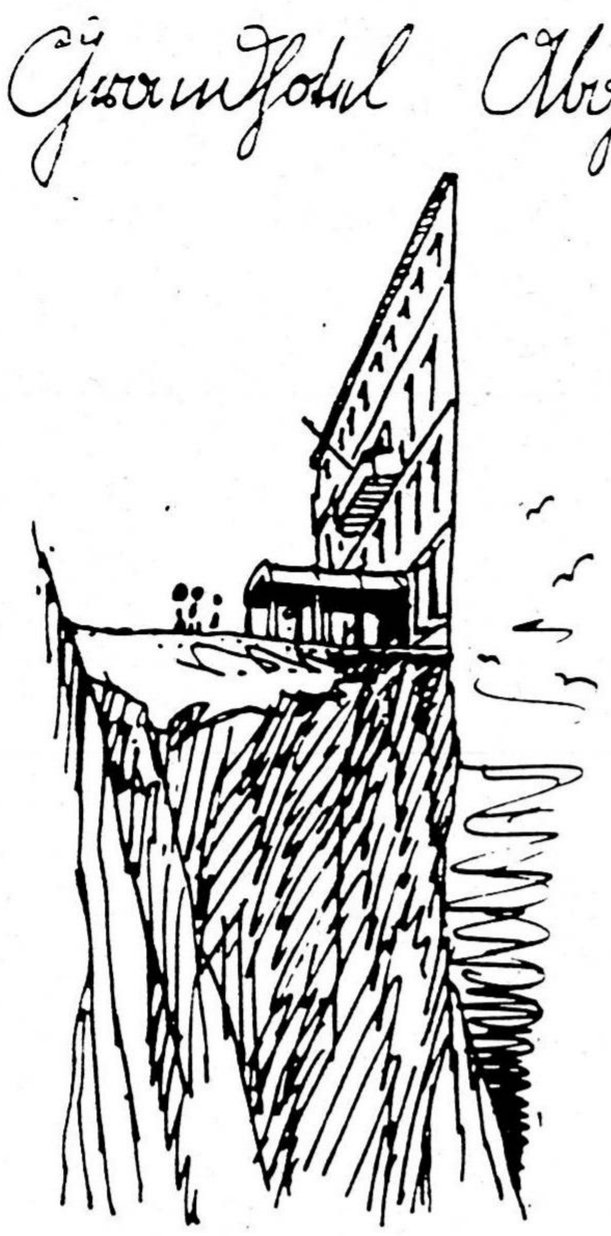
Damit ist den Vertretern der Kritischen Theorie etwas sehr Entscheidendes zu verdanken: ein überraschtes Erstaunen. Anders als viele VertreterInnen der Tradition der Arbeiterbewegung und des Marxismus nämlich erhoben sie den Anspruch, das Bürgertum wie die Arbeiterklasse ihrer historischen Entwicklung wie dem aktuellen Stand ihres Bewußtseins nach empirisch zu analysieren – und ihre Ideologie nicht allein abstrakt aus einem ökonomischen Verhältnis abzuleiten. Das Erstaunen galt der Tatsache, daß das Bürgertum und vor allem Teile der Arbeiterklasse autoritär orientiert waren und neue Formen autoritärer Herrschaft zu entwickeln, bzw. sich ihnen zu unterwerfen. Nach den autoritär-monarchistischen Regierungsformen des 19. Jahrhunderts kam nun nicht die bürgerliche Demokratie, schon gar nicht die sozialistische Freiheit. In vielen Ländern, also nicht nur in Deutschland mit seiner konterrevolutionären, autoritären und militaristisch-nationalistischen Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch in Gesellschaften mit einer langen demokratischen Tradition wie Frankreich und den USA konnten starke antisemitische und antidemokratische Ressentiments beobachtet werden. Diese gleichsam universelle Entwicklung, die nicht als Überbleibsel einer noch zu beseitigenden Tradition betrachtet werden konnte, sondern sich aus der Dynamik der demokratischen Gesellschaften und der Herrschaft des Bürgertums heraus entwickelte, wurde zu einem der vielfältigen Ausgangspunkte ihrer Theoriebildung genommen und zu der Überlegung ausgearbeitet, daß autoritäre Bewußtseins- und Denkformen konstitutiv Bestandteil moderner kapitalistischer Gesellschaften sind. Diese Theoriebildung selbst zielte auf die historischen Veränderungen des Zusammenhangs von Basis und Überbau, der Vermittlungen von Ökonomie, Politik, Kultur und Ideologie. Als eine der Vermittlungsinstanzen galt die psychische Dynamik der Individuen, die als Grundlage für die individuelle „Wahl" einer Ideologie angesehen wurde. In allererster Linie wurde also nicht ein fremdenfeindliches Vorurteil oder ein autoritärer Charakter untersucht. Vielmehr wurden deren Entstehung und Dynamik als konkrete Bewußtseinsform eines bestimmten Stadiums kapitalistischer Herrschaft – und beides ist wichtig: kapitalistisch ebenso wie Herrschaft – gedeutet.

Auch aktuell hat der Ansatz der Kritischen Theorie eine grundsätzliche Bedeutung. Denn noch vor einzelnen theoretischen Details weist er eine Möglichkeit auf, sich eine Problemlage der gegenwärtigen Diskussion zu vergegenwärtigen. Ressentiments und Vorurteilsstrukturen werden in Adornos Arbeiten in ihrer Eigendynamik ernst genommen. Diese Eigendynamik selbst wird aber ihrerseits im Zusammenhang mit einer Theorie der kapitalistischen Entwicklung begrifflich bestimmt. Damit, so meine ich, unterscheidet sich dieser Ansatz von manchem der neueren Beiträge, insofern in diesen der Zusammenhang mit der kapitalistischen Entwicklungsdynamik entweder gar nicht diskutiert wird – in diesem Fall handelt es sich um ein bloßes Anomiephänomen bei Individuen, die gesellschaftlich nicht gut integriert sind. Doch wird der produzierte bzw. konstruierte Charakter gerade fremdenfeindlich-rassistischer Ressentiments praktisch gar nicht thematisiert, sondern empiristisch unterstellt. Oder es gelten mangels eines komplexen Begriffs von kapitalistischer Vergesellschaftung alle Herrschaftspraktiken als rassistisch. In diesem Fall dient der Begriff des Rassismus der Moralisierungskampagne einer ohnmächtigen Opposition, die ihn als politisches Denunziationsmittel verwendet, als einzige Form der Kritik an der gegenwärtigen Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft. Der gesellschaftstheoretische Gehalt dieses Begriffs wird zugunsten einer unmittelbaren politisch-praktischen Nützlichkeit aufgelöst und aus dem Zusammenhang mit einer komplexeren Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung und vielfältiger und widersprüchlicher Einstellungen in Teilen der Bevölkerung gerissen, die Herrschaft unterworfen sind, gegen die sie sich, in manchmal sehr paradoxer und irrationaler Form, wehren.

Unter dem Begriff des Antisemitismus werden von Adorno und Horkheimer Phänomene analysiert, von denen beide gleichzeitig deutlich machen, daß sie nicht allzu eng auf die Feindschaft gegen Juden beschränkt werden dürfen: „Es gibt keinen genuinen Antisemitismus." Die Opfer können

Adorno spricht in seinen Arbeiten nur an wenigen Stellen und eher beiläufig, also ohne systematischen Anspruch, von Rassismus; und wenn dies geschieht, dann zumeist mit Blick auf die Afroamerikaner in den USA, die er noch als Neger bezeichnet. Die Themen, die ihn theoretisch im Umfeld dessen interessieren, was heute als Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neorassismus verhandelt wird, sind Antisemitismus, autoritärer Charakter und ethnozentrisch-nationalistische Vorurteile. Obwohl ihn diese Themen viele Jahrzehnte, von Ende der 30er Jahre und mit dem Beginn der großen Antisemitismusstudien des Instituts für Sozialforschung bis zur Entwicklung einer auf deutsche Verhältnisse gemünzten Autoritarismus-skala in den 60er Jahren, beschäftigt hat, waren sie doch eher dem allgemeinen theoretischen Problem der ideologischen Herrschaft unter spätkapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen untergeordnet.

sehr verschiedenen Gruppen angehören; und sie sind keinesfalls die Ursache für das Verhalten der Verfolger. Es handelt sich bei Antisemitismus um eine generalisierte Verfolgungsbereitschaft, die sich aus einer wütenden und ressentimentgeladenen Umkehrung des Versprechens auf Glück in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ergibt. Die Menschen wissen, daß ihnen das Glück aus Gründen der Herrschaftserhaltung vorenthalten wird, und wütend machen sie sich zu der Masse, die die Herrschenden brauchen, um sie gegen Schwache und Ohnmächtige lenken zu können. Die Pogrome seien Ritualmorde, „in ihnen wird die Ohnmacht dessen demonstriert, was ihnen Einhalt gebieten könnte". Weil sich die Emanzipation nicht durchsetzen läßt, richtet sich infantil und pathisch-projektiv das Bedürfnis nach Freiheit und Glück gegen die, die durch ihr Anderssein gerade dies zu verkörpern scheinen. Diese Andersheit ergibt sich aus einer Ungleichzeitigkeit in der kapitalistischen Entwicklung. Juden können als Vertreter der Zirkulationssphäre gelten, entsprechend dem demagogischen Bild vom raffenden Kapital. Doch objektiv, so Horkheimer und Adorno, sei die Zirkulationssphäre schon längst beseitigt – und damit die Geltung von Normen der Freiheit und individuellen Autonomie, wie sie den Menschen unter liberalkapitalistischen Bedingungen als Marktteilnehmer zuerkannt wurden. So wird der emanzipatorische Wunsch unzeitgemäß und instrumentalisierbar.



Was in der Sekundärliteratur über Adorno und Horkheimer rückblickend als ein Lebensgefühl gedeutet wird, das wir heute nicht mehr haben; was als Krise der Kritischen Theorie interpretiert wird, die einer überzogenen und totalisierenden Ideologiekritik geschuldet ist – dies ist eigentlich eine bedeutsame und radikale theoretische Einsicht in die Dynamik der Herrschaftsorganisation der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Die Einsicht nämlich, daß Ideologiekritik bei einem Teil der herrschenden Akteure nicht mehr verfängt. Ideologiekritik geht von der Vermutung aus, daß die Herrschenden ihre Herrschaft im Namen von für sie verbindlichen Normen ausüben. Mit den modernen Rationalitätsnormen der Vernunft, der Freiheit und Gleichheit werden aber Normen in Anspruch genommen, deren Realisierung, wie Adorno und Horkheimer nahelegen, auch die Beherrschten emanzipieren würde. Aufklärung über Gleichheit und Freiheit würde die Herrschenden auf ihre Normen verpflichten und den Unterdrückten zur Mündigkeit verhelfen. Mit der historischen Entwicklung des Kapitalismus ist jedoch diese herrschaftskritische Strategie obsolet geworden. Denn mit der Zirkulationssphäre werden auch die Normen der Gleichheit und Freiheit beseitigt; und zwar in der Weise, daß sie als realisiert gelten in der Homogenität eines Volkes. Ebenso wird der freie Unternehmer und autonome Marktteilnehmer beseitigt. Und schließlich wird auch die autonome Kultur durch die Kulturindustrie unterworfen und damit selbst zu einem Moment der Kapitalverwertung.

Mit diesen Formveränderungen des Kapitalismus kommt es, Adorno und Horkheimer zufolge, zu einer nachhaltigen Veränderung der Subjektstruktur der Individuen und ihres Bewußtseins, die sie allererst für autoritäre Massenbewegungen disponibel macht. Die Individuen erfahren den intropsychischen Konflikt zwischen Triebleben und gesellschaftlichen Instanzen nicht mehr in der Weise, daß sie, am Vater orientiert, ein starkes Ich entwickeln, das sich in einem langen Bildungsprozeß der Gesellschaft und ihrer Kultur bemächtigt und autonom und mündig darüber verfügen würde. Vielmehr verkümmert die Ich-Instanz. Das Bewußtsein ist nicht mehr fähig, den Gehalt dessen, womit es sich beschäftigt, verbindlich zu begreifen. Von der Seite der Kulturindustrie werden die Produkte nach ihrem Effekt auf dieses schwache Subjekt hin kalkuliert. Das Subjekt verfügt also über eine Vielzahl von kulturellen Bruchstücken, die es nicht mehr in der Lage ist, zu beherrschen, und die für seine Weltsicht keine Verbindlichkeit haben: Schlager und Beethovensymphonie sind alles eins. Statt selbst autonom sich einen Begriff von seinen Lebensverhältnissen zu machen, hantiert es mit ideologischen Versatzstücken und reagiert nur noch auf die nach Käufergruppen differenzierten Konsumangebote der Kulturindustrie. Die Subjekte sind in der Weise indirekt steuerbar geworden, daß Herrschaft sich auch auf die gleichsam transzendentalen Begriffe noch ausgedehnt hat, nach denen sie ihre soziale Wirklichkeit sehen. An dieses historische Apriori des Bewußtseins aber reicht normale Aufklärung, die auf die bewußte Einsicht der Individuen geht, nicht mehr heran.

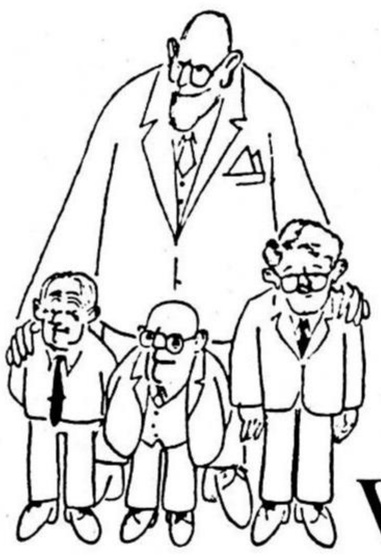
Mit solchen Überlegungen zur ideologischen Herrschaft dementieren Adorno und Horkheimer unverkennbar den Begriff des Vorurteils, den sie über die größte Institutsstudie über Antisemitismus gestellt haben. In dieser Studie geht es nun vor allem darum, empirisch zu zeigen, daß die Wahl von Ideologien angesichts dieser Formveränderungen von sozialer Herrschaft nicht in der freien und bewußten Entscheidung der Individuen liegt, wie es die bewußtseinsphilosophische Tradition und die Aufklärung nahelegt, sondern vielmehr psychische Dynamiken das Individuum für bestimmte Ideologeme disponieren. Die Individuen sind durch einen Charakter bestimmt, der ein dynamisches Kräftefeld und ein Reaktionspotential darstellt und das Verhalten des Individuums situationsübergreifend bestimmt, jedoch in vielen Situation gar nicht unbedingt zutage treten muß. Dies führt zu einer weiteren und politisch relevanten Überlegung. Das autoritär strukturierte Individuum ist machtkonform. Diese Machtkonformität ist von einer autoritären Gesellschaft ausnutzbar. Für eine demokratische Gesellschaft bedeutet dies, daß sie ihre Macht demonstrieren muß, um die autoritär disponierten Personen zur Konformität zu verhalten.

Das daraus sich ergebende Paradox ist unübersehbar: daß nämlich eine demokratische Gesellschaft autoritär sein muß, um die autoritäre Dynamik unter Kontrolle zu halten. Der Preis dafür ist hoch, insofern eben die demokratische Gesellschaft nicht wirklich demokratisch und vom autoritären Potential ständig bedroht ist. Gerade dieses Problem ist auch gegenwärtig von großer Brisanz, insofern in vielen Hinsichten zu entscheiden ist, wie mit rechtsextremen Gewalttätern und Neonazis auf demokratische Weise umzugehen ist: Soll mit ihnen diskutiert werden und wo verläuft die Grenze? Soll mit ihnen zusammen gearbeitet werden und bringt das etwas? Die Skepsis ist oft sehr groß, gerade unter Linken, die der Ansicht sind, daß die Nazis sich ohnehin von ihrer rassistischen Gewalt nicht abbringen lassen werden. Die Arbeiten von Adorno und Horkheimer geben keine eindeutigen strategischen Antworten, sondern eher den Hinweis, kein Mittel unversucht zu lassen – auch das der Aufklärung, selbst wenn man weiß, daß es von nur geringer Wirkung ist. Dabei geht es gar nicht einmal vorrangig um die, die schon Nazis sind, sondern mehr noch um die anderen, die noch keine Sympathie für eine autoritäre Ideologie zeigen, sich aber möglicherweise dem Druck nicht wirklich entziehen können. Neben einer Vielzahl solcher Hinweise gibt es aber eine heute leider nicht mehr so sehr geschätzte Antwort von grundsätzlicher Bedeutung: Das Problem der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus löst sich erst mit gesellschaftlichen Verhältnissen, die den Individuen wirklich das Ihre zukom-

men lassen, in denen sie glücklich leben können und sich nicht zwanghaft einer von ihren individuellen Zielen getrennten Allgemeinheit unterwerfen müssen, die sie in die Pflicht nimmt, der sie sich opfern, der sie dienen sollen.

Auch wenn vieles an diesen hier nur gerafft wiedergegebenen Gedankengängen heute tatsächlich nicht mehr überzeugt, so ist die Systematik der Überlegungen und das hohe Niveau der Gesellschaftskritik beeindruckend. Wie so oft in der Wissenschaftsgeschichte führt aber gerade die Stärke der Theorie bei den Epigonen schließlich zu einer epistemologischen Sturheit und Selbstüberzeugtheit, die anderen Ansätzen nicht mehr mit den minimalen Fairneßgeboten wissenschaftlicher Argumentation begegnen läßt, sondern – soll man sagen: autoritär fixiert – nur noch denunzieren kann und dabei Innovationen und Versuche, aus Sackgassen herauszuführen, schlicht nicht zur Kenntnis nimmt. Dies gilt insbesondere für Ansätze, die dem Phänomen des Neorassismus nachspüren. Sie zielen auf interne Veränderungen der rechtsextremen Ideologie und rassistischer Alltagsdeutungen. Doch vor allem sind sie der Versuch, einen neuen und diskurstheoretischen Ideologiebegriff zu entwickeln, der versucht, eine enorme politische Dummheit zu vermeiden, zu der die Kritische Theorie, bei aller Feinsinnigkeit ihrer Argumentation, die Grundlage gelegt hat. Unverkennbar ist der charakterologische Reduktionismus in der Bestimmung der Ideologien und Verhaltensmuster durch ein bestimmtes Charakterpotential. Bestimmte Phänomene beurteilend, kommt der Gesellschaftskritiker schnell zum Ergebnis, vor sich einen kleinbürgerlichen und autoritären Charakter zu haben. Eine einzelne Äußerung, ein Verhalten werden also sofort zu einer kompletten Charakterdiagnose totalisiert, und plötzlich gilt das gesamte Kleinbürgertum, gelten die BewohnerInnen der früheren DDR oder die Deutschen schlechthin als autoritär. Ein solcher psychologischer Reduktionismus ist aber als Folge der Theorie Adornos kaum zu vermeiden. Demgegenüber rücken neuere Ansätze die symbolischen Prozesse in den Vordergrund, die gesellschaftlich stattfinden und stattfinden müssen, damit Individuen als ethnisch andere und Fremde ausgegrenzt werden können. Dabei wird kein zugrunde liegendes Potential unterstellt, das nur darauf lauert, endlich sich frei entfalten zu können; vielmehr wird davon ausgegangen, daß der symbolische Prozeß die widersprüchlichen Wahrnehmungen der Individuen immer weiter verschiebt hin zu einem Code, der die Welt in ethnische Sicherheit und bedrohliche Fremdheit trennt. Auf diese Weise kann eine wichtige ideologietheoretische Einsicht der Kritischen Theorie, daß nämlich Ideologien an den grundlegenden Begriffen der Wahrnehmung ansetzen, bewahrt werden, ohne die fatalen Folgen zu teilen, die darin liegen, daß die Menschen total manipuliert sein sollen. Denn tatsächlich werden in den diskursiven Verhältnissen einer Gesellschaft ihre Widersprüche ausgetragen – oder anders, es gibt dort sehr unterschiedliche und gegensätzliche Begriffe, die ihrerseits in einem hegemonialen Verhältnis zueinander stehen. ●

Alex Demirovic ist Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung.



Skoteinos oder was über Adorno zu lesen ist

Die Texte Adornos, zumal die beiden umfangreichen Werke *Negative Dialektik* und *Ästhetische Theorie*, sind ohne eine eingehende Kenntnis des sogenannten klassischen deutschen Idealismus kaum zu verstehen. Dennoch müssen Nichtphilosophen nicht auf die Lektüre dieser Texte verzichten, wenn sie bereit sind, einen Umweg zu gehen und sich zunächst über Kant und Hegel in einigen Grundzügen zu informieren. Zum einen kann als die beste Einführung in das Denken Adornos die Vorlesung zur Einführung in die Philosophie herangezogen werden, die Adorno in den sechziger Jahren gehalten hat und unter dem Titel *Philosophische Terminologie. Zur Einleitung,* Frankfurt 1973 und 1974, Suhrkamp Verlag (zwei Bände, insgesamt ca. 500 Seiten) veröffentlicht wurden. Hier werden nicht nur die klassischen philosophischen Richtungen von Empirismus, Rationalismus, Idealismus und Materialismus vorgestellt, sondern in einer leicht zugänglichen Sprache einige wichtige Topoi von Adornos Denken selbst erläutert. Eine grundlegende und instruktive Einführung in die Philosophie des klassischen deutschen Idealismus sowie in die Philosophie zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, auf die sich Adorno immer wieder implizit bezieht, kann man bei Max Horkheimer finden: *Vorlesung über die Geschichte der deutschen idealistischen Philosophie* und *Einführung in die Philosophie der Gegenwart,* in: *Gesammelte Schriften*, Band 10, Frankfurt 1990, Fischer Verlag (ca. 400 Seiten). Mehr der Geschichte des Instituts für Sozialforschung widmen sich die beiden klassischen Bücher: Martin Jay, *Dialektische Phantasie,* Frankfurt 1976, Fischer Verlag und Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule,* München 1986, Carl Hanser Verlag. Biographisch liegt bisher über Adorno (wie übrigens auch über Horkheimer) kaum Brauchbares vor. Besonders wenig empfehlenswert ist: Hartmut Scheible: *Theodor W. Adorno*, rororo Bildmonographien (157 Seiten). Er widmet sich fast ausschließlich dem frühen Adorno und wird zunehmend unsachlich-polemisch beim späten. Interessanter, weil gegenüber Martin Jay auch Neues enthaltend, ist: Gerhard P. Knapp, *Theodor W. Adorno*, Berlin 1980, Colloquium-Verlag. Eine umfangreiche Einführung hat Reinhard Karger, *Herrschaft und Versöhnung, Einführung in das Denken Adornos,* Frankfurt 1988, Campus-Verlag (293 Seiten) vorgelegt. An kürzeren Einführungen in Adornos Werk liegen vor: Rolf Wiggershaus, *Theodor W. Adorno,* und Willem van Reijen, *Adorno zur Einführung,* Junius-Verlag. Im letzteren ist besonders die kommentierte Auswahlbibliographie von René Görzen interessant. Eine ausführliche Bibliographie, allerdings nur bis 1983, findet sich in Habermas/Friedeburg, *Adorno-Konferenz*.

In diesen Bibliographien kann man sich eingehend über weiterführende Literatur unterrichten. Auf zwei Bücher sei hier jedoch noch verwiesen, in denen sich die beiden Gesprächspartner der *links (siehe S. 27ff:)* aus ihrer jeweiligen Perspektive unter anderem mit Adorno eingehend beschäftigen:

Axel Honneth, *Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer Kritischen Gesellschaftstheorie*, Frankfurt 1985, Suhrkamp-Verlag.
Hans-Ernst Schiller, *An unsichtbarer Kette. Stationen Kritischer Theorie*, Lüneburg 1993, Dietrich zu Klampen Verlag.

UWE FAHR

„Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur um so tiefer in den Naturzwang hinein. So ist die Bahn der europäischen Zivilisation verlaufen." (DdA 35)

CHRISTOPH GÖRG

Kritik der Naturbeherrschung

Nicht nur für konservative Geister gilt schon lange als ausgemacht: die 'ökologische Frage' bedeutet das Ende der Emanzipationsgeschichte des Menschen. Einpassung in natürliche Reproduktionszwänge der Gattung lautet heute die Parole. Gegen diese Botschaft steht eines der zentralen Werke der Kritischen Theorie, die 'Dialektik der Aufklärung' von Horkheimer und Adorno. Dieses Buch wird oft als Ausdruck eines geschichtsphilosophischen Pessimismus interpretiert. Doch es enthält, wenn auch verschlüsselt, die Umrisse eines anderen Emanzipationsmodells, für das die Kritik der Naturbeherrschung zentral ist.

Schon lange, bevor im symbolträchtigen Jahr 1989 der Sozialismusbegriff in den versammelten Feuilletons der Republik zur Ausschlachtung freigegeben wurde, waren die Vertreter der Kritischen Theorie davon überzeugt, daß „die Interpretation nicht zu(langte), die den praktischen Übergang verhieß" (Adorno, Negative Dialektik). Nicht nur die Schwäche der organisierten Arbeiterbewegung, nicht nur der vermeintliche oder tatsächliche Verrat einiger ihrer Führer oder der sozialdemokratischen Parteien habe das Ausbleiben gesamtgesellschaftlicher Transformationen verschuldet. Die Theorie selbst, die der revolutionären Überwindung des Kapitalismus den Weg weisen sollte, sei unzureichend gewesen und sei mitverantwortlich geworden dafür, daß aus dem angestrebten »Verein freier Menschen« die realsozialistische Perversion geworden sei. Die Revision der theoretischen Grundlagen der Veränderung war durch die Erfahrung des Nationalsozialismus und der Praxis der Massenvernichtung motiviert, ihr zenraler Gegenstand aber war das totalisierende Modell der Naturbeherrschung.

Bis zu diesem Zeitpunkt konnte die marxistische Geschichtsinterpretation offensiv oder stillschweigend davon ausgehen, auf der Seite des sozialen Fortschritts zu stehen, eine objektive Tendenz des Geschichtsprozesses zum Ausdruck zu bringen, die von der Partei entweder direkt (und oft wörtlich) „exekutiert", oder indirekt über Reformen verwirklicht werden sollte. Es war dieser „Konformismus", nämlich die Ideologie, die Arbeiterschaft „schwimme mit dem Strom" und der technische Fortschritt sei „das Gefälle des Stroms", den zuerst Walter Benjamin in seinen Thesen »Über den Begriff der Geschichte« kritisiert hatte. Schon er machte diesen 'Vulgärmarxismus' für einen *emanzipa-tionsfeindlichen Geschichts-* wie für einen *naturfeindlichen Emanzipationsbegriff* verantwortlich: weil er den revolutionären Sprung in der Geschichte nicht mehr kenne, könne er ein Ende der Ausbeutung des Proletariats nur noch als erhöhte Ausbeutung der Natur denken. Daran schließen Adorno und Horkheimer in der 'Dialektik der Aufklärung' an und erweitern sie dahingehend, daß das bisherige Zivilisationsmodell überhaupt die Bedingungen des Umschlags des Zivilisationsprozesses mit sich führe, der im Nationalsozialismus sich ereignet hat.

Als diese Bedingungen identifizieren die Autoren einen zerstörerischen Zusammenhang von *Naturbeherrschung, sozialer Herrschaft und Herrschaft im Subjekt.* Diese Konstellation erzwingt jedoch auch eine Überprüfung und weitgehende Revision der Idee des sozialen Fortschritts und der Emanzipation überhaupt. Auch wenn für diese Reflexion der Naturbezug der Gesellschaft absolut zentral ist, dann in einer von den heutigen Debatten um die ökologische Krise doch sehr verschiedenen Form. Bevor deshalb der Aktualitätsbezug deutlich gemacht werden kann, muß zunächst der Gehalt der Reflexion des Fortschrittsbegriffs untersucht werden. Hier sieht sich jede Interpretation mit einer weitreichenden Kritik konfrontiert, nämlich mit der die Gesamtargumentation in Frage stellende Vermutung, die DdA sei prinzipiell nicht in der Lage, ihr erklärtes Ziel einzulösen, einen positiven Begriff der Aufklärung (vgl. DdA 21) und insofern ein neues, nicht herrschaftlich verzerrtes Modell menschlicher Emanzipation vorzubereiten. Und zwar nicht, weil dieser positive Begriff von Horkheimer und Adorno selbst noch zu wenig ausgeführt worden wäre, sondern weil er wegen prinzipieller Schwächen der Theorie nicht ausführbar sei. Die DdA beschreibe, so lautet die These, einen *linearen und alternativlosen Verfallsprozeß*, der den Menschen im Sinne eines Schicksal widerfährt. Sie sei nicht in der Lage, dagegen ein kritisches, auf Veränderung zielendes Verständnis des geschichtlichen Prozesses zu entwickeln.

Inhaltlich wird dieser Vorwurf auf die Diagnose eines »herrschaftssoziologischen Fehlschlusses« zugespitzt. Mit diesem Einwand, der in ähnlicher Weise in den Kritiken von Jürgen Habermas und Axel Honneth ausgeführt wurde, wird der Zusammenhang von Naturbeherrschung, sozialer Herrschaft und Herrschaft im Subjekt angesprochen. Dabei wird die Behauptung aufgestellt, der in der DdA verwendete Herrschaftsbegriff sei nach dem Modell der Herrschaft über Natur gebildet, und soziale Herrschaft sei, wie auch die Herrschaft im Subjekt, nichts weiter „als eine Art innergesellschaftliche Verlänge-

rung der menschlichen Herrschaft über Natur" (A.Honneth, Kritik der Macht, S.63). Der ursprüngliche Akt der Unterwerfung der Natur unter ein technisch-instrumentelles Handlungsmuster im Dienste der Selbsterhaltung sei das originäre Muster von Herrschaft, das sich nicht nur in soziale Prozesse hinein verlängert, sondern letztlich auch zur Zerstörung eben desjenigen Selbst führt, von dem der Prozeß seinen Ausgang genommen hat: „Der Fluch des unaufhaltsamen Fortschritts (der Naturbeherrschung, C.G.) ist die unaufhaltsame Regression." (DdA 59).

Nun gibt es in der Tat Unklarheiten darüber, was denn in der DdA als das grundlegende Moment aufgefaßt wird: soziale (Klassen- oder Geschlechter-) Herrschaft oder technisch-instrumentelle Naturbeherrschung. Am Text allein läßt sich diese Frage nicht entscheiden, weil sich für beide Interpretationen Belege finden lassen. Aus dem Argumentationsgang im Ganzen läßt sich jedoch belegen, daß der Zusammenhang der drei Momente nicht aufgelößt werden darf: Erst in ihrem Bezug auf die jeweils anderen Motive erhalten die einzelnen Momente ihren je spezifischen Zuschnitt. Soziale Herrschaft, die in die Strukturen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in das hierarchisch organisierte Geschlechterverhältnis, in das Mit- und Gegeneinander von Ökonomie und Politik eingegangen ist, ist genauso wie die repressiv organisierte Psyche vermittelt mit der Struktur der herrschaftlich verfaßten Naturaneignung, wie sie vor allem in (Natur-) Wissenschaft und Technik angelegt ist. Auf der anderen Seite ist Naturbeherrschung aber das übergreifende Moment, nicht im Sinne einer zeitlichen oder kausalen Priorität, auch nicht im Sinne eines schon mit jeglicher Selbsterhaltung gegenüber Natur unmittelbar identischen Ur-Musters von Herrschaft, wohl aber als das auch in den anderen Momenten enthaltene und die spezifische Brisanz der historischen Konstellation auszeichnende Merkmal. Wie ist eine solche Konstruktion zu denken? Und was bedeutet sie für die heutige Zeit?

Daß der Einwand des 'herrschaftssoziologischen Fehlschlusses' nicht zwingend ist, läßt sich an einer Stelle zeigen, die auf den ersten Blick als ein Beleg für diese Kritik verstanden werden kann: „Das Wesen der Aufklärung ist die Alternative, deren Unausweichlichkeit die der Herrschaft ist. Die Menschen hatten immer zu wählen zwischen ihrer Unterwerfung unter Natur oder der Natur unter das Selbst." (DdA 55) Alles hängt in der Interpretation nun davon ab, wie genau die 'Alternative' zu verstehen ist, 'deren Unausweichlichkeit die der Herrschaft' ist: Bezeichnet sie den Grund dafür, daß es Herrschaft gibt? Müssen die Menschen demnach wählen zwischen der *Herrschaft über* oder *der Unterwerfung unter Natur*? Wäre diese Interpretation zwingend, dann ist Herrschaft in dem Augenblick unausweichlich, in dem die Menschheit ihre Eingebundenheit in Natur zu überwinden versucht hat und sich als von Natur auch *verschiedene* ihr gegenüber und ihr z.T. entgegengesetzt entwickelt. Herrschaft mit all ihren sozialen und subjektiven Erscheinungsformen wäre damit ursprünglich mit dem Prozeß der Unterscheidung von Natur verknüpft, d.h. mit der Selbsterhaltung in und gegenüber Natur identisch.

Eine andere Bedeutung erschließt sich, wird die 'Unausweichlichkeit' als eine verstanden, die sich nicht aus der ursprünglichen

JÜRGEN ROTH

Lallsack Gehlen

Einmal irrte die *FAZ* doch. Als sich Adorno nämlich gegen alle gutgemeinten Ratschläge circa 1968 ins Studio des Hessischen Rundfunks begeben hatte, um zwar nicht mit seinem kapitalsten, dafür aber widerwärtigsten und mächtigst von den Herrschenden hofierten Gegner in Sozio- und Anthropologie über „Freiheit und Institution" zu disputieren, staunte das Publikum an den Schirmen nicht schlecht. Und die alte bescheidene Tante *FAZ* hernach noch ausgelassener, fünfundzwanzig Jahre ununterbrochen lang, bis sie endlich zum Jubiläum des Telegroßevents ihrem zähen Grübeln Luft verschaffen konnte und also spontan titelte: *Adorno – Gehlen 5 : 3.*

Wie kam der überraschende, auch in dieser Höhe verdiente Sieg zustande? Zwar hatte mit einem torreichen Spiel niemand gerechnet, doch, wie gesagt, es fielen Treffer hüben wie drüben, nach schleppendem Beginn, der vom bräsigen Kauderwelsch dieses gemischten Ekels aus Marinerichter, Versicherungsagent und Kathederkläffer geprägt (manche sagen noch heute: versaut, verdunkelt) wurde. Da hieß es: Auf der Hut sein!, und Adorno tat gut daran, allen Attacken des ihm gegenüber mit Schnäuzer in den Studiosessel hineingeschlängelten Entlastungstheoretikers (*„Die Frage der Ethik würde ich vielleicht noch etwas hintergründiger einführen", denn „Es gibt wirklich auch – Herr Adorno – Kritik, die zerstören will – will."*) mit milder Miene zunächst nur zu begegnen, ja den Soziologensack von der TH Aachen geradezu ins Leere hineinpalavern zu lassen, bis er über einen zu weit vorgelegten Satz in der 18. Minute schließlich auch zu straucheln begann und wie folgt von Adorno getunnelt wurde:

Gehlen: *Nennen Sie den jungen Studenten, nicht wahr, der diese, diese heute so häufige – äh – Bindungsangst – nicht wahr – vor dem andern Geschlecht nun endlich überwindet und sich nun sein Nest baut in einer Frühehe – nennen Sie den autoritätsbedürftig?*

Adorno: *Ich möchte nicht gerne in den Geruch der Inhumanität kommen, aber trotzdem, Herr Gehlen, ist es mir bei diesen Studentenehen nicht sehr behaglich.*

Schon war die komfortable Führung verspielt, für Gehlen beinahe alles aus und verloren, denn so geht das, dachte Adorno in sich hinein, den autoritären Charakter nur lange genug seine Gespinste daher- und herumquallen lassen, und schon zeigt das Syndrom sich, das alle Begriffslosigkeit wie unter manischem Zwang begleitet: kleffen, bellen, kratzen, Bein heben und in die Gegend urinieren, um schließlich gebeugten Blickes in Erwartung der Strafe des Herrn den Schwanz in Falten zu legen. Ach, aber dann bekroch ihn überraschend die Einsicht, daß ein Kantersieg der Sache abträglich werden könnte, und Adorno gab lächelnd sich selber zu, daß ein Törchen kurz vor Schluß das Kind mit raumgreifenden Erzählungen über ein beinahe einmal doch noch herumgerissenes Match nach Hause begleite, und so erzählte Professor Gehlen noch Jahre später, wie er dem Frankfurter einmal knapp mit *4 : 5* unterlegen war, an den Pforten zum Finale mit einer frei zitierten Passage aus „Der Mensch" sogar den Ausgleich noch hätte erzielen können, doch da war die Show schon längst aus und Adorno heimgegangen, zu vorgerückter Stunde zweifelnd, ob solche Spiele der Idee ungeschmälerter Erfahrung überhaupt wohlgesonnen seien – desgleichen das ihm naturgemäß beigesellte (hieß es: beigestellte?) Gequatsche.

Weil es also sehr spät war, schmunzelte er nur rasch noch einen wie verglühend kurzen Moment lang über den flugs herbeigeeilten Gedanken, was in fortgeschrittenen Jahren über ein derart großes TV-Ereignis, in dessen Verlauf er als nicht schlecht Beteiligter sich erwiesen hatte, wohl einmal so geschrieben werde. ●

Differenz von Natur, sondern aus der Struktur der Herrschaft selbst ergibt. Soziale Herrschaftsverhältnisse, die sich in Gestalt einer Zwangsgesetzlichkeit, der Marxschen 'Vorgeschichte' etabliert haben, haben damit auch eine scheinbare 'Unausweichlichkeit' geschaffen, dies es zu durchschauen gilt, soll ihre Verewigung verhindert werden. Diese Unausweichlichkeit ist im Subjekt, im Selbst als dem identischen, zweckgerichteten, männlichen (Zwangs-) Charakater (vgl. DdA 56), verankert und läßt (als solche) nur zwei komplementäre Denkformen zu: Die Alter-native zwischen einer immer perfekteren Herrschaft über die Natur – oder die drohende Regression in der Unterwerfung unter die Natur. Die *Alternative selbst* ist also »die der Herrschaft«: Solange sich Denken dieser strukturell verankerten Alternative beugt, bleibt es noch im Rahmen des Naturzwangs, gelingt es ihm eben noch nicht, in der Differenz von Natur sich frei zu entfalten und trägt gleichzeitig zur Verfestigung von Herrschaft bei.

Nach dieser Interpretation ist also nicht schon mit der Selbsterhaltung in der Natur der Zwangsmechanismus gegeben, der den Gang der Zivilisation bisher geprägt hat. Es ist eine bestimmte soziale Form, die die Selbsterhaltung angenommen hat – nämlich eben eine herrschaftlich organisierte, eine durch patriarchalische Strukturen und soziale Privilegien geprägte Selbsterhaltung – und die es bislang verhindert hat, daß die mögliche Differenz zur Natur, zum Zwangsmechanismus, der noch bloße Natur bleibt, sich nicht entfalten konnte. Allerdings verweist die DdA darauf, daß diese soziale Herrschaft eben im engen Zusammenhang steht mit den grundlegenden Prozessen der Naturbeherrschung, dem identifizierenden Denken und der Dominanz technisch-instrumenteller Naturverhältnisse. Insofern gibt es in der Tat ein Entsprechungsverhältnis von Naturbeherrschung und sozialer Herrschaft, die zudem im Subjekt selbst sich niederschlägt. Zwischen diesen Momenten besteht jedoch *kein einfaches Ableitungsverhältnis:* Soziale Herrschaft ist nicht lediglich die Verlängerung von Herrschaft über die Natur. Aber die Naturbeherrschung, die sich letztlich in der Struktur des identifizierenden Denkens niederschlägt, hat zu ihrer Voraussetzung ebenso soziale Herrschaftsverhältnisse: „Die Distanz des Subjekts zum Objekt, Voraussetzung der Abstraktion, gründet in der Distanz zur Sache, die der Herr durch den Beherrschten gewinnt." (DdA 36). *Soziale Herrschaft ist also eine notwendige Voraussetzung begrifflicher Abstraktion,* die wiederum das Grundmuster der Naturbeherrschung bereitstellt.

Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß mit dem Begriff der 'Dialektik der Aufklärung' kein schicksalhafter Verfallsprozeß, sondern eine *historisch evolutionäre Konstellation dreier Momente* bezeichnet ist. Nicht ein ursprünglicher Sündenfall, der mit der Selbsterhaltung des Menschen in und gegen die Natura verbundene Akt der Beherrschung der Natur, sondern das Ineinandergreifen dreier, sich wechselseitig bedingender Momente des Geschichtsprozesses wird von Horkheimer und Adorno in der Absicht dargestellt, durch die Einsicht in diesen Zusammenhang dessen scheinbare Alternativlosigkeit zu brechen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen nicht kausale oder genetische Ursprünge benannt, wohl aber Strukturgleichheiten zwischen den drei Momenten aufgedeckt werden, die sich auf den Begriff der Naturbeherrschung bringen lassen.

Was bedeutet dies nun für die heutige Diskussion um die ökologische Krise? Zwei Anschlußstellen sind wichtig: das Naturverhältnis selbst und die Struktur der „falschen Alternative". Für die DdA ist die Spannung zwischen einem negativen, deskriptiv gewendeten und einem positiven, normativ gebrauchten Naturbegriff zentral. Natur im ersten, im negativen Sinne ist der *Naturzwang,* das bloße Überleben in der Natur, daß dem 'Fressen und Gefressenwerden' als ihrem Gesetz ausgeliefert bleibt (also keineswegs harmonische ökologische Kreisläufe unterstellt). Dem steht ein positiver Naturbegriff gegenüber, der die lebendigen Impulse, die *unreduzierte Mannigfaltigkeit* des natürlichen Geschehens meint. Beide werden im *Begriff der Naturgeschichte* dialektisch aufeinander bezogen. Dieser Begriff, der das Denken Adornos von den 30er bis zu den 60er Jahren geprägt hat, schließt einerseits an den Marxschen Begriff der »zweiten Natur« an, der das quasi-naturhafte Sein des Geschichtsprozesses, den verselbständigten Charakter sozialer Institutionen kritisiert. Andererseits will Adorno aber auch die geläufige Antithese von Geschichte und Natur dahingehend überwinden, daß auch Natur nicht als ontologische Sphäre eigener Art der Geschichte abstrakt gegenübergestellt wird: Natur hat im doppelten Sinn ihre Geschichte – sie wird durch Vergesellschaftung historisch je spezifisch konstitutiert, und sie ist ein sich selbst organisierendes (heute würde man sagen: autopoietisches) Geschehen. Dieser Aspekt wird aber vom naturbeherrschenden Denken abstrakt negiert.

Der Begriff der Naturgeschichte gibt jeder vernünftigen gesellschaftlichen Entwicklung, die den Rahmen der Vorgeschichte verlassen will, einen Maßstab gelingender Emanzipation vor, bei der die Emanzipation *von* der Natur mit der Emanzipation *der* Natur verschränkt ist. Die Emanzipation des Menschen im Sinne eines Herauslösens aus dem bloßen Naturzwang, der sich in die Naturgeschichte hinein verlängert, kann nicht gelingen im Rahmen einer Selbsterhaltung, die Natur zum bloßen Material entqualifiziert. Eine solche Selbsterhaltung dementiert sich selbst und bleibt im Naturzwang. Schon hier gilt aber auch: nicht die bloße Differenz zur Natur (»den Naturzwang zu brechen«), sondern erst eine ganz bestimmte Weise, dies zu tun (»indem Natur gebrochen wird«), führt wieder in den Naturzwang zurück. Eine Alternative ist also denkbar, die Entwicklung kein Schicksal. Der Grund für dieses Fehlschlagen bloßer Selbsterhaltung liegt damit auch nicht in der Naturbeherrschung, in der Entqualifizierung des Naturmoments allein, sondern vielmehr darin, daß sich Naturbeherrschung in sozialen Herrschaftsverhältnissen, in Patriarchat und Klassenherrschaft niedergeschlagen hat und damit das Subjekt selbst in spezifischer Weise prägt. Es geht mit dem normativen Naturbegriff nicht direkt um eine Ersetzung der Naturbeherrschung durch eine Bewahrung von Natur, es geht darum, den falschen Versuch, aus dem Naturzwang auszubrechen – nämlich über die »falsche Alternative«, »dadurch, daß Natur gebrochen wird« – kritisch aufzuzeigen.

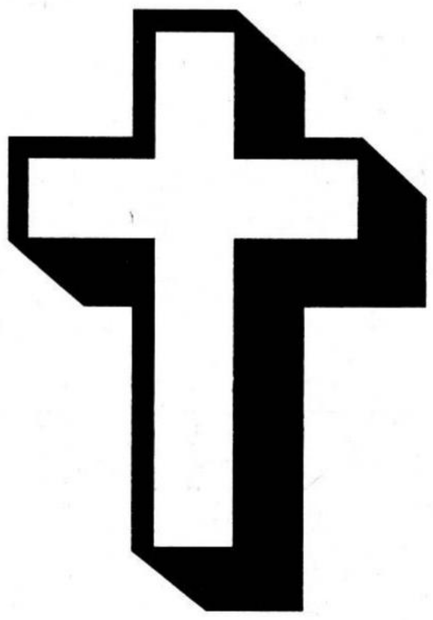
Für das Naturverhältnis ergibt sich damit eine Verschiebung der kritischen wie der normativen Perspektive, an der sich auch die Relevanz der DdA für die Diskussion der ökologischen Krise aufzeigen läßt. Ohne Mühe läßt sich nämlich die 'falsche Alternative' auf die Frage beziehen, welche Konsequenzen aus der ökologischen Krise zu ziehen seien: Muß die Einbindung des Menschen in Natur zum Maßstab einer Überwindung dieser Krise gemacht werden? Geht es also um ein 'naturgemäßeres Leben', was immer das genauer heißen mag? Oder sind allein die technischen Möglichkeiten einer Konstruktion der Natur zu beachten? Liegt also die Lösung in einer »Effizienzrevolution«, einer technisch perfekteren Energieausbeutung beispielsweise? Diese Alternative läßt sich als Gegensatz von *Naturalismus* und *Technizismus* (oder Produktivismus) darstellen und mit der DdA als Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen interpretieren.

Da es nicht 'die Natur' gibt, unter die sich die Menschheit unterordnen könnte (denn eine jede Natur ist auch ihr Produkt) und da rein wissenschaftlich-technische Lösungen ökologischer Probleme an den sozialen Verhältnissen ihrer Umsetzung scheitern, ist offenkundig, daß beide Pole ineinander übergehen. Genau dies meint die in der DdA benannte „falsche Alternative": Unterwerfung unter Natur ist, weil bewußte Entscheidung, keine Natur mehr; Unterwerfung der Natur bleibt dagegen der bloßen Selbsterhaltung in der Natur verhaftet, schöpft die genuin sozialen Gestaltungsmöglichkeiten im Naturverhältnis noch gar nicht aus! Zur *unausweichlichen* Alternative wird diese Alternative also nicht im Naturerhältnis allein, sondern erst in sozialen Auseinandersetzungen, in denen der Hinweis auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen mit dem Hinweis abgetan wird, die Mechanismen gesellschaftlicher Entwicklung ständen nicht zur Disposition. Die »Unausweichlichkeit« der Alternative ist also auch heute

»eine der Herrschaft«: an ihr kommt der herrschaftlich verkürzte Zugang zum Verständnis der Krise der Naturverhältnisse zum Ausdruck.

Ein 'Eingedenken der Natur im Subjekt' (DdA 64), das aus diesem Zirkel ausbrechen will, kann sich Natur nicht als unvermittelte zum Maßstab machen, also die Gesellschaft gemäß ökologischen Gesetzmäßigkeiten einrichten wollen, sondern muß den Mechanismus der Herrschaft aufdecken: „Die Herrschaft bis ins Denken hinein als unversöhnte Natur zu erkennen aber vermöchte jene Notwendigkeit zu lockern ...“ (ebenda). Die Notwendigkeit, von der die Autoren hier sprechen, ist zunächst das Marxsche 'Reich der Notwendigkeit', die Sphäre des Stoffwechsels mit der Natur. Der Sinn des Zitats liegt nicht darin, die Aneignung der Natur in Frage zu stellen, sondern es kritisiert die Hypostasierung der Aneignung zu einem der Gesellschaft unverfügbaren quasi-naturalen Bereich. Die »Freiheit des Menschen in der Gesellschaft beginnt nicht jenseits dieser 'Basis', sondern sie verwirklicht sich gerade in der Gestaltung der Naturaneignung. Jene ist niemals nur natürliche Notwendigkeit, der (selbst natürliche) Zwang zur Anpassung an die Natur, sondern immer soziale, d.h. aber bisher herrschaftlich geprägte Setzung» – und als solche prinzipiell veränderbar. In dieser Wendung kann man die „Utopie“ der DdA erkennen. Das 'Eingedenken der Natur im Subjekt' zielt nicht nur auf die gesellschaftlich vermittelte Natur und ihre mit ihren kulturell-spezifischen Aneignungsformen nichtidentischen Anteile, sie zielt auch auf das Denken selbst, auf Gesellschaft, in der sich Natur gerade als 'Unversöhnte' reproduziert (d.h. als eine solche, die gebrochen, die beherrscht werden soll). Es ist die 'unversöhnte Natur', die sich im Glauben an das Reich der Notwendigkeit ausdrückt, das als natürliches Anpassungsproblem grundsätzlich jeder sozialen Gestaltung enthoben sein soll und gleichzeitig die Furcht vor einem Aufbrechen der nur mühsam und niemals vollständig unterdrückten Natur immer aufs Neue nährt.

Die DdA fordert dazu auf, die historisch spezifische Konstellation der drei Momente der Naturbeherrschung zu untersuchen. Darin liegt auch ihre Aktualität begründet. Sie verfällt damit auch nicht einem weltgeschichtlichen Pessimismus, wie eine verbreitete Deutung will. Wohl aber stellt sie die Frage, wie denn überhaupt die Emanzipation des Menschen zu denken sei, wenn alle bisherigen Ansätze, den Marxschen eingeschlossen, dem Modell der Naturbeherrschung verhaftet bleiben. Die Fortsetzung der kritischen Theorie durch Jürgen Habermas hat diese Frage aus der Theoriebildung systematisch ausgeschlossen bzw. als Nebenproblem rationaler 'Verständigungsverhältnisse' verharmlost. Ein jeder Versuch aber, Emanzipation im Horizont der oben diskutierten Alternative zu bestimmen, bleibt unter den Möglichkeiten sozialer Gestaltung. Die Forderung nach einer Einrichtung der Gesellschaft in scheinbar natürlichen Reproduktionsbedingungen ist selbst noch Ausdruck des Denkens in Kategorien der Naturbeherrschung ist. Dagegen zielt die DdA nicht auf eine Leugnung der Differenz von Natur und Gesellschaft, sondern auf eine Versöhnung durch die Differenz hindurch, auf ein 'Heraustreten aus dem Naturzwang', welches weder durch Beherrschung der Natur, noch durch Unterwerfung unter Natur, sondern erst durch ein Ende der 'falschen Alternative' zu erreichen ist. Die Versöhnung von Natur und Gesellschaft bleibt eine regulative Idee der Kritik. ●

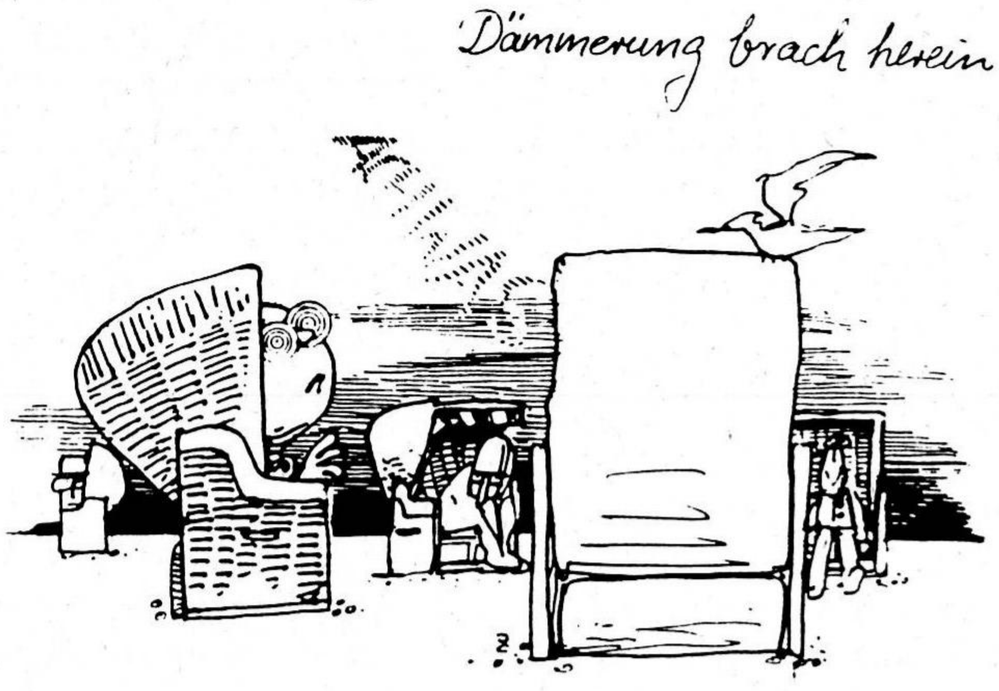


Wir trauern um die

Verhinderung der Aufklärung,

die dem Profit zum Opfer gefallen ist.

An dieser Stelle hätte der Aufsatz von Th. W. Adorno: „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ stehen sollen.
Der Suhrkamp Verlag konnte sich zu einer Nachdruckgenehmigung ohne finanzielle Leistungen unsererseits nicht entschließen.
Wir legen diesen Adorno-Aufsatz wegen seiner ungebrochenen Aktualität unseren LeserInnen trotzdem ans Herz. Er findet sich in dem Band „Eingriffe“. Beschaffungsmöglichkeiten sind unseren LeserInnen bekannt.



JENS WINTER

Umbruch des Objektiven

Zu einer Bedeutung Kritischer Theorie

Fragt man heutzutage nach der Bedeutung Kritischer Theorie, so ist allein durch die Formulierung die Gefahr groß, dem zu verfallen, was Adorno in den „Drei Studien zu Hegel" ablehnend Würdigung nannte. Sie gewähre demjenigen, der das Glück der späteren Geburt hat, den Anspruch, dem Toten seine Stelle zuzuweisen und sich letztendlich über ihn zu stellen. Bedeutung aber ist nicht auf historisches Interesse am Gewesenen zu reduzieren, sondern erklärt sich in erster Linie aus der Konfrontation mit Gegenwärtigem.

Insofern sollte mit philosophischen Motiven Kritischer Theorie und deren Verständnis von Gesellschaft begonnen werden. Gerade den Akzent auf eine Philosophie zu setzen, die in ihrer spezifischen Weise gesellschaftliche Objektivität noch kennt, entbehrt in Anbetracht jüngerer politischer Umbrüche als auch sozialwissenschaftlicher Praxis und deren Versuchen das Gegenwärtige zu fassen, kaum an Aktualität.

Zweifellos, schwere Zeiten deuten sich im Gegenwärtigen an, aber vor allem scheint die Zeit als historischer Prozeß schwer verständlich. Weltordnungen verschwinden, das Ende der Geschichte wird verkündet, und gleichzeitig wachsen Risiken zu Ungeheuern heran, anhand derer Gesellschaft und alles Übel auf der Welt begründet und erklärt werden soll. Auf niedrigerer gesellschaftlicher Ebene werden neue Formen der Arbeitsorganisation neben fortschreitender Individualisierung von Lebensstilen festgestellt. Neue soziale Ungleichheiten zeichneten sich ab, die endgültig nicht mehr auf Kernstrukturen im Marxschen Sinne zurückführbar seien. Nicht nur die Gesellschaft, sondern auch deren Objektivität, falls man davon überhaupt noch zu sprechen wagt, verändere ihre Gestalt. Kein Zweifel, solche Zeiten bieten den besten Nährboden für die Produktion neuer wissenschaftlicher, aber auch politischer Selbstverständnisse, die im besten Fall noch eine harmonischere Reproduktion des Bestehenden anstreben, ein Bestreben, das für Kritische Theorie stets undenkbar war.

Doch sind dies keine originellen oder gar neueren Phänomene. Für institutionalisierte Wissenschaft ist es geradezu typisch, einen radikalen Umbruch des Objektiven oder dessen Nichtexistenz anzunehmen. Gerade im Nachkriegsdeutschland hatten sich die zurückgekehrten Theoretiker der Frankfurter Schule stetig mit einer wissenschaftlichen Hegemonie auseinanderzusetzen, die im Sinne der Restitution einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Wissen konzipierte. So scheint es kaum verwunderlich, daß sie sich verschiedener Wellen erwehren mußten, mit denen von restaurativ-konservativer Seite der beherzte soziologische Versuch unternommen wurde, z.B. das Klassenverhältnis als zentrales strukturbildendes Moment der Vergesellschaftung abzuschaffen. In den fünfziger Jahren prägte Helmut Schelsky diesen Diskurs maßgeblich mit der Einführung des Begriffs der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft". Er glaubte, daß durch die Verwischung der Klassenunterschiede der Klassenbegriff für die Erkenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik bedeutungslos würde. Die damals von ihm angenommene Einebnung der Lebensstile setze andere Anforderungen an Soziologie als das Hantieren mit Klassen und Schichtbegrifflichkeiten, die höchstens noch als „Sprachspiele für ritualisierte Verkehrsformen" von Bedeutung seien.

Eine weitere Welle wogte über die Debatte des 16. Deutschen Soziologentags. Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft lautete die Leitfrage, an der sich insbesondere Adorno und Dahrendorf schieden. Dahrendorf weist in dieser Auseinandersetzung die Relevanz objektiver Strukturen strikt zurück. Lebenschancen der einzelnen Individuen könnten nicht auf diese zurückgeführt werden. Aus dieser Perspektive entwickelt er endlich die Frage, warum der Klassenkampf nicht zentral für moderne Politik blieb und ob es nicht neuartige Interessensgegensätze sozialer Gruppen gäbe, die sich in unserer Gesellschaft entwickeln würden. Diese könnten sich z.B. an einem „Klassenkampf" (!?) zwischen dem Interesse faschistischer und antifaschistischer Organisationen zu erkennen geben.

Begründete Skepsis

Lösen solche wissenschaftliche Positionen in Anbetracht der Funktionalität des universitären Raums einer kapitalistischen Gesellschaft kaum Verwunderung aus, dann müssen Zweifel an deren Wahrheitsgehalt und an dem Wissenschaftsprozeß im Allgemeinen formuliert werden. Spätestens aber die Tatsache, daß, trotz aller Prophezeiung, der Kapitalismus irgendwie und immer wieder im Lauf der Zeit durch Hintertüren in die Diskurse schlüpft, und sich in vielerlei Hinsicht als sehr beständig erweist, müßte eine gewisse Skepsis hervorrufen.

Kritische Theorie hat solche Skepsis eingefordert und begründet. Grundlegend dafür war ihr dialektisches Verständnis von Gesellschaft und deren Objektivität. Für Studierende, für Forschende und auch für direkt praktische politische Arbeit bleibt ihre Relevanz zuerst in einer Philosophie begründet, die einen bestimmten Zugang zum Denken über den Begriff der Gesellschaft eröffnet, der solchen voreiligen Umbrüchen des Objektiven damals wie heute mißtraut.

Kritischer Theorie war es noch selbstverständlich, von einer in sich widersprüchlichen Totalität auszugehen, die in der begrifflichen Vermittlung objektive Prozesse ebensosehr wie einzelne Subjekte aus deren abstrakter Bestimmung herauslöste. Gesellschaft ist ein Vermittlungszusammenhang, dessen Momente, Allgemeinheit und Einzelheit, tagtäglich die Synthese gewährleisten und reproduzieren. Ebenfalls ist deren Dynamik nur in Bezug zu allen Momenten des Begriffs zu ergründen. Gesellschaft kann demnach weder allein von der Einzelheit, vom Subjekt, noch vom System, das, vor welchem Hintergrund auch immer, subjektlos seine Reproduktion anstrebe, erfaßt werden. Doch die geforderte Vermittlung, die sich im Begriff der Gesellschaft vollzieht, ist nun selbst keine abstrakte. Der historisch-gesellschaftliche Prozeß generiert Objektivität. Diese liegt übergreifend (was grundsätzlich nicht determinieren meint) und in gewisser Hinsicht vorgelagert den subjektiven Handlungen, die doch letztlich den Ausgangspunkt für die Reproduktion des Ganzen darstellen, zugrunde. Objektivität ist demnach kein Ding, keine Tatsache, die die Oberfläche ziert und für alle sichtbar zu messen wäre. Sie ist vielmehr das, was den Zusammenhalt und die Gestalt aller gesellschaftlichen Momente in der Bewegung überhaupt ermöglicht. Kurz, sie ist das übergreifende Medium von Gesellschaft. Für Kritische Theorie war das zentrale konstituierende und formierende Prinzip dieser Objektivität noch unzweifelbar in Kernstrukturen kapitalistischer Vergesellschaftung zu suchen. Von dort aus entfaltete sie den Begriff vom Objektiven weiter, dessen fatale Tendenzen für Gesellschaft über die Entwicklung der Institutionen bis zum einzelnen Subjekt unverkennbar seien.

Wird nun in der Vermittlung die Objektivität als dem menschlichen Handeln übergreifend und vorgelagert angenommen, so hat dies für Theorie und Praxis Konsequenzen. So erkannte Adorno zwar die Tatsache der Divergenz von Klassenhandeln, Bewußtsein und Klassenlage an, doch lösten sich Klassen seiner Meinung nach keineswegs in Luft auf. Sie blieben als zentrales Moment des Objektiven erhalten, dessen Analyse von solchen Veränderungen nicht wesentlich tangiert wird.

Für die Analyse bedeutet dies nun im Weiteren, daß sie sich nicht an einzelnen Veränderungen oder an abstrakten Notsituationen orientieren sollte. Vielmehr wäre für sie ein Verständnis vom Ganzen, ein Wissen des objektiven Mediums (dem sich schließlich auch Wissenschaft nicht entziehen kann) Vorbedingung. In ihm artikuliert sich Handeln, und aus ihm lassen sich Veränderungen und Notsituationen erst verstehen. Wird dies übersehen, dann liegt es nahe, von der grundlegenden Widersprüchlichkeit der Gesellschaft abzusehen.

Heutzutage ist an Politik, die sich als „linke“ kenntlich geben will, kaum noch ein Orientieren an objektiver Widersprüchlichkeit festzustellen. Endete früher solche Bezugnahme häufig in einem dogmatisch reduzierten Verständnis des gesellschaftlichen Prozesses, so wird heute darauf fast gänzlich verzichtet. Auch forciert progressive Wissenschaft immer häufiger das Ende großer Theorien. Formieren sich deren Orientierungen zwar nicht mehr an Restauration, sondern eher an der nackten Überlebensgrundlage, so tauchen doch gerade in ihnen ganz ähnliche Momente des geschilderten Abstrahierens, wenn auch in elaborierter Form und auf neuer Woge, wieder auf. Wen wundert es, daß dabei einmal mehr gesellschaftliche Objektivität kosmetischer Behandlung unterzogen wird.

Zu Risiken und Nebenwirkungen...

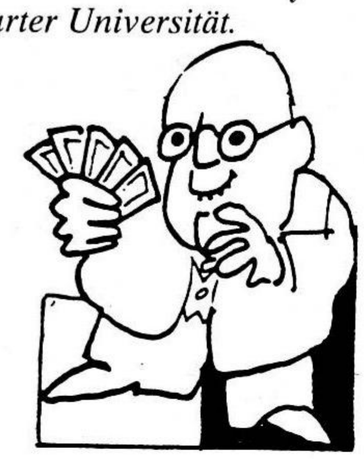
Exemplarisch hierfür ist Ulrich Becks Risikogesellschaft. Sie ist heute in aller Munde und stellt zweifellos eine der interessantesten Hypothesen zur Frage nach neuen sozialen Ungleichheiten dar. Becks Kontrastfolie, an der er das Neue der Gesellschaft verdeutlichen will, ist nämlich gerade die Klassenstruktur. Doch deute die gesellschaftliche Entwicklung eine Tendenz an, in der für Vergesellschaftung die Analyse solcher Kernstrukturen immer mehr an Bedeutung verliere. Vielmehr habe die Untersuchung „jenseits von Stand und Klasse“, an der mannigfaltigen Konstellation der durch den zivilisatorischen Prozeß generierten „Risiken“ anzuheben. Diese seien zum zentralen formierenden Prinzip gesellschaftlicher Synthesis herangereift. Sie überlagerten die durch Klassenformationen hervorgerufenen Konflikte und Ungleichheitsstrukturen, weil sie für alle Beteiligten der Weltgesellschaft letztendlich zur gleichermaßen bedrohlichen Realität würden. Insofern trete das Problem der Reichtumsverteilung zugunsten einer Risikoverteilung in den Hintergrund.

Das Interessante an Becks Theorie ist nun gerade, daß Risiken selbst den Anschein des Objektiven annehmen, welche als Formationsprinzip gesellschaftlicher Einheit die Grundlage für einen Ungleichheitsdiskurs auf neuer Ebene abgeben soll. Zweifelloserfaßt Beck in seiner Analyse auch überzeugend zentrale gesellschaftliche Problemlagen auf unterschiedlichen Ebenen. Doch wie und in welchem Zusammenhang entstehen Risiken? Worin hat diese *scheinbare* Objektivität ihren Grund? Der Verweis auf den „zivilisatorischen Prozeß“, in dem Risiken generieren, kann hinsichtlich dieser Frage nur schwer befriedigen. Vielmehr müßte dieser Prozeß selbst Gegenstand der Analyse sein. Dem wird aber von Beck nur beiläufig Rechnung gezollt. So verfestigt sich der Eindruck, als hätten Risiken eine unvermittelte Eigenständigkeit erreicht, deren historische Genese keine Rolle mehr spielt. Risikoreiche Objektivität wie auch der geschichtliche Prozeß im Ganzen laufen dann Gefahr, in abstrakten Bestimmungen zu verharren.

Vielleicht würde man bei dem ernsthaften Versuch deren Grundlagen zu analysieren recht schnell wieder beim Prozeß kapitalistischer Vergesellschaftung angelangen. Innerhalb dieses Diskurses ist dann die Frage zu stellen, welche Deformation das gesellschaftliche Naturverhältnis in Bezug zur inneren und äußeren Natur in der historischen Entwicklung erfahren hat und heute konkret erfährt. Stoßen wir dann nicht wieder auf Problematisierungen, die in der Dialektik der Aufklärung formuliert wurden? Konkret ist dann weiter zu fragen, ob sich nicht erst durch die kapitalistische Entwicklungsdynamik Formen gesellschaftlicher Naturbeherrschung und Zerstörung potenzieren. Und was ist schließlich mit den Menschen, die doch als gesellschaftlich vermittelte in jeder Epoche der handelnde Grund für die Reproduktion und Dynamik des Ganzen sind? All diese Fragen lassen sich mit Hilfe älterer kritischer Theorie formulieren.

Die Relevanz kritischer Theorie läßt sich keineswegs in theoriegeschichtliches Interesse einsperren. In einer Zeit, in der alles ins Ungewisse zu zerfließen scheint und neue Objektivitäten wissenschaftlichen Halt suggerieren, in der Links-Sein alles bedeuten kann und, in der zuguter letzt nicht selten ein positives Ende der Geschichte prophezeit wird, ist der Rekurs auf die Radikalität der Philosophie kritischer Theorie, die ein solches Ende in mehrfacher Hinsicht bezweifelt, von grundlegender Bedeutung. Kritische Theorie stellt nach wie vor eine Philosophie bereit, die mittels ihres dialektischen Zugangs zum Denken über Gesellschaft die Kritik erscheinenden Wissens ermöglicht, das z.B. auf die Eliminierung des Objektiven oder zumindest auf dessen grundlegende und voreilige Veränderung abzielt. Sie läßt sich nicht dazu verleiten, das Unmittelbare, Abstrakte mit dem Wirklichen zu verwechseln, sondern fordert über ein erweitertes Verständnis des gesellschaftlichen Prozesses nach Kritik. Diese Kompromißlosigkeit, dem Schein des Abstrakten zu widerstehen und dabei nicht einer Dogmatik zu unterliegen, die dem Begriff der Gesellschaft in keiner Weise gebührt, ist der erste Schritt zu wirklicher Veränderung. Dialektik ist nicht nur an der Zeit, sie ist vielmehr Gestalt und Prozeß der Zeit selbst. ●

Jens Winter studiert am FB Gesellschaftswissenschaften der Frankfurter Universität.



M. CREYDT, F. GROEGER, A. LÜTER, M. OHM, C. SCHEUPLEIN

Materialismus und Kritik

Zur Perspektive der *links*

Ausgehend von den Beiträgen Joachim Hirschs und Jörg Lauterbachs *(links* 3/94) zum Konzept der Zeitschrift, hat eine Gruppe Berliner Sozialwissenschaftler eine dezidierte Kritik an der *links* formuliert, in der sie auf verschiedene Diskussionen der letzten Jahre eingehen. Zudem haben sie klare Vorstellungen, wie die Zeitschrift auszusehen hätte, was sie wie folgt einleiten:

„Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie und nichts so theoretisch wie eine gute Praxis" – die Berliner Gruppe wird eventuell mit weiteren Beiträgen Stellung nehmen.

Joachim Hirsch hat in der *links* 3/94 dafür plädiert, „noch stärker zu versuchen, uns auf politische Praxis zu beziehen" und stellt dem mehrfach „abgehobenes theoretisches Diskutieren" oder „Kritisieren" entgegen. Im darauf folgenden Artikel von Jörg Lauterbach verengt sich Praxis bereits auf „Aktionen der radikalen Linken" und letztere wird mit dem „Spektrum der autonomen Linken" identifiziert. Als Adressaten kann sich Lauterbach sonst nur „gefrustete Sozialdemokraten" vorstellen. Vor ein paar Monaten fragte man noch, ob die *links* in der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat ihre Aufgabe habe, als ob dies Stimmen wie die FR, die „Blätter für deutsche und internationale Politik" nicht bereits mit größeren Kräften leisteten. Nun wird ebenso kurzatmig darauf gesetzt, sich auf autonome Aktionen auch ja „konstruktiv" zu beziehen, und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der die autonome Linke – wenigstens in Berlin – den Tiefpunkt der letzten 10 Jahre erlebt und sich die Leute aus diesem Spektrum – wenn überhaupt – in der von J. Hirsch treffend charaktisierten Weise engagieren: „immer sektoraler und bereichsspezifischer, defensiver, auf punktuelle Mißstände... konzentriert. Was weitgehend fehlt, ist eine etwas umfassendere gesellschaftliche Perspektive."

Wir wollen i.U. zu einem Gegeneinanderausspielen von (eher mit Negativakzenten versehener) 'Theorie' und 'Praxis' für eine Bezugnahme der *links* auf die Linke als Praxis zugespitzter theoretischer Analysen und Interventionen plädieren. Wir gehen davon aus, daß es Leute gibt, denen die Schwierigkeiten und Widerstände bei der ständigen Arbeit gegen das eigene Sichverfangen in den Versatzstücken der Ideologie klar und denen diese Arbeit ein notwendiges Anliegen ist. Sie wird es umso mehr, als ganze Abteilungen der Intelligenz davon leben, als Kon-Fusionisten, als Windmaschinisten und Kulissenschieber, als Garköche, Dekorateure und Animateure in der erweiterten Reproduktion und Neukombination ideologischer Versatzstücke in den jeweils hin- und herlaufenden (discurrere) 'Diskursen' für ihre Wiederaufbereitung zu sorgen.

Die Aufgabe der *links* besteht u.E. zum einen in der Analyse von sozialen Auseinandersetzungen jenseits von affirmativem Bewegungsgetue und Aktionshektik einerseits, dem Beschwören der Hermetik und dem Genuß des sich darüber einstellenden Erhabenheitsgefühls andererseits, jenseits von Sektierertum und Fundamentalismus (inklusive „transzendentaler Geringschätzung" ((MEW 4, 181) gegenüber sozialen Bewegungen) und dem Standpunkt der Verbesserung. Anliegen einer sozialistischen Zeitschrift kann es weder sein, der Welt die Meinung gesagt zu haben, noch im sog. Realismus jenen Verhältnissen zu verfallen, die man für sich beansprucht. Gelungen fanden wir u.a. Artikel zur letzten Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie (4/94), zu Italien (3/93), zu den Energiekonsensgesprächen (12/93) zur Gruppenarbeit (11/92).

Soziale Bestandsaufnahme

Wer demgegenüber in der *links* 3/94 (S. 13 – 15) über die Familie nichts Treffsichereres zu vermelden hat als „Hort des alltäglichen Kleinterrorismus", die Grünen als „neonkonservative Partei" abfertigt und die gegenwärtige Sozialpolitik katastrophistisch nicht anders zu kritisieren vermag als mit ihrer superlativischen Dramatisierung zum Beginn des „reaktionären Gegenangriffs auf die sozialen Errungenschaften der letzten 100 Jahre", der macht mit derlei Hauruck-Radikalauern eine Zeitung lächerlich. Ähnlich desorientierend wird in der *links* 5/94 der Erfolg der deutschen Gewerkschaften nach '45 als „primär auf Kosten der Menschen in der sog. 3. Welt" erklärt (S. 7) und Technik als Teufelszeug exorziert (S. 10f.).

Die gegen alle Formen der Entwirklichung notwendige soziale Aufmerksamkeit läßt sich nicht auf 'autonome Linke' oder Demokratieabbau verengen. U.E. muß die *links* Boden wettmachen und ihre Auflage stärken bei Leuten, die in Gewerkschaften, Initiativen, Verbänden, Bildungseinrichtungen, bei den Grünen, der PDS und anderswo an einer materialistischen Analyse und Kritik interessiert sind und dafür auf dem Zeitschriftenmarkt tatsächlich wenig vorfinden. Die *links* könnte hier einiges bieten neben dem zivilgesellschaftlichen Weichspülen der Verhältnisse in der 'Kommune', neben der nur noch

Nationalisten kennenden 'Konkret' und dem 'AK', in dem ungestaltete Materialschlachten (vornehmlich im auch in der *link*s oft überrepräsentierten Blick in die ausländische Welt) das gedanklich zugespitzte Argument ersetzen sollen.

Die Zusammensetzung der Ziele der *links* (3/94, S. 7) „gegen Realpolitik, offenen und latenten Rassismus, Standortverfechter" (und das war's dann schon) provoziert die Frage danach, inwieweit Finkielkrauts böser Blick etwas trifft:

„Die französische Linke hat sich an alles angepaßt, sogar an die Marktwirtschaft und an die Mode. Nur einen einzigen Pfeiler ihrer früheren Unversöhnlichkeit hat sie behalten: ihren Antifaschismus und ihren Antirassismus. Und der dient ihr nun als eine Art Paravent. Um sich besser an alles anpassen zu können, stellt man etwas als höchste Gefahr dar und zeigt daran, wie wunderbar unversöhnlich man ist. Es handelt sich also um eine Art Köder." (Der Spiegel 43/1993)

Kritik der Öffentlichkeit und ihrer Talking-Pieces

Einen zweiten Schwerpunkt der *links* sehen wir in der Analyse der in den Praxis- und Politikfeldern sowie den öffentlichen Diskursen anfallenden und sie zentral organisierenden Ideologemen und Denkformen. Aktuell verdichten sie sich bspw. in der Standortdebatte, in Diskussionen um die Rolle der '68er Werte' für die gegenwärtige Pädagogik, im Anti-Antifaschismus von sich als Ex-Linken Profilierenden (von Kowalski bis Grunenberg – vgl. zu ersterem die gute Kritik von Elfferding im Schweizer 'Widerspruch'), im Setzen auf die 'Weltorganisationen', in der gegenwärtigen Hochkonjunktur 'pessimistischer Anthropologie', in den von Habermas halb, von Luhmann ganz vertretenen Produktinnovationen in Sachen 'Steuerungspessimismus' usw. usf.

Am Beispiel des Rassismus läßt sich zeigen, wie schnell ideologische Abstraktionen von 'dem Fremden', 'dem autoritären Charakter', dem 'deutschen Sonderweg', dem Reiz von Multikulti, dem 'evolutionären Universalismus' u.ä. noch die wohlgemeintesten 'antirassistischen' Diskurse verderben (vgl. zur Rede von 'dem Fremden' in *links* 4/93, vgl. die Kritik am Memorandum 'Fremdenfeindlichkeit' des Frankfurter 'Instituts für Sozialforschung' in links 4/92, vgl. M. Ohms Arbeit zur interkulturellen Erziehung, vgl. den Artikel zu Heitmeyers 'Begründung' jugendlicher rassistischer Gewalt aus dem Verfall von Werte- und Sozialintegration in 'Das Argument' 3/94 (H. 205)).

Mit der Analyse der in diesen Figuren enthaltenen sachlichen Problemen und ideologischen Denkformen kann die *links* z.B. sich auf Leute in antirassistischen Initiativen beziehen. Wir denken, daß sich so etwas ganz zugespitzt und nicht akademisch machen läßt. Nur indem man hier inhaltlich etwas zu sagen hat, kommt man unseretwegen auch an die 'autonomen Linken' heran (eine Stabilisierung oder Ausweitung des Leserkreises der *links* dürfte an der Preis-Seiten-Relation – 8 DM für 44 Seiten – scheitern. Ein dies nicht berücksichtigendes Finanzierungskonzept erscheint uns als nicht stimmig.). Aber bitte nicht mit – in der Sache gewiß sympathischen, aber in jedem anderen Blättchen bereits enthaltenen RAF-Gefangenenportraits und Gunter-Solidaritätsaufrufen. Im übrigen sollte nicht so getan werden, als wären in der *links* nicht gute Argumente formuliert worden zu den Grenzen der sog. autonomen Linken und der Weise, wie sie sich die Welt vor- und verstellt (vgl. der Artikel zur Medienrandale, vgl. auch die Kritik an der 'Radikalen Linken' in den Heften 10/89 und 6/90).

Die Begriffssammlung im Heft 2/94 zum 'Superwahljahr' liegt von der Idee her genau in der Perspektive der inhaltlichen Schwerpunktsetzung, die wir uns von der *links* erwarten. Umso mehr hat uns die Durchführung überrascht. Besonders empfindlich wird hier eine Gelegenheit verschenkt mit dem Artikel über Politikerverdrossenheit in der 2/94 – allenfalls ein hübsches intellektuelles Sprachspiel. Die Wertung, Politikverdrossenheit sei „ein untrügliches Zeichen dafür, daß Ideologie pur so wirksam auch wieder nicht ist" (*links* 2/94, S. 4), halten wir für eine Unterschätzung der ideologischen Gründe für Politikverdrossenheit und ihrer enttäuschten Liebe.

Beim Artikel über Gemeinschaft hat uns erstaunt, wie – ähnlich zum Artikel über Moral in der 3/94 – das Phänomen ('Gemeinschaft') mit reaktionären Versuchen kurzgeschlossen wird, aus ihm Kapital zu schlagen. Die Frage bleibt ungestellt, was denn wohl die Anziehung der Gemeinschaft für die Leute ausmacht. Die Kritik bleibt so defensiv und reaktiv. Sie hat zu den infragestehenden Phänomenen (Werte, Gemeinschaft, Vertrauen) nichts zu sagen, setzt allein an deren politischer Instrumentalisierung an. Dies ist umso verwunderlicher, als Kluge und Negt in 'Öffentlichkeit und Erfahrung' (S. 75ff.) die Bedürfnisse nach Gemeinschaft und die Gründe ihres Auftretens analysiert haben, ohne eine 'gute' Gemeinschaft ihrer äußerlichen 'bösen' 'Instrumentalisierung' entgegenzusetzen oder Gemeinschaft von vorneherein mit ihrer reaktionären Artikulation zusammenfallen zu lassen. Das hier mangelnde Unterscheidungsvermögen scheint eine bei vielen Linken sich auch an anderen Themen wiederholende zentrale Denkform zu sein. Die 'Konkret' liest sich auf weite Strecken so, als würde sie in ihrer Bestandsaufnahme 'die Deutschen' so sehen, wie die 'Junge Freiheit' sie sich wünscht.

Einen dritten Schwerpunkt der *links* bildet u.E. die Arbeit an den Fragen, deren ungenügende Bearbeitung das theoretische Moment der 'Krise der Linken' ausmacht. Die von C. Görg in der *links* 3/92 notierte Liste von hier einschlägigen Themen blieb leider für die Arbeit der Redaktion weitgehend ohne Belang. Stattdessen erreicht die Platzverschwendung mit dem Heft 6/94 ihren bisherigen traurigen Höhepunkt (vgl. die Fußballartikel, S. 23 – 39 – mit Ausnahme von S. 26 – 28, vgl. die Artikel über Prostitution).

Zur Arbeit der Redaktion

Die in vielen Artikeln der *links* erschreckende Folgenlosigkeit sowohl anderer in der Zeitschrift erschienener grundsätzlicher Artikel als auch allgemeiner Bezugspunkte ei-

Eine Auswahlbibliographie

„Das rechte Netzwerk"

Zusammengestellt und kommentiert von der Verlagsinitiative gegen Gewalt und Fremdenhaß

Mit der Konjunktur von Rassismus und Rechtsextremismus in Europa sind auch deren diverse Erscheinungsformen in den Blickpunkt allgemeinen Interesses getreten. Gruppen, Organisationen und Parteien unterschiedlicher Größe und ideologischer Ausrichtung bilden – bei aller Differenz – ein komplexes, international kooperierendes Netzwerk von rechts mit Verbindungen in alle Bereiche der Gesellschaft. Diesem Sachverhalt trägt die neu vorliegende Bibliographie der Verlagsinitiative gegen Gewalt und Fremdenhaß Rechnung.

Ausgewählt und kommentiert werden Bücher, die über die aktuelle Struktur der europäischen Szene Aufschluß geben und Hintergründe aufdecken. Informationen über die rechtsextreme und (neo)konservative Publizistik sind ebenso enthalten, wie Beispiele aus der Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Darüber hinaus findet sich in den Büchern eine ausführliche Dokumentation der Organisationen selbst sowie der maßgeblich beteiligten Personen.

Diese Bibliographie soll all jenen Hilfestellung bieten, die sich einen Überblick über bestehende Strukturen verschaffen und sich mit ihnen auseinandersetzen wollen.

Zu beziehen ist diese Bibliographie gegen Zusendung von DM 4,– in Briefmarken bei der Verlagsinitiative gegen Gewalt und Fremdenhaß, Postfach 100442, 60004 Frankfurt am Main.

ner für die *links* relevanten Theorie (z.B. Negt/Kluge) hängt zusammen mit der mangelnden inhaltlichen Standort- und Perspektivbestimmung des Blatts. Der Leser sieht in vielen Fällen nicht, was die *links* aufgrund eines inhaltlichen Selbstverständnises und einer eigenen Schwerpunktsetzung bearbeiten will und kann und was nicht. Vielmehr scheint oft die Aktualität zu gebieten, wozu man auch noch etwas sagen 'muß'. Die in den Editorials sich wiederholende Klage über die Überbelastung und Überforderung der Redaktion wird nicht auf die Beliebigkeit der Themenstellung bezogen. Dem dann folgenden mangelnden Profil und dem Potpourri-Eindruck der Zeitschrift entspricht ein wenig ausgeprägtes Selbstbewußtsein. Dies ist umso erstaunlicher, als uns von Redakteuren anderer linker Blätter eine derart theoretisch ausgreifende und gehaltvolle Programmskizze wie „Von den 'Krisen der Regulation' zum radikalen Reformismus'" nicht bekannt ist (Hirsch, Esser, Görg in: Dies. 1994) – ein Text, von dem wir (bei allem Diskussionswürdigen im Einzelnen) uns wünschen, daß er als Grundlage der Redaktionsarbeit in der *links* dient. In den Editorials aber oder auch im Artikel von J. Hirsch (3/94) wird nicht viel davon deutlich, was die *links* positiv zu bieten hat und warum es notwendig ist, das zu sagen, was man zu sagen hat. Nicht zuletzt auch für das 'Überleben am Markt' erscheint dies fatal.

Kritik und Konkurrenz

Kritik ist in dieser Welt eine der meistverbreitetesten Angelegenheiten, wenn „jede gesellschaftliche Sphäre einen anderen und entgegengesetzten Maßstab an mich (legt), einen anderen die Moral, einen anderen die Nationalökonomie, weil jede... sich entfremdet zur anderen Entfremdung verhält." (Marx)

Als wesentlicher Bezugspunkt einer sozialistischen Zeitschrift muß gelten: Wer an Marx als Ökonomietheoretiker anzuknüpfen weiß, aber nicht die in seinem Denken enthaltenen oder mit ihm verbindbaren Kritiken des Bürger- und Arbeiterbewußtseins, der Moral, der Politik, der Kultur, der Zwischen-Menschlichkeit und Psychologie usw. denkt, kann allenfalls politischer Ökonom oder kritischer Politiker werden, also in der Ebene der Ökonomie oder der Politik eine Konkurrenz eröffnen. Eine andere Variante der Vermischung von Kritik und Konkurrenz ergibt sich aus der Konkurrenz der Sphären untereinander. Zudem sucht die Kritik an einer Sphäre des gegliederten gesellschaftlichen Ganzen Zuflucht bei einer anderen Sphäre als Stütz- und Standpunkt. Zugleich handelt man sich aber so den affirmativen Beitrag mit ein, den die jeweilige Sphäre zum gesellschaftlichen Ganzen leistet. Die Kritik an der Ökonomie artikuliert sich so in einer Weise, die die Affirmation des Politischen als Tribut einer politischen Formulierung zu zahlen hat, vor dem Hintergrund der Mängel von Politik und Ökonomie sonnen sich die Kultur und Moral usw. usf. Notwendig ist Gesellschaftskritik, die die verschiedenen gesellschaftlichen Sphären als eigenständige und zusammenhängende, in ihrem Aufbauen aufeinander sich gegen einander reflektierende weiß. Zum Programm der Zeitschrift gehört die kontinuierliche Beschäftigung mit den Filtrierungen, Absorptionen und Verkehrungen, die Anliegen durch ihre politische, moralische, kulturelle, psychologische usw. Form(ul)ierung erfahren.

Das bloße Ausspielen verschiedener Sphären dieser Gesellschaft gegeneinander liegt bspw. den Artikeln zur Prostitution in der *links* 6/94 zugrunde. Sie folgen der Perspektive, gegen Moralisierung und Diskriminierung den Gegenstandpunkt konsequenter Gleichheit einzunehmen, mit dem Prostitution zu einem 'Job' wie jedem anderen wird. Neben dem Plädoyer, auch Prostitution als Gegenstand „kreativer" „Weiterentwicklung" der Prostituierten zu betrachten (S. 12), zeigt auch die einzige Kritik am Inhalt der Tätigkeit („Der Zwang, gesund, jung und schön sein zu müssen nervt" S. 10) bis in die Sprache hinein (es „nervt"), von der Unspezifizität dieser Aussage ganz zu schweigen, die Unwirklichkeit eines Räsonnements, das um das Thema herum eine Bewegung vollführt, die sich mit der liberalen und den Rechtsstandpunkt einnehmenden Gegenposition zu abzulehnenden Positionen genügt. Die *Links* ist hier nichts weiter als ein *links*liberales Stadtmagazin. Wenn in der ARD zu bester Sendezeit (21.45-22.30 Uhr) im letzten Jahr ein voll auf der Linie der Artikel liegender Bericht gezeigt wird, kann kaum die Rede davon sein, es handele sich um ein „weitgehend tabuisiertes Thema" (S. 10). Selbst wenn es das wäre, würde daraus allein noch kein Argument für die Publikation in einer Zeitung, deren Redaktion weiß, warum sie sie „sozialistisch" nennt. ●

Über die interdisziplinäre Zeitschrift

psychosozial

Rasante gesellschaftliche und politische Umwälzungen, wie wir sie in der heutigen Zeit erleben, bringen weitreichende Veränderungen des psychischen Klimas mit sich.

psychosozial untersucht die Wechselbeziehungen zwischen innerer und sozialer Realität am Beispiel konkreter Problemfelder.

psychosozial befaßt sich unter anderem mit:

- dem Schicksal des Subjekts in der Risikogesellschaft
- den seelischen Auswirkungen von Umweltzerstörung und Krieg
- den psychologischen Folgen sozialer Modernisierungsprozesse
- den Schattenseiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

Hiermit bestelle ich:
- ❑ ein Abo Psychosozial (4 Hefte jährlich) für 98 DM
- ❑ ein Studentenabo für 49 DM
- ❑ Einzelheft Nr. 54 für 32 DM
- ❑ ein Prospekt über alle Psychosozial-Ausgaben.

Name:
Straße:
Wohnort:
Unterschrift:

Psychosozial-Verlag, Friedrichstraße 35, 35392 Gießen

VIKTOR SUKUP

Brasilien – Linkskandidat »Lula« vor dem Sieg?

Am 3. Oktober und am 15. November werden die Brasilianer ihren neuen Präsidenten, die Gouverneure der Bundesstaaten, Senatoren und Abgeordnete auf Bundes- und Bundesstaatsebene wählen. Für den entscheidenden Posten des Staatschefs liegt diesmal der Linkskandidat Luiz Inácio da Silva, genannt Lula, seit vielen Monaten weit vorn im Rennen, mit heute über 40 % der Wählerpräferenzen und rund 25 Punkten vor seinem engsten Konkurrenten. Die eigentliche Kampagne könnte freilich, mit dem neuen Antiinflationsplan und diversen Parteiallianzen, die Tendenz ändern.

Noch Anfang April war jede Prognose schwierig. Die anderen Kandidaten und vor allem ihre Allianzen waren noch nicht genauer bekannt. Die Parteien sind in Brasilien keine traditionsreichen Gruppierungen wie oft anderswo in Lateinamerika, sondern recht inkonsistente Wahlvereine, die sich um eine oder mehrere Persönlichkeiten scharen. Nur die sozialistisch orientierte „Arbeiter-Partei" (PT) Lulas bildet hier eine Ausnahme, evtl. auch die sozialdemokratische PSDB. Viele, und nicht nur opportunistische Politiker haben mehrmals in wenigen Jahren die Partei gewechselt.

Die grundlegende Frage heute ist, ob die Inflation, die in den letzten Monaten mit annäherungsweise 50 % monatlich ein neues Höchstniveau erreicht hat, nunmehr mit dem neuen „Real-Plan" endlich – vielleicht sogar „endgültig", und nicht, wie so oft in den letzten Jahren, nur sehr vorübergehend – eingedämmt werden kann. Und im Hintergrund der Inflationsproblematik geht es um das gesamte Entwicklungsmodell Brasiliens, das bis gegen 1980 eine beachtliche Dynamik gezeigt, aber gleichzeitig die schon vorher bestehenden sozialen Abgründe noch deutlich vertieft und „nebenbei" katastrophale Umweltbelastungen gezeigt hat.

„FHC" – vom renommierten Soziologen zum „Anti-Lula"

Eine zentrale Rolle wird im Wahlkampf wahrscheinlich der heute 63jährige Fernando Henrique Cardoso spielen, der von Mai 93 bis Anfang April 94 Finanzminister und starker Mann der schwachen Übergangsregierung des Präsidenten Itamar Franco war. Cardoso hat sich 1967 mit seinem berühmten Buch über „Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika" weltweit bekannt gemacht, in dem er als einer der ersten die sogenannte „Dependenztheorie" mit heftiger Kritik an den neoimperialen Abhängigkeitsmechanismen formulierte. Später distanzierte er sich zurecht von allzu vereinfachenden Varianten dieser Theorie und zeigte z.B., wie im Falle Brasiliens eine „abhängig-assoziierte Enwicklung" trotz ihrer internen Widersprüche recht dynamisch werden konnte.

FHC, wie Cardoso nach US-Manier genannt wird, lag bis März 1994 als Kandidat der sozialdemokratischen PSDB mit rund 10 % der Präferenzen bei Umfragen an dritter Stelle, weit hinter Lula und knapp nach dem ewigen Rechtskandidaten und heutigen Bürgermeister von Sao Paulo, Paulo Maluf (17 %), der seine Kandidatur inzwischen zurückgezogen hat.

Die Kräfte, die sich um die linke bis rechte Mitte herum orientieren – darunter vor allem die sehr heterogene „Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens" (PMDB), die seit 1985 meist die Hauptverantwortlichen für die Regierungen der „Neuen Republik" getragen hat –, sehen in FHC einen relativ aussichtsreichen Kandidaten. Dabei kommt ihm auch insbesondere zugute, daß die jahrelang dominierende PMDB von den enormen Skandalen der letzten Zeit ebenso gezeichnet ist wie die kleineren Parteien der Rechten. Cardoso, von den Unternehmern unterstützt, könnte also sehr gut der Bannerträger einer Koalition der Mitte werden, die neben PSDB und PMDB sowie kleineren Gruppen auch, im zweiten Wahlgang, die Stimmen der Rechten erhalten würde, um den sonst vermutlich unschlagbaren Lula vom Planalto-Palast, dem Sitz des Präsidenten, fernzuhalten.

Mitte Mai hat nun die PMDB den umstrittenen Quercia zum Kandidaten bestimmt, der wohl kaum von seinen jetzigen 7 % zu einer echten Konkurrenz für FHC oder gar Lula werden kann. Ex-Präsident José Sarney trat wieder aus dem PMDB aus und wollte sich für eine andere, kleinere Partei aufstellen lassen, aber die Wahlbehörden machten ihm durch eine strikte Auslegung der geltenden Bestimmungen einen Strich durch die Rechnung. Sarney hatte den Umfragen nach die besten, wenn auch eher geringen Chancen auf einen Sieg über Lula im zweiten Wahlgang.

Ein anderer Punkt, der bei den Wahlen seine Rolle spielen wird, ist die Rolle von Leonel Brizola und seiner Demokratischen Arbeiterpartei PT. Der heute 72jährige Gouverneur von Rio de Janeiro ist Ende Mai, wie erwartet, noch einmal in den Ring gestiegen. Aber er wird wahrscheinlich wie im Jahre 1989 außerhalb seiner beiden Hochburgen Rio de Janeiro und Rio Grande do Sul nur

wenige Stimmen ernten, und viele seiner Wähler werden wohl dann für Lula stimmen, auch wenn Brizola heute nach bissigen Polemiken gegen diesen eine Koalition der Mitte bis hin zur Rechten empfiehlt.

Die Strategie Lulas – Koalitionen und „Glaubwürdigkeit"

Lula, heute mit 49 Jahren zum zweiten Mal ernsthafter und diesmal aussichtsreicher Präsidentschaftsanwärter, hat Cardoso nicht ohne Grund als „Anti-Lula" der Rechten angegriffen. Der frühere Gewerkschaftsführer und „brasilianische Lech Walesa" hat seit der Gründung seiner Arbeiter-Partei (PT) viel Wasser in seinen Wein gegossen, um bei breiteren Massen außerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter anzukommen, darunter auch bei den städtischen Mittelschichten und den marginalisierten Massen von Staat und Land.

Auch die Unternehmer sollen heute nicht mehr durch „linksradikale" Parolen abgeschreckt werden. Sie sollen erkennen, daß ein Sieg Lulas keineswegs das Ende der Privatinitiative oder der Unternehmergewinne bedeuten muß. Dennoch ist klar, daß die wirtschaftliche Macht immer noch eine Rechts-, wenigstens aber doch eine Mitte-Rechts-Regierung vorzieht.

Innerhalb der Arbeiter-Partei PT sind zudem Tendenzen zu erkennen, die nicht unbedingt nur auf einen sozial korrigierten Kapitalismus hin orientiert sind. Trotzkistische Einflüsse sind mitunter deutlich, manchmal sind „realsozialistische" Töne erkennbar, ebenso wie basisdemokratische, syndikalistische, linkssozialdemokratische und linkskatholische. Manche Gruppen wollen nichts von Allianzen wissen, andere wie Lula versuchen hartnäckig, mit Parteien wie Cardosos PSDB und Brizolas PDT eine fortschrittliche Koalition zu bilden, was gelegentlich zu schweren internen Zerwürfnissen führt.

Auch kann die alte Leier, Lula und seine PT-Leute seien nicht genügend qualifiziert, kaum mehr die Masse der Brasilianer überzeugen: in einer kürzlichen Umfrage reihte eine große Mehrheit Lula weit an die Spitze bei der Frage nach „Ehrlichkeit" und nur knapp hinter Cardoso in puncto „Kompetenz" ein.

Die PT hat tatsächlich durchaus qualifzierte Köpfe wie den Ökonomen Aloizio Mercadante und den Sekretär für internationale Beziehungen Marco Aurélio Garcia, und etliche Intellektuelle ersten Ranges stehen ihr nahe. Lula selbst hat schließlich in seinen über 20 Jahren gewerkschaflich-politischer Karriere bewiesen, daß er weit mehr sein konnte als ein Metallarbeiter ohne Schulbildung. Viele meinen noch, die PT sei zu radikal, und neben ihren führenden Leuten bestünde sie aus allzu einfachen Geistern mit Ideen von vorgestern, von „vor dem Sturz der Berliner Mauer". Jedoch geht es in Brasilien, wie Lula 1989 meinte, darum, eine andere „Schandmauer" zu Fall zu bringen, nämlich jene zwischen den wenigen Privilegierten und den unzähligen Armen...

Lula will nach seinem Wahlsieg die Außenpolitik von den Schwerpunkten USA und Westeuropa mehr in Richtung Lateinamerika und restliche Peripherie umorientieren. In der leidigen Frage der Außenschuld – mit geschätzten 130 Mrd. US-Dollar die größte der Dritten Welt – betont er deren grundlegende politische Natur und spricht sich pragmatisch gegen den üblichen doppelten Dogmatismus aus, d.h., weder „zahlen um jeden Preis" noch „auf keinen Fall". Daher müsse die Sache mit Verhandlungen zwischen Regierungen gelöst werden: „Die Rückzahlung zu den gegebenen Bedingungen macht jede Entwicklung des Landes unmöglich und bringt schwerste soziale Probleme mit sich", meinte er Mitte Mai. „Eine soziale, also politische, Frage kann man nicht mit einem Manager behandeln. Den IWF-Beamter interessiert es

Außenpolitik, Außenschuld und Wirtschaftsstrategie

nicht, ob Millionen Kinder verhungern oder daß sich kleine Mädchen in Brasilien prostituieren müssen, um zu überleben. Er kommt hierher, um Geld zu holen. Und daher ist es leichter, bei einer Regierung auf Verständnis für diese Probleme zu stoßen als bei den Bankleuten..." Mercadante, Lulas möglicher Wirtschaftsminister, sorgte bei ihrem kürzlichen gemeinsamen Besuch in den USA, für Schlagzweilen, als er den Bankkonsorten drohte, sie müßten sich auf harte Diskussionen gefaßt machen, während Lula gleichzeitig um das Verständnis der natürlich recht skeptischen großen US-Unternehmen warb...

Auf jeden Fall wird die zentrale Bedeutung des Binnenmarktes betont, der bei gleichmäßigerer Verteilung des Nationaleinkommens nicht mehr jenes sprichwörtliche „Belindia" sein soll, also ein Teil der Gesellschaft als reiches Belgien in einem riesigen Indien. Mit heute 155 Mio. Einwohnern, 8,5 Mio. km² und einem BNP von etwa 450 Mrd. $ ist Brasilien keine quantité négligeable; eine distanzierte bzw. kritischere, ja halbautarke Haltung zur Weltwirtschaft kann hier also durchaus sinnvoll sein, trotz aller Tendenz zur Bildung globaler Märkte. Mit einer grundlegend auf den Binnenmarkt bzw. dessen kaufkräftige Nachfrage konzentrierten Industrialisierung hat Brasilien seit Mitte des Jahrhunderts seinen Anteil an der Industrie Lateinamerikas von weniger als 25 auf mehr als 40 Prozent erhöht, deckt heute weitgehend seinen Bedarf an Investitionsgütern und exportiert mit Erfolg Stahl, Autos und Flugzeuge.

Das brasilianische Industriemodell war auf einer dreifachen Struktur aufgebaut: Multinationale Unternehmen für den aufstrebenden Sektor der langlebigen Konsumgüter sowie Pharmazeutika etc., Staatsbetriebe für die Grundindustrien wie Energie, Petrochemie und Stahl, nationale Privatbetriebe für Sektoren wie Textilien, Lebensmittelindustrien etc. Daneben sorgte eine kapitalintensive Teilmodernisierung des Agrarsektors für die massive Zufuhr billigster Arbeitskräfte für die Städte, in denen heute über drei Viertel der Bevölkerung leben. Eine wirkliche Demokratisierung des Landes müßte also auch eine echte Landreform einschließen. Einerseits müßte man also eine neue, mehr funktionelle, sowohl sozial als auch ökologisch verträglichere „Arbeitsteilung" zwischen den genannten drei Sektoren herstellen und gleichzeitig die Augiasställe der staatlichen Korruption ausmisten; aber daneben wäre andererseits der Agrarsektor in einer Weise zu reformieren, daß er mehr auf die bescheidenen Bedürfnisse der breiten Massen ausgerichter wäre und weniger als bisher zur Massenabwanderung in die immer monströseren Städte zwingt.

Der renommierte Forscher der Universität Brasilia Christovám Buarque meint, nach einem Jahrhundert mit Wirtschaftswachstumsraten, die zu den höchsten der Welt gehört haben, sei Brasilien nunmehr bei einem richtigen „Kollaps der Modernität" angelangt, wie z.B. die Koexistenz einer immer effizienteren und international konkurrenzfähigen Agrarproduktion und dem wachsenden Heer hungernder Brasilianer zeigt: „Hundert Jahre Modernisierung haben aus Brasilien ein Land gemacht, das noch mehr in weit voneinander getrennten Klassen geteilt ist als es früher die Herren und Sklaven waren, ein Jahrhundert Erfolge auf dem Weg zum Fortschritt waren hundert Jahre Verschärfung des Elends und Schwächung der Sozialstruktur", lautet seine Gesamtdiagnose.

Der „Real-Plan" – ein Schlag ins Wasser?

Im März ist nun der neue Antiinflationsplan des damaligen Finanzministers und jetzigen Präsidentschaftskandidaten Cardoso in Gang gesetzt worden. Die neue Unidade Real de Valor (Reale Werteinheit, URV) soll dem galloppierenden Preisauftrieb endlich, und diesmal endgültig, Einhalt gebieten. Fürs Nächste hat sich wohl die in den Monaten vorher auf 35 - 40 % gestiegene monatliche Inflationsrate noch auf rund 50 % erhöht, aber es gibt Hoffnungen, daß sie in den kommenden Monaten deutlich sinken wird.

Die URV ist ein neuer Index, der für die laufende Angleichung der Tarife, der öffentlichen Dienstleistungen sowie der Löhne und Gehälter dient, diese Angleichung somit nach und nach vereinheitlichen und damit letzten Endes die Inflation stoppen helfen

soll. Denn das Problem ist ja seit langem, daß hinter dem allgemeinen und immer schnelleren Preisauftrieb konkrete Interessen von Unternehmern, Lohnempfängern und Kommerz stehen, daß nicht alle Preise, Löhne und Tarife im gleichen Rhytmus steigen und daß daher der Verteilungskampf die Inflationsschraube immer schneller dreht: von 100 % jährlich Anfang der 80er Jahre ist sie nun, nach einem guten halben Dutzend fehlgeschlagener Antiinflationspläne, bis auf rund 2 500 gestiegen und würde 1994, so rechnete man Anfang des Jahres , bei gleichbleibender Tendenz um die 5 000 % erreichen.

Privatisierungen – Wunderrezept oder pragmatische Lösung?

Der Erfolg des URV-Planes hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Gewerkschaften mitspielen. Aber diese stehen zum großen Teil und nicht ohne Grund dem ehemaligen Metallarbeiter und Gewerkschaftsgründer Lula näher als dem früheren linksorientierten Soziologen und heutigen Kandidaten der Unternehmer Cardoso. Auch während seiner fast 11 Monate als Finanzminister sind die Reallöhne, wie schon seit einigen Jahren, weiter gesunken. Sie klagen, daß auch der Real-Plan auf Kosten der Lohnempfänger geht, womit sich die abgrundtiefen Ungleichheiten noch weiter verschärfen.

Die weitere Beschleunigung der Inflation im März scheint ihnen eher rechtzugeben. Auch weisen die Gegner Cardosos mehr und mehr auf die auffallenden Ähnlichkeiten mit dem – vom internationalen Establishment meist in höchsten Tönen als vernünftig gefeierten – argentinischen Modell hin: Dieses hat seit drei Jahren eine prekäre und eher fiktive Stabilität gebracht, aber um den Preis des Ausverkaufs der Staatsbetriebe, des weiteren Verfalls der Reallöhne und der öffentlichen Dienste, darunter des öffentlichen Gesundheits- und Schulwesens. Arbeitslosigkeit, Handelsbilanzdefizit und sogar die Außenschuld stiegen rasch an; die realen Produktionskapazitäten aber sind gesunken, der weitere Abstieg des Landes ist vorprogrammiert.

Privatisierungen des oft enormen, ineffizienten, bürokratisierten und korruptionsfördernden staatlichen Sektors der Wirtschaft sind seit Jahren auch in Lateinamerika „modern". Dafür gibt es einige gute Gründe, aber auch etliche obskure Motive mächtiger in- und ausländischer Gruppen. Brasilien, mit rund einem Drittel von Lateinamerikas Wirtschaft und über 40 % seiner Industrieproduktion ein Land, das aus vielen Gründen auf eine bedeutende Rolle im 21. Jahrhundert rechnen kann, hat sich hier bisher eher zurückhaltend gezeigt und wird diese Position sicher auch nach den kommenden Wahlen weiter einnehmen.

Unter dem wegen flagranten Machtmißbauch, Unfähigkeit und Größenwahn gestürzten früheren Präsidenten Fernando Cloor de Mello (1989 - 92) war das Motto „Modernisierung" hier wie anderswo das Schlagwort, das Brasilien auf die „rechte Bahn" führen sollte, Öffnung der Wirtschaft auf Importe und ausländische Investitionen, Deregulierungen und Privatisierungen der Staatsbetriebe gehörten auch hier zum neuen konformistischen Credo, das breite Zustimmung im In- und Ausland erhielt.

Der öffentliche Sektor ist in Brasilien vor allem seit den 50er Jahren entstanden und war ein wesentliches Instrument zur raschen Industrialisierung des Landes. Ohne ihn hätte Brasilien schwer sein Nationalprodukt zwischen 1945 und 1980 auf das 17,5fache steigern können und wäre vermutlich bis heute hauptsächlich ein Exporteur von Kaffee und anderen tropischen Agrarprodukten geblieben. Denn ohne staatliche Initiative wären weder die heute international konkurrenzfähigen Sektoren wie Stahl- und Autoindustrie entstanden, noch könnte Brasilien einen beträchtlichen Teil seines Energiebedarfs decken oder gar das Gros seiner Investitionsgüter selbst produzieren.

Radikale Reformen im Öffentlichen Sektor zum Abbau von Bürokratie und Korruption sind sicher notwendig. Aber viele Brasilianer verstehen, daß sie deshalb nicht „das Kind mit dem Bad ausschütten" sollten. Auch in den Unternehmerkreisen, Streitkräften und Rechtsparteien regen sich daher hartnäckige Widerstände gegen den Ausverkauf von Unternehmen wie der staatlichen Ölgesellschaft *Petrobrás:* das argentinische Beispiel der hemmungslosen Privatisierung läßt voraussehen, daß das südliche Nachbarland in ein paar Jahren dadurch zum Ölimporteur werden und sich damit nur eine weitere Hypothek aufgelastet haben wird. Brasilien, mit dem zum Großteil kohärenten und weitsichtigeren politischen und unternehmerischen Eliten, wird vermutlich derartige Irrwege vermeiden können.

Auch der heutige Favorit für die Präsidentschaftswahl Lula will in dieser grundlegenden Frage pragmatisch vorgehen. Er sagt, daß der Staat strategische Sektoren wie Erdöl und Telekommunikationen unter Kontrolle behalten muß und daß die Privatisierungen nicht wie bisher nur die großen Unternehmergruppen begünstigen sollen. Aber auch ausländisches Privatkapital wird unter seiner Regierung wilkommen sein, insofern es nicht, wie bisher so oft, zu rein spekulativem Zweck kommt oder klar zur Verschärfung der sozialen Abgründe in Brasilien beiträgt. „Auslandskapital kommt nicht in ein Land, weil der Präsident neoliberal ist, sondern weil es dort Geld verdienen kann", meinte er vor kurzem in einem Interview, „und wenn wir unsere riesigen Bevölkerung in eine Masse von noch so bescheidenen Konsumenten verwandeln können, dann wird es von selbst kommen, weil sich ein immenser Markt öffnet..." ●

Viktor Sukup ist Ökonom und lebt als freier Publizist in Buenos Aires. Für Herbst plant er eine Vortragsreihe durch Europa.

ROLAND MÜLLER

Die Nelkenrevolution

Ein Paradebeispiel sozialdemokratischer Außenpolitik feiert 20. Jahrestag

Am 25. April 1974 hatte Portugal einen klassischen Staatsstreich erlebt; doch danach begann eine soziale und politische Revolution, genauer: ein revolutionärer Prozeß, der, bevor radikale Veränderungen durchgesetzt und fest verankert werden konnten, abgebrochen wurde." Die FAZ, aus der diese prägnante Zusammenfassung stammt, gehört mit der FR zu den wenigen deutschen Zeitungen und Zeitschriften, die den 20. Jahrestag der „Nelkenrevolution" überhaupt erwähnenswert fanden. Sowohl Walter Haubrich in der FAZ, als auch João Barrento in der FR stellen in ihren Nachrufen mehr oder weniger beklagend ein geringes historisches Interesse unter jungen Portugiesen am revolutionären Sturz der 48jährigen Diktatur fest.

Doch was ist geblieben? Beamte der Diktatur in Verwaltung, Justiz und Polizei im Amt. „Die Kooperativen sind praktisch alle aufgelöst; das Land wurde zu einem Teil den früheren Großgrundbesitzern zurückgegeben..." (FAZ). Die portugiesische Gesellschaft sei „eine Zwischen- und Zwittergesellschaft, eine Konsumgesellschaft ohne Format, ein wirtschaftliches Projekt der Nachahmung und Abhängigkeit, ein soziales Modell, das alle Nachteile des Neoliberalismus in sich aufgesogen hat, ohne diesen die solide Basis und die Vorteile eines wirksam organisierten Sozialstaates (im Bereich der Bildung, der Gesundheit und des Wohnungsbaus) entgegenzuhalten, wie es in den europäischen Nachkriegsdemokratien der ersten Stunde der Fall gewesen war." (FR)

Wo soll das historische Bewußtsein also herkommen, wenn keine Anknüpfungspunkte mehr da sind, wenn vom „großen Wandel (...) nur Erinnerungen, nur Asche, verblichene, verschämte Reste der einstigen Glut (geblieben sind)" (FR)?

Für das werte deutsche Publikum bemerkenswerter wäre vielleicht die Erinnerung an den deutschen, genauer sozialdemokratischen, Beitrag zum portugiesischen Weg, von sozialistischen Träumereien zur postfaschistischen Abbruchgesellschaft, gewesen. Diese Erinnerung hätte nicht nur nostalgischen Wert, sondern würde uns exemplarisch das Muster sozialdemokratischer Außenpolitik präsentieren, mit dem wir wohl bald wieder zu rechnen haben.

Wenn damals Helmut Schmidt kurz vor seinem Amtsantritt als Bundeskanzler in einer amerikanischen Zeitschrift formulierte, die Weltwirtschaft sei „in eine Phase außergewöhnlicher Instabilitäten eingetreten und ihre weitere Entwicklung (ist) absolut ungewiß", und dabei die sozialdemokratisch geführte BRD den USA als Krisenmanager zur Seite stellt, so könnte dies genauso heute von Rudolf Scharping stammen.

Das Angebot stand und Portugal drängte sich als Testfall geradezu auf. Wurde dieses Land doch zwischen April 1974 und Herbst 1975 militärisch („Südflanke" der NATO) und politisch/ökonomisch zum unsicheren Kantonisten. Wagten es dort doch Basisbewegungen Land, Fabriken und Wohnungen zu enteignen und einer Selbstverwaltung zu unterstellen. Anfang 1975 waren diese so stark geworden, daß die provisorische Regierung, die in den Monaten zuvor aus Angst vor einem Gegenputsch alle politischen Kräfte bis hin zur Rechten zu integrieren suchte, ihre Bremserrolle aufgab. Mitte März wurden die inländischen Banken und Versicherungen sowie alle bewässerten Landgüter über 50 ha. nationalisiert.

Dieser Kurs hätte möglicherweise nach innen abgesichert werden können, wenn es in der Folge zu einem antifaschistischen Bündnis zwischen der Streitkräftebewegung MFA, der kommunistischen Partei PCP, die den Kampf gegen die Diktatur hauptsächlich getragen hatte, und der programmatisch sozialistischen Partei PS gekommen wäre. Noch wahrscheinlicher allerdings hätte auch ein solches Bündnis nicht zur Absicherung nach außen gereicht. Die USA hatten mehrfach überdeutlich mit militärischer Intervention gedroht. Im Januar 1975 führte die NATO umfangreiche Landemanöver vor der portugiesischen Küste durch.

Zu einer Nagelprobe kam es dank der PS und der SPD nicht. Zwei Wochen nachdem in Portugal die ersten Nationalisierungen eingeleitet wurden, hob die Hermes-Warenkreditversicherung den Versicherungsschutz für Warenlieferungen nach Portugal auf. Die Bundesregierung vertagte fünf Tage später ihre Entscheidung über eine Kapitalhilfe in Höhe von 70 Mio. DM bis nach den Wahlen in Portugal. Die EG stellte am 26.5.75, also nach dem Wahlsieg des PS, wirtschaftliche Hilfen grundsätzlich in Aussicht, knüpfte diese aber zwei Monate später an politische Bedingungen, die ihr während der faschistischen Diktatur in Portugal entfallen waren: „Die europäische Gemeinschaft (kann) aufgrund ihrer politischen und geschichtlichen Tradition nur einer pluralistischen Demokratie ihre Unterstützung geben." Gewährt wurde ein Kredit von 180 Mio. Rechnungseinheiten erst am 7.10.75 als die PS-dominierte VI. Provisorische Regierung seit drei Wochen im Amt war, und die westeuropäische Option erstmals Eingang in Regierungspapiere gefunden hatte. Die Bundesregierung zog im November mit ihrer Kapitalhilfe nach.

Auch die Entwicklung des PS zum Brükkenkopf der Reaktion begleitete die SPD väterlich. Die SPD-Führung stand seit der Gründung des PS am 19.4.73 in Bad Münstereifel in ständigem engen Kontakt mit den Führungsgremien des PS und begleitete jedes wichtige innenpolitische Ereignis in Portugal mit Presseerklärungen. Die Reisediplomatie, die sich insbesondere mit den Personen Brandt und Soares verband und ihren Höhepunkt in Form eines ständigen Telefonkontaktes in der Zeit zwischen Regierungsaustritt des PS und der Bildung der VI. Provisorischen Regierung fand, wurde unterstrichen durch materielle Zuwendungen an den PS: Die Friedrich-Ebert-Stiftung räumt die Zahlung von 882 000 DM bis 1975 ein. Die Schätzung des Spiegels von 10-15 Mio. DM (für den Zeitraum bis 1978) sind da schon realistischer. Nicht berücksichtigt sind dabei die organisatorischen und technischen Unterstützungen, genauso wenig wie die selbstlosen Kaderschulungen, die die Stiftung durchführte. Allein die vom PS zugegebenen direkten Wahlkampfausgaben betrugen 1975 11,2 Mio. Escudos (ca. 1,1 Mio. DM). Damit war der PS Spitzenreiter und mit 70 000 Escudos selbstaufgebrachter Mittel Schlußlicht im nationalen Vergleich.

Es genügt ein Blick in das sozialdemokratische Diskussionsforum Neue Gesellschaft, um zu erfahren, was dem PS mit auf den Weg gegeben wurde. Das Portugal-Bild von 1974/75 ist dabei weniger von der tatsächlichen Gefahr einer Gegenrevolution geprägt, als vielmehr von einem ferngesteuerten und machthungrigen PCP. Diese Projektion wurde bis zu der Absurdität gesteigert, daß zu den Wahlen eine von Moskau hochgerüstete PCP einer bettelarmen PS gegenüberstünde, weil sich die SPD nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmische.

„Der alte Stalinist Cunhal (folgt) den We-

Foto: Mehmet Werner

Aus: Arbeiterfotografie Jan./März 1989; Lissabon (Portugal), 1987

gen, die ihn zur Alleinherrschaft in Portugal führen sollen." (Nur nebenbei: Die Sowjetunion unterstützte wohl den PCP; allerdings war sie, wie so oft, auch diesmal amBremsen des revolutionären Prozesses interessiert, da sie nicht vorhatte, den Entspannungsprozeß mit dem Westen durch portugiesische Experimente zu gefährden.)

Bei diesem Schreckensbild war klar, daß alles andere als ein Einheitsfrontkonzept zum Schutz der bescheidenen Errungenschaften auf der Tagesordnung stand. Es ging der SPD um nichts geringeres, als um die „Glaubwürdigkeit und Effizienz unseres politischen Systems". Der PS tat, wie ihm geheißen: Soares hatte rechtzeitig den linken Parteiflügel marginalisiert. Der Wahlkampf wurde für den Sozialismus (das mußten damals alle) und gegen die 'kommunistische Diktatur' geführt und gewonnen.

Im Juli erreichten zaghafte Ausläufer der demokratischen Basisbewegungen auch den PS. Das Gebäude seines Parteiorgans República wurde von Druckereiarbeitern besetzt. Sie wollten bei dem, was sie zu setzen hatten, ein Wörtchen mitreden. Der Streit um diese Besetzung war für den PS Anlaß, aus der Regierung auszuscheiden (der PCP war für ihn der Initiator, der MFA gab die Rückendeckung) und eine großangelegte antikommunistische Kampagne durchzuführen. Als Bündnispartner sekundierten ihm der „sozialdemokratische" PPD und die katholische Kirche, die neben den weltlichen Großgrundbesitzern zu den Garanten der Diktatur zählten. Diese entscheidende Phase, in der die politische Bühne von innen und außen für die Reaktion wieder begehbar gemacht wurde, beschreibt Brandt rückblikkend so: „Die Anstrengung – den demokratischen Sozialismus gleichermaßen gegen 'rechts' wie 'links', gegen reaktionäre wie totalitäre Versuchungen entschlossen zu verteidigen – (...) mußte (...) noch verstärkt werden." Und nachdem es vollbracht war, Ende 1975 alle Linke aus den Ämtern zu vertreiben, ein großer Teil ihrer Parteien verboten und Anfang 1976 auch die MFA-Versammlung als Hüterin des revolutionären Prozesses abgeschafft war, triumphierte der sicherheitspolitische Sprecher der SPD: „Ohne die solidarische Unterstützung von Mário Soares durch die europäischen Sozialdemokraten wäre einer zunehmenden (!) Linksdiktatur in Portugal nicht Einhalt geboten worden."

So muß das wohl heißen, wenn man der Rechten den Boden bereitet hat. Die herausragende Rolle der deutschen Sozialdemokratie wurde allerdings in falscher Bescheidenheit versteckt. Die SPD intonierte die gesamte Penetrations-Klaviatur von ökonomischen Nadelstichen, Drohungen, Ideologie- und Finanzexport. Betrachtet man die Liste der Hauptakteure, die sich zur Einmischung berufen fühlten, westdeutsche und US-Regierung, NATO und EG, SPD, Friedrich-Ebert-Stiftung und Sozialistische Internationale, so fällt das Übergewicht der deutschen Sozialdemokratie deutlich auf. Ihr Konzept hieß leicht verfälscht „Kooperation statt Konfrontation". In Wirklichkeit gab es eine effiziente Arbeitsteilung: Partei, Stiftung und Sozialistische Internationale halfen mit Geldköfferchen, berieten partnerschaftlich und versprachen, sich hier und da einzusetzen. Regierungen und EG stellten Hilfen in Aussicht und Bedingungen, die den Adressaten aus den partnerschaftlichen Beratungen irgendwie bekannt vorkamen. US-Regierung und NATO drohten offen mit militärischer Intervention. Es war ein Spiel, bekannt aus Verhörsequenzen eines jeden schlechten Krimis, wo das Vertrauen zu dem einen Bullen (der mit den Zigaretten) durch die Traktierungen des anderen Bullen (der mit den breiten Schultern) bis zum Geständnis gesteigert wird. Sicher, von dieser Staatspartei war ernstlich nichts anderes zu erwarten, und die antikommunistische Leerformel des 'demokratischen Sozialismus' als Weltaufgabe, die im November 1975 Parteitagsbeschluß wurde, war als Drohung deutlich genug. Aber dennoch verblüfft, sagen wir parteipsychologisch, diese manische Verdopplung historischer Ereignisse.

In der sozialdemokratischen Debatte über die portugiesische Revolution offenbarte sich ihre Angst vor dem Chaos, dem Unberechenbaren, vor den unkontrollierbaren Basisbewegungen, vor direkter Demokratie, also ihre Vorliebe für 'stabile Systeme', für Etatismus von oben. Kaum war eine Diktatur abgeschüttelt, da sah Imanuel Geiss in der Neuen Gesellschaft ein „denkbar gewordenes Chaos" vor Augen, und Gruppen die „die neue Freiheit zu Demonstrationen und Aktionen gebrauchen, die das Errungene wieder aufs Spiel zu setzen drohen". Es beunruhigte ihn etwas und als Sozialdemokrat wußte er, wovon er sprach: „rasche revolutionäre Konsequenzen, die Portugal aber vermutlich in Bürgerkrieg und ausländische Interventionen stürzen würden". Und er wußte auch, daß Demokratie gelernt sein will: „So demonstriert Portugal auch den Vorteil der kontinuierlichen Einübung in Demokratie, weil sie am ehesten eine rationale und konstruktive Handhabung der politischen Freiheit ermöglicht." Gefragt war ein möglichst früher Wahltermin, ein parlamentarisches Zurückdrängen der Basisbewegungen – es galt, Ordnung wiederherzustellen. Mit einer Ausnahme taucht das altbekannte Chaos-Motiv bei allen an der Debatte in der Neuen Gesellschaft Beteiligten auf.

„Daß sie die Unordnung, die nun einmal mit jeder Revolution verbunden ist, ehrlich verabscheuten und mit beinahe panischer Angst fürchteten, kann man ihnen ohne weiteres glauben, auch wenn sie merkwürdigerweise keine solche Furcht vor der ebensogroßen – und blutigeren – Unordnung der Gegenrevolution hatten..." (Haffner, 1918/19. Eine deutsche Revolution).

Parteien sind Wiederholungstäter. Was die SPD in der PS gebar, war ihre Klonung, was sie ihm aufzwang, war die Wiederholung ihrer Geschichte. Wie der deutschen Revolution 1918/19 hatte die SPD der portugiesischen kein anderes Ende als ein sozialdemokratisches gegönnt.

Nach der heurigen Regierungsübernahme der SPD werden die Begründungszusammenhänge sozialdemokratischer Außenpolitik andere sein. In der kapitalistischen One-World ist mit dem 'Sachzwang der Blöcke' nicht mehr zu hantieren, das Ideologem des 'demokratischen Sozialismus' hat ausgedient. Doch an Motiv und Zielstellung dürfte Portugal 1974-76 Musterbeispiel sozialdemokratischen Krisenmanagements in einer prekären kapitalistischen Weltökonomie bleiben. Methodisch allerdings war Portugal nur das miese Gesellenstück, für ihr Meisterstück wird die SPD neben dem „guten Bullen" auch den „bösen Bullen" in einer Hand führen können. ●

Roland Müller ist Politologe und freier Journalist in Marburg.

KLAUS VACK

Sarajevo heute – einige Eindrücke

Fadila Bozic 1939-94. Rasim Dobojlic 1912-94. Ruzica Kraguli 1951-94. Nada Uzelag 1931-94. Drago Hozo 1985-94. NN 1994. Sechs schlichte Bretter mit diesen Aufschriften in die Grabhügel gesteckt, geben Auskunft über die durch Heckenschützen getöteten Zivilisten, die am Mittwoch, 8. Juni 1994 auf dem sogenannten Leo-Friedhof in Sarajevo bestattet wurden. 30 weitere Gräber sind ausgehoben. Gerade wurde erneut in Genf eine vierwöchige Kampfpause vereinbart, was zur Folge hatte, daß die in letzter Zeit rückläufigen Schießereien aus den Bergen in die umzingelte Stadt in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wieder zunahmen.

Der Leo-Friedhof und ähnliche dienen ausschließlich der Bestattung von Zivilisten, die durch Granat-Schrapnelle oder Heckenschützen ermordet wurden. Er war vor dem jetzigen Krieg Partisanengedenkstätte, die ein überdimensionaler Löwe, ein Monument aus dem vergangenen Jahrhundert, überragte. Dem steinernen Löwen ist das gesamte Hinterteil weggeschossen worden. Wahrscheinlich zu Anfang des Krieges, den aus den Trümmern und Steinritzen wachsen bereits Gras und kleine Bäume.

Ich gehe mit meinem Begleiter Adnan S., einem jungen Arzt, durch die Reihen und zähle 24 mit je 190 Erdhügeln und den schlichten Grabbrettern: 4560 Tote. Die zivilen Opfer des Krieges können auch heute von offiziellen Stellen nur ungenau geschätzt werden: man spricht von etwa 20 000 Menschen, darunter 2000 Kinder. Hinzu kommen 65 000 Verletzte.

Der Leo-Friedhof liegt leicht am Hang. Unterhalb verlief noch vor zwei Jahren ein großer Park ins Zentrum, in dem auch das Fußballstadion Sarajevos lag. Jetzt ist alles ein riesiges Gräberfeld.

Obwohl noch immer gelegentlich Schüsse fallen, wirken die Menschen auf mich nicht hektisch und verängstigt. Sie stehen in Gruppen, immer an Hauswänden und so auf Schutz bedacht. Die meisten von ihnen konnten sich monatelang nicht mehr begegnen, weil die Stadt unter ständigem Beschuß lag. Man vegetierte zurückgezogen in noch intakten Räumen der zusammengeschossenen Häuser. Heute scheint die Sonne, die Straßenbahn verkehrt kostenlos, die Kinder spielen Fußball oder Fangen, und fast allerorts sind viele emsig dabei, jedes kleine Stück freier Parkfläche und jeden Grünstreifen in ein Gärtchen umzuwandeln, um bald etwas Grünzeug ernten zu können, denn ein kg Kartoffeln kostet noch immer 10 DM; im Winter war der Preis dreimal so hoch.

Die Stadt Sarajevo, der „Staat" Bosnien-Herzegowina und Sarajevos einstmals starke Industrie haben auf absehbare Zeit kaum Arbeitsplätze anzubieten. Sowohl die Gebäude als auch die Infrastruktur sind zerstört. Der Arzt Adnan S., der wie alle seine Kolleginnen und Kollegen bis zur Erschöpfung arbeitet, hat als letztes offizielles Monatsgehalt von seinem Arbeitgeber, dem Krankenhaus, zwei kg Mehl erhalten.

Da mehrere Wasserpumpen zerstört sind, läuft nur zwei- bis dreimal in der Woche für einige Stunden Wasser in den noch intakten Wohnungen. Elektrizität gibt es seit einigen Wochen wieder täglich von 20 bis 24 Uhr. Ab 20.30 Uhr, mit Einbruch der Dunkelheit, ist Sperrstunde.

Die Kernstadt ist zu 70 Prozent zerstört. Alle ehemals markanten Gebäude ragen als Gerippe in den Himmel oder liegen in Schutt und Asche: die weltberühmte Bibliothek von Sarajevo, das Staatstheater, das Orientalische Museum, das Kongreßzentrum, die schulen, die Universität, alle Fabriken, Banken, Postämter, die Hälfte aller Moscheen und sämtliche Anlagen der Winterolympiade von 1984.

Ich habe Gespräche mit den rührigen Mitgliedern des Friedenszentrums Sarajevo geführt, das u.a. die Antikriegszeitung WHY herausgibt und sich der Versorgung der Ärmsten der Armen annimmt. Außerdem organisierte das Friedenszentrum in den vergangenen drei Wintern ein Festival mit über 300 eintrittsfreien Kulturveranstaltungen und Ausstellungen.

Ich spreche mit Frauen und Männern einer großen Bürgerinitiative, die das Schulwesen wieder in Gang bringen will und dringend Unterstützung braucht. Ich besuche das „Kammertheater 55", das mit einen 350 Plätzen die einzige nicht beschädigte Kulturstätte Sarajevos ist. Seit Beginn hat dieses stets voll besetzte kleine Schauspielhaus täglich – ebenfalls kostenlos – eine Vorstellung gegeben: Kabarett, Kinder- und Erwachsenentheater, Konzerte.

Was ich von meinen Gesprächspartnern höre und was die Menschen auf der Straße sagen, klingt ganz anders als das, was die Staatsführung und die Militärs verkünden. Man wirft ihnen vor, dieser Krieg hätte verhindert werden können, wenn es nicht um Machtgelüste und Machtkalküle gegangen wäre, verbunden mit brutaler „ethnischer" Hetzpropaganda, die dann auch Wirkung zeigte.

Und dennoch leben in der nun seit über zwei Jahren eingeschlossenen Stadt die etwa 300 000 Einwohner, davon ca. 50 Prozent Bosniaken, 30 Prozent Serben, 12 Prozent Kroaten und acht Prozent Angehörige anderer Volksgruppen als Juden, Albaner, Ungarn, Österreicher, Türken, Roma etc., weitgehend friedlich beisammen. Tod und Haß kommen nicht aus der Stadt, sondern aus den Bergen, die Sarajevo einschließen.

Dieses Mal sind es insgesamt 50 000 DM Spenden des Komitees für Grundrechte und Demokratie an das Friedenszentrum, die Schul-Bürgerinitiative, das „Kammertheater 55", zur Produktion der Friedenszeitung WHY und für das nächste Winterfestival. Ein Druckkostenzuschuß für die Publikationen „500 Jahre Sarajevo" und „Die Geschichte der Juden in Sarajevo" – gemessen an den Bedürfnissen zwar wenig, aber hilfreich ge-mäß unserem Motto „Helfen statt schießen!"

Die Zytostatika im Wert von etwa 200 000 DM, die ich im Kosevo-Krankenhaus abgegeben habe, versetzen die Ärzte in die Lage, die krebskranken Patienten Sarajevos etwa ein Jahr mit Medikamenten zu versorgen. Diese Medikamente werden Leben retten in einer Stadt, in der das Morden noch nicht beendet ist, aber sich vielleicht seinem Ende zuneigt.

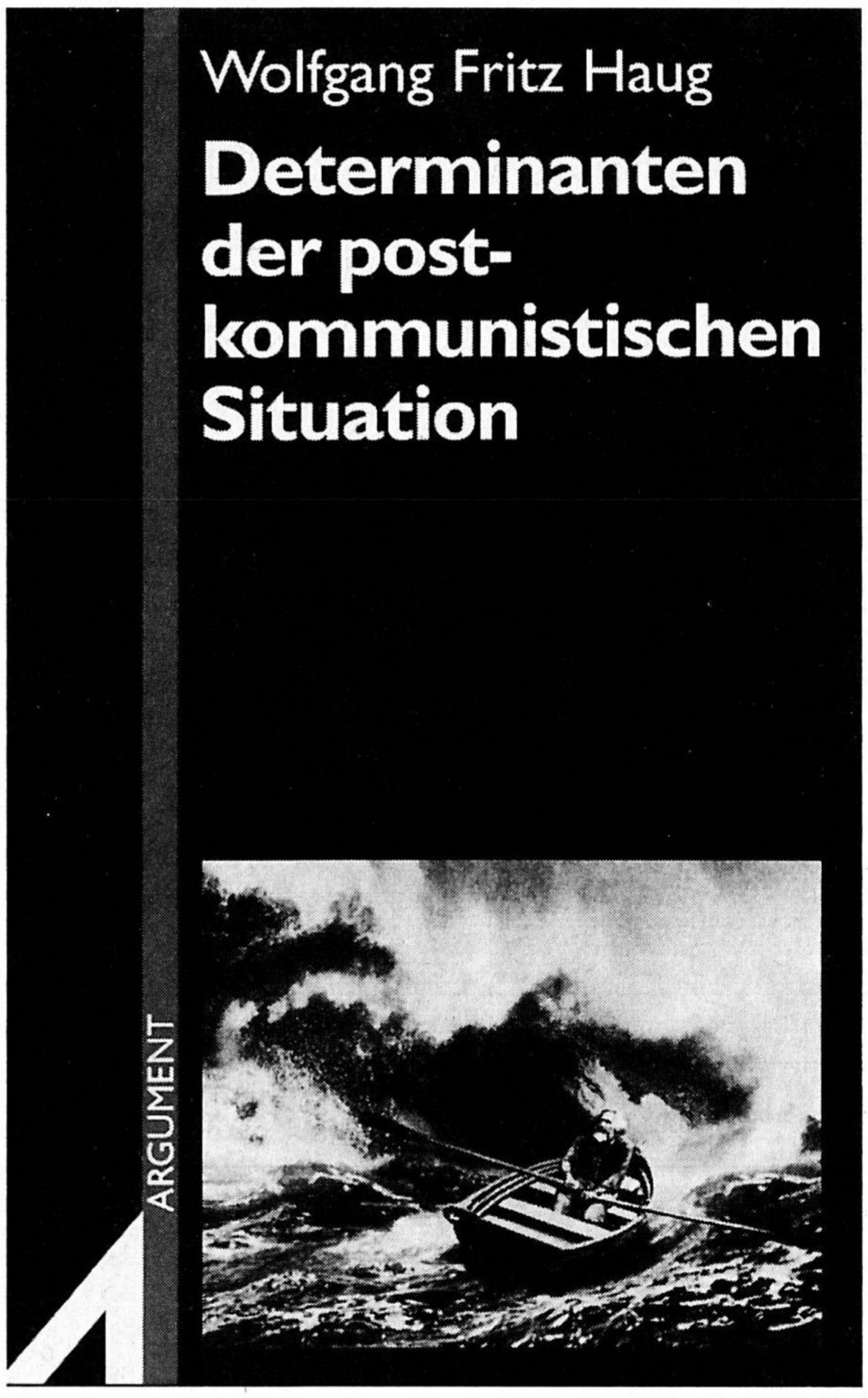
Das auf dem Landweg abgeschnittene Sarajevo bedarf mehr noch als bisher der Hilfe aus der Luft. Es fehlt den Bewohnern an allem, nur nicht an Waffen. ●

Spenden an „Helfen statt schießen!" (Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. 64759 Sensbachtal), Volksbank Odenwald, 64743 Beerfelden, Konto 8024618, BLZ 50863513.

JÜRGEN ROTH

Mitzuwirken an einer positiven Antwort erscheint sinnvoll

W.F. Haug: „Determinanten der postkommunistischen Situation“



Wolfgang Fritz Haug, der die Diskussion um den theoretischen Marxismus seit etlichen Jahren um ihre semiotischen und praxeologischen Dimensionen erweitert, ohne materialistische Basismotive der Marxschen Theorie vor allem im Bereich der Ökonomie- und Ideologietheorie der modisch-wohlfeilen Ästhetisierung dialektischer Darstellungsformen zu opfern, legt mit dem zweiten Band seiner „Wahrnehmungsversuche“ nun neben einer Auswahl aus der dreiteiligen Untersuchungsreihe „Pluraler Marxismus“ Reflexionsmodelle vor, die das marxistische Denken gegen seine anhaltenden Verächter zu behaupten versucht. Bietet zum einen materialistische Ideologietheorie, die Subjekt-, Natur- und Geschlechterverhältnisse auf symbolische Verlaufsformen und Konfliktfelder sozialisatorischer, sprachlicher und institutioneller Integrationsstrategien abbildet, die Chance, Vergesellschaftung in präökonomischen Instituten der Artikulationsbeschränkung und Konstitutionsermächtigung zu besichtigen, so steht für Haug zum anderen den Herrschaftsfunktionen der Staatsapparate jene Dynamik entgegen, die sich in den disparat und plural konzipierten Sozialpraktiken der nicht-staatlichen Sphäre des Handelns herstellt.

In dieser offen gehaltenen Konstellation zwischen Analyse und Handlungsoption entsteht der zur von objektiven Zwängen deutlicher denn je gezeichneten politischen Situation unzeitgemäß sich verhaltende Versuch, den ontologisierten Marxismus – ähnlich der versteinerten Wirklichkeit – mit den Mitteln eines enttotalisierten gegen den Strich zu lesen. Läge dergestalt im marxistischen Wissenschaftsprojekt jene Stärke der Ungleichzeitigkeit, die etwa eine Relektüre des KPF-Häretikers Althusser unter Aspekten der nicht-totalitarismustheoretischen, derzeit meist von Hannah Arendt hergeholten Stalinismusmuskritik lohnen würde, so ist die Vermittlung von historischer Revision und Perspektivierung der Gegenwart bereits im Titel angedeutet: Die bedeutete Determiniertheit der postkommunistischen Situation zeugt von der Wahrnehmung eines Epochenwechsels, der nicht begriffslos als neuerliche geschichtliche Naturgrenze gefaßt, sondern in den die Frage nach der Aktualität der Marxschen Theorie „als Frage nach einer kritischen Theorie der Gegenwart“ eingeschoben wird. Orientiert bleibt ein solches Projekt an den Grundzügen des Entwurfs rationaler, mit Plan und unter gemeinsamer Kontrolle vollzogener Vergesellschaftung.

Neben den auf die gesamtgesellschaftliche Reproduktion abzielenden Andeutungen steht aber zugleich unvermittelt das Desiderat, Marx aus der „absolutistischen Grammatik“ des ML zu „befreien“. Es sieht sich angeleitet durch den Horizont einer um ihre sozialistische Komponente erweiterten zivilgesellschaftlichen Kritik, schließlich aber angestrebten Reparatur globaler Kapitalisierung. Dahinter verbirgt sich eine analytisch nicht ausweisbare normative Zentrierung des ‘postkommunistischen Marxismus’, die das Politische noch im Rahmen einer potentiell unabschließbaren marxistischen Theoriebildung gegen seine Verhärtungen in der Kommunistischen Internationale zu reaktualisieren versucht, um Marxismus und Demokratie in Assoziation zueinander darzustellen. Ob „Pluraler Marxismus“ die szientistisch inspirierte und marktwirtschaftlich konkretisierte Variante der „Offenen Gesellschaft“ (so Haug in einem Gespräch mit Ralf Dahrendorf) mit nachhaltigeren Motiven als den hinlänglich kursierenden aus der Gramscischen società civile herauszufordern vermag, bleibt bereits angesichts der bloßen empirischen Daten zweifelhaft. Kapitalismus im Stand seiner unangefochtenen, noch jede immanente Grenze der Barbarei wiederholt überschreitenden Globalisierung kennt die Alternative einer radikalen Reformierung der Produktionsverhältnisse nach Maßstäben demokratischer Beteiligung nicht – es sei denn als integrativ-ideologische Teil-Figur, die im Dunstkreis des politischen Werbebetriebs ihre unverrückbar kosmetisch-hygienische Stelle einnimmt. Wenig stringent und pointenreich agiert daher Haugs Plädoyer für eine Analyse der Klassenkämpfe bei simultaner Kritik kulturalistischer Deutungsangebote des Kapitalprozesses augenscheinlich dort, wo er die abstrakt festgehaltene „Physiognomie der Möglichkeit“ in Aussicht stellt, als sei vom Weltzustand nach dem beschworenen Umbruch das Andere aus der akademischen Distanz einfach abzupausen. Ohne Pause bleiben derweil Ab- und Zusammenbruch, während Haug sich „neugierig“ zeigt auf das, was kommen mag. Immerhin: „Was es auf jeden Fall geben wird, das ist marxistisches Denken.“

Dessen Schärfe der Instrumente wie die Kraft des kritischen Gedankens, letztlich mögliche politische Effekte hingegen nehmen sich im Konzept des „demokratischen Sozialismus“ heutzutage so bescheiden aus wie der Wunsch naiv bis beinahe traditionell ideologisch, „mitwirken“ zu wollen daran, „daß eine positive Antwort (auf die Misere, J.R.) möglich wird“. Wenn der Gedan-

ke an die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse sich zum Credo von den steten, qualitätslos in den Tagesereignissen abgespulten „Umwälzungen“ verdünnt, dann spricht Haug deutlich aus der falschen Defensive, die eher am „Abbruch“ des historischen Kommunismus denn an der fortlaufend geforderten Kritik der Klassenverhältnisse beteiligt sein will. Preisgegeben werden dergestalt Grundzüge einer Analysestruktur, die in den Sozialwissenschaften vor nicht allzu langer Zeit noch Diskurs- und Machtstrategien vor der zivilgesellschaftlichen Entschärfung der Begriffe in Anschlag brachte. Das Politische in der postkommunistischen Situation wäre – durchaus in Anknüpfung an die *Argument*-Arbeitskreise zur Ideologie- und Kulturtheorie – nicht als reformbedürftiges und daher potentiell – fähiges Symptom zu bestimmen, sondern in jenen Ausdrucks- und Gewaltverhältnissen zu verorten, die wahrgenommen, dokumentiert und zerlegt werden müßten, um dann ihre ökonomischen Determinanten und ideologischen Überformungen freizustellen.

Gerechtfertigt ist der Versuch dennoch allemal, in Zeiten, da alle Welt die formal so betitelte ‘Geschichte’ in schlingernder Bewegung, im Stillstand oder als zu ihrem Ende gekommen (an-) sieht, die Geschichtlichkeit der Gegenwart als Prozeß zu lesen, der nicht von – wahlweise – Unübersichtlichkeit, Naturtatsachen oder technokratischen Imperativen gelenkt werde. Anders als die konservativen Zuchtmeister und selbsternannten, daher vormals willkommen geheißenen Regierungsberater aus den Gemächern der philosophischen Institute, in Opposition auch zu den protofaschistisch angedachten bis volksgemeinschaftlich einstimmenden feuilletonistischen Organen der Republik beschreibt Haug Geschichte der Gegenwart als widersprüchliches, von zuweilen offen antagonistischen Zügen geprägtes Ensemble aus Institutionen, Ideologemen und ökonomischen Zwangslagen. So stellen seine Berichte vom 28. Parteitag der KPdSU und aus den Putschtagen kenntnisreiche Analysen zusammen, die ‘vor Ort’ gewonnene Einblicke mit theoretischer Reflexion über den weltpolitischen Stellenwert des Marxismus (freilich in seiner terminologischen Blockbindung als Marxismus-Leninismus) zu verbinden verstehen. Daß am Ausgang dieser letzten großen Krisensituation des Staatssozialismus ein epochaler Einschnitt unhintergehbar zu konstatieren ist, der auch als epistemologischer, das Wissenschaftsprojekt verändernder zu deuten sei, leuchtet ein, auch wenn es zweifelhaft scheint, Gorbatschow neben Gramsci und Luxemburg als Repräsentanten eines anschließend doch noch hoffnungsgestimmt perspektivierten „demokratischen Sozialismus“ zu apostrophieren. „Eine Frage nach einer Gesellschaftsordnung, die, so gut es geht, so viele Menschen wie möglich freisetzt zur Mitarbeit an der Produktion des Lebensnotwendigen und der Gestaltung unserer Beziehungen zueinander und zur umgebenden Natur“, sei Gorbatschows Projekt gewesen – so gut es geht, so viele wie möglich.

Der weltgeschichtliche, passagenweise unscharfe Zuschnitt eines Großteils der Haugschen Essays verhindert schließlich leider, mehr zu unterbreiten, als daß irgend etwas demnächst wohl schon seinen Lauf nehmen werde. ●

Wolfgang Fritz Haug: Determinanten der postkommunistischen Situation. Wahrnehmungsversuche (II). Berlin 1993. Argument-Verlag
Desweiteren: W.F. Haug: Elemente einer Theorie des Ideologischen. Berlin 1993. Argument-Verlag

JÖRG LAUTERBACH

Politische Justiz

„Mit dem vorliegenden Buch möchte ich versuchen, ein stark verdrängtes dunkles Kapitel westdeutscher Geschichte der Vergessenheit zu entreißen und geeignete, überfällig politisch-rechtliche Konsequenzen anzumahnen. Dieses Buch ist also in erster Linie ein Stück Erinnerungsarbeit gegen den Trend.“ (Rolf Gössner)

Zwischen 1951 und 1968 gab es staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen über 200 000 Personen in Westdeutschland. Verfolgt und bestraft wurden Remilitarisierungsgegner, Personen, die Kontakte nach Ostdeutschland hatten, Menschen, die gegen das KPD-Verbot verstießen oder sich in sogenannten Ersatzorganisationen engagierten. Selbst das Tragen roter Nelken am 1. Mai konnte strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen, da es als KPD-Symbol galt. Die Ära der politischen Verfolgung von KommunistInnen und Linksoppositionellen fand zwar 1968 ein vorläufiges Ende, aber nur, um 1972 mit dem sogenannten Radikalenerlaß einem neuen Höhepunkt zuzusteuern. Gleichzeitig fiel im Zuge der „Terroristenverfolgung“ und Sympathisantenhetzte immer mehr rechtsstaatliche Substanz dem Ausbau des repressiven Sicherheitsstaates zum Opfer. Die vergessenen Opfer politischer Justiz im Nachkriegsdeutschland ins öffentliche Bewußtsein zu heben und die Forderung nach Entschädigung und Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht zu unterstützen, ist ein Hauptanliegen des Buches von Rolf Gössner. Welche Sprengkraft diese Forderung hat, dokumentiert ein Brief der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Schon der Name der Vereinigung ‘Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges’ (Interessenvertretung der Betroffenen, J.L.) stelle „eine Kampfansage an unsere rechtsstaatliche Ordnung dar“.

Rolf Gössner,
Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges – Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West, Hamburg 1994.

Gössners Buch widerlegt die Legende, daß es keine politische Justiz gebe, und es macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die Geschichte der Verfolgung von KommunistInnen, „Sympathisanten“ und unabhängigen Linken in Westdeutschland systematisch geleugnet und verdrängt wird, während die Aufarbeitung der ostdeutschen Vergangenheit zunehmend die Form einer Pauschalabrechnung mit der DDR annimmt. Gössner kritisiert die staatsdominierte und strafrechtsorientierte Geschichtsaufarbeitung und weist darauf hin, daß sich gegen Stellenbewerber aus der ehemaligen DDR schon längst eine neue, nach politischen Opportunitätserwägungen selektierende Berufsverbotepolitik etabliert hat (Regelanfrage, Stasi-, Staats-, PDS-Nähe). Insgesamt geht das Buch von Rolf Gössner weit über eine bloße Beschreibung der Geschichte des Kalten Krieges und des Antikommunismus hinaus. Die kollektive Verdrängung der NS-Vergangenheit, aber auch der politischen Verfolgung in den 50er und 60er Jahren sind Wahrheiten, die dieses Land bis in die heutige Zeit geprägt haben. „Es ist unzeitgemäß, diese Wahrheiten zu sagen, aber die Geschichte ist noch nicht zu Ende,“ schreibt Heinrich Hannover im Vorwort. ●

Sartres »Das Sein und das Nichts« galt

... auf Pariser Märkten als zuverlässiges Maß zur Abgabe von 1000 Gramm Kartoffeln. Wer die links kauft, trägt zwar nur 279 Gramm davon. Doch was wiegt heute schwerer, als auf den monatlichen Konsum leichter Kost zu verzichten? Ballaststoffreicher, theoriegeladener, kritikhaltiger? Eben. Deshalb: Werben Sie einen Abonnenten, der hungrig ist. Und lesen Sie sich dafür satt an einem Buch, das Sie garantiert nichts kosten wird.

Zur Auswahl stehen:

- Elmar Altvater, Der Preis des Wohlstands oder Umwelt plünderung und neue Welt(un)ordnung, 1992
- Ulrike Kretschmann, Das Vergewaltigungstrauma, 1993
- F. Baron / S. Szenes, Von Ungarn nach Auschwitz, 1994
- R. Hoffmann / U. Mückenberger, Die Wahrheit der Träume, 1968 und heute, 1994
- H.-D. Köhler / M. Wannöffel (Hg.), Gewerkschaften und Neoliberalismus in Lateinamerika, 1993

Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Ich habe eine/e neue/n *links*-AbonnentIn geworben und möchte das folgende Buch:

_____

_____

als Geschenk erhalten.

Ich bin *links*-AbonnentIn

_____

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

_____

Straße

_____

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,- /O:DM 50,-, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

_____

Bankleitzahl Konto-Nr.

_____

Name der Bank

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die *links* soll

☐ ½ Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

_____

_____

_____

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,- DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,- im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,- im Jahr)

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 2 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,- DM, O: 15,- DM bestellen.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 102062, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

FAUST FA
Bundesweite Hochschulzeitung
Marchstr. 6
D 10587 Berlin

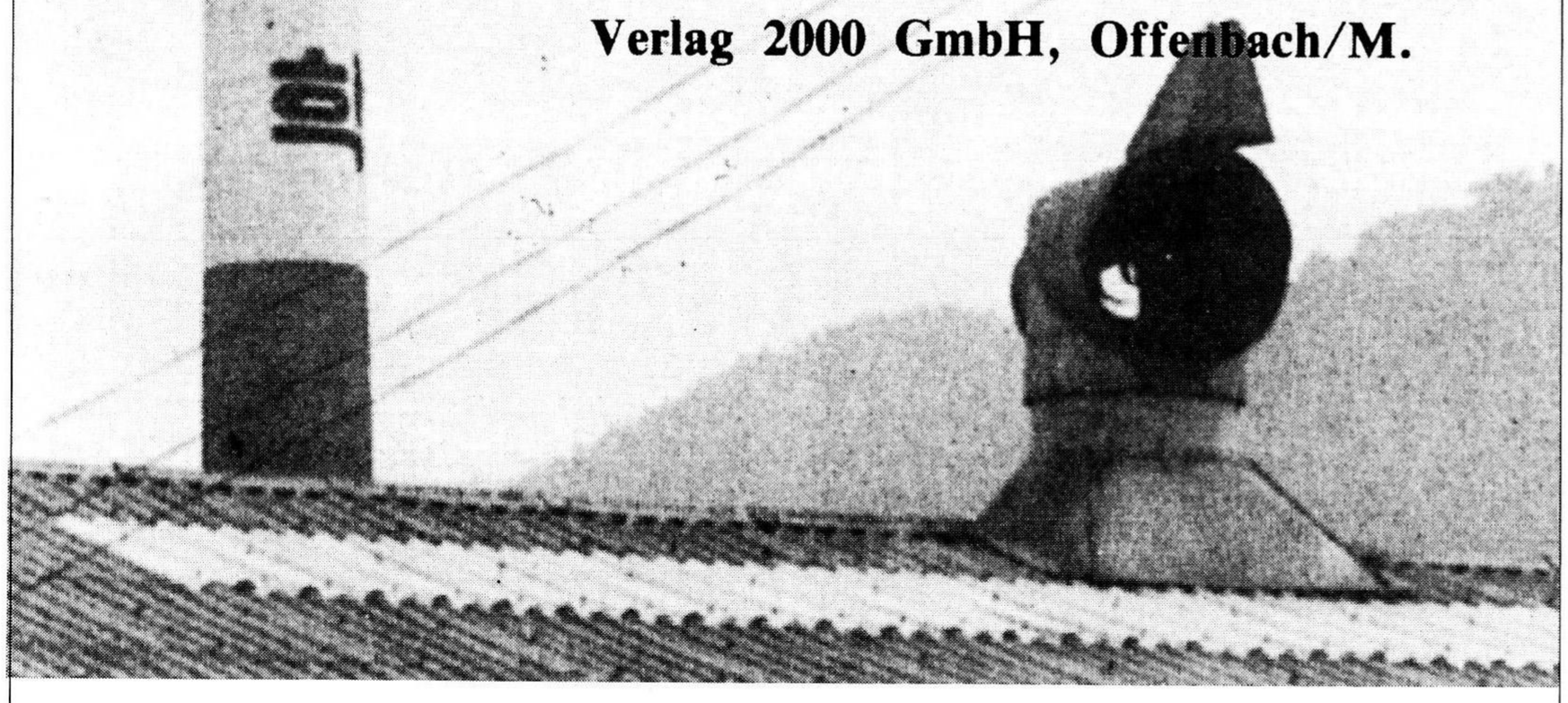
Eckardt Johanning, Rolf Läpple (Hg.)

Todesproduktion verlagert

Der Fall Rex-Asbest

Nach einem halben Jahrhundert bitterster Erfahrungen, vor allem für die Arbeitnehmer, wurde die Asbestproduktion in der Bundesrepublik verboten. Ein Teufelskreis schien gestoppt. Doch wider besseres Wissen werden die Asbest verarbeitenden Anlagen und Verfahren von unseren Unternehmen exportiert. Ärmere Länder sind dankbare Abnehmer dieser Technologie. Der Teufelskreis, in dem Produktivität zum Gesundheitsrisiko, Produktion zum Mord wird, dreht sich weiter.

Verlag 2000 GmbH, Offenbach/M.



Das Buch ist erhältlich unter ISBN 3-88534-124-7 im guten Buchhandel
oder direkt über den Verlag 2000, Bleichstraße 5-7, 63065 Offenbach